



Klimawandel? Davon
geht doch die Welt
nicht unter!!



Machen wir die Finanzwelt kohlefrei.

Machen wir die Finanzwelt kohlefrei.



urgewald e.V.
Von Galen Straße 4, D-48336 Sassenberg
www.urgewald.org

Kontakt:
Agnes Dieckmann, V.i.S.d.P.
Tel.: +49 (0) 2583/ 30492-0
agnes@urgewald.org

Verantwortliche für das Gesamtprojekt
Agnes Dieckmann, Alina Hilzinger, Lydia Kroll

Autor*innen
Nils Bartsch, Agnes Dieckmann, Katrin Ganswindt,
Dr. Barbara Happe, Alina Hilzinger, Ute Koczy,
Lydia Kroll, Niko Meier, Kathrin Petz, Nicole Rath,
Regine Richter, Dr. Nora Sausmikat,
Denis Schimmelpfennig, Moritz Schröder-Therre,
Heffa Schücking, Andrea Soth

Mit Texten von
Antje Grothus, Thomas Wischniewski, Jörg Weber

Interviews
Kuba Gogolewski, Claudia Kemfert

Redaktion
Denis Schimmelpfennig, Andrea Soth

Unter Mitwirkung von
Sofie Lutterbeck, Maria Yücel, Judith Fisches

Design
liebesDesign Köln, www.liebesdesign.de

Druck
Darpe Industriedruck GmbH & Co. KG

Titelbild
Klaus Stuttmann

**OL
IN**

Wir danken der Olin gGmbH und Oak für die engagierte Unterstützung unserer Kampagnen und Recherchen zu Kohle, Öl und Gas. Ein riesengroßes Dankeschön gilt unseren Spender*innen und Fördermitgliedern - ohne Ihre tatkräftige Unterstützung gäbe es diese Broschüre nicht. Bitte helfen Sie weiter mit. Danke!

Unabhängige Arbeit braucht unabhängiges Geld.

Wir freuen uns daher auch über Ihre finanzielle Unterstützung.

Spendenkonto:
GLS Bank
IBAN: DE85 4306 0967 4035 2959 00
BIC: GENODEM1GLS

urgewald ist gemeinnützig, Spenden an uns sind steuerabzugsfähig.

Wer trotz unserer Sorgfalt noch einen Druckfehler entdeckt, darf ihn behalten.

Juni 2021
978-3-9823416-0-6



urgewald schützt Umwelt und Menschenrechte, indem wir dem Geld folgen. Was auch immer das Umweltproblem ist – Klimawandel, Wasserverschmutzung, Waldrodung – jemand finanziert deren Verursachung. Diese Finanziere anzugehen ist ein machtvoller Hebel für Veränderungen. Er zielt genau auf die Achillesferse dieser Vorhaben: das Geld.

Als „Anwalt für Umwelt- und Menschenrechte“ verschaffen wir Betroffenen eine Stimme. Für sie machen wir Druck auf Investoren, Banken und die Politik. Wir sorgen dafür, dass vertriebene Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, Aktivist*innen gegen Streubomben, Atomkraftgegner*innen und Klimaschützer*innen aus aller Welt auf Aktionärsversammlungen, Pressekonferenzen und in den Vorstandsetagen deutscher Firmen und Banken Gehör finden. Reicht das nicht aus, mobilisieren wir Protest- und Verbraucherkampagnen.

Inhalt

■ Vorwort	8 - 9
■ 1. Zukunftslos: Kohle	10 - 11
1.1 Blauer Planet im Klimanotstand	12 - 15
1.2 Kohleabbau und Kohleinfrastruktur zerstören Natur	16 - 17
1.3 Kohlekonzerne verletzen Menschenrechte	18 - 23
■ 2. Wer ist die globale Kohleindustrie?	24 - 26
2.1 Von der ambitionierten Idee zum mächtigen Divestment Werkzeug: die Global Coal Exit List	27 - 28
2.2 Worst Cases – Diese Firmen pfeifen auf Klimaschutz und Menschenrechte	29 - 31
■ 3. Der Kohle-Boom weltweit	32 - 35
Kohlekraftwerke heute	36 - 37
Das plant die globale Kohleindustrie für die Zukunft	38 - 41
3.1 Nichts als Kohle? Status quo in China und Polen Chinas Kohleaktivitäten weltweit	42 - 45
Interview mit Kuba Gogolewski: Kohleindustrie und Protestbewegung in Polen	46 - 47
■ 4. Kohleland Deutschland	48 - 53
4.1 Weltmeister bei der Braunkohle	54 - 59
4.2 Woher kommt die Steinkohle für deutsche Kraftwerke?	60 - 61
4.3 Gastbeitrag von Antje Grothus: Deutschlands schleppender Kohleausstieg	62 - 65
Interview mit Claudia Kemfert: Das Momentum für den Wandel ist da	66 - 67

■ 5. Wer finanziert die Kohleindustrie?	68 - 71
5.1 Deutsche Klima-Killer Banken	72 - 73
Deutsche Bank: Bisher kein #Positiver Beitrag zum Klimaschutz	74 - 75
Commerzbank: Die Kohlebank an Ihrer Seite	76 - 77
Wenn's um Kohle geht: Sparkasse	78 - 79
Und die Volks- und Raiffeisenbanken? Das Problem: die DZ-Bank	80 - 81
5.2 Fossile Fonds	82 - 83
Gastbeitrag von Jörg Weber: Nachhaltige ETFs – die große Grünwäscherei?	84 - 85
Interview mit Kathrin Petz: Aktiv werden! Werde Banktivist*in!	86 - 87
5.3 Eine Vier-Grad-Welt ist nicht versicherbar	88 - 89
5.4 Öffentlich geförderter Klimawahnsinn	
Zentralbanken und Klimakrise	90 - 91
EIB: raus aus fossilen Energien	92 - 93
KfW: die gescheiterte Klimabank	94 - 95
10 Milliarden Dollar: Wie die Weltbank die fossile Industrie unterstützt	96 - 97
Exkurs: Guyana im Visier der Gier – Öl aus der Tiefsee	98 - 99
■ Ausblick	100 - 101
■ Schlusswort	102 - 103
■ Drei Jahrzehnte urgewald	104 - 106
■ urgewald Stiftung	107
■ Quellenangaben und Anmerkungen	108 - 113
■ Anhang	114 - 115

Vorwort

Ich erinnere mich noch gut an die VWL-Vorlesungen in meinem Studium in den 1980er Jahren, an hitzige Diskussionen um den „wahren Preis“: Der Verbrauch von Allgemeingütern wie sauberes Wasser, Luft und Land sollte in die Preise und Bilanzen von Unternehmen einfließen. Sie sollten bezahlen, wenn sie CO₂ in die Atmosphäre freisetzen, Wasser verschmutzen, Wälder und Natur zerstören. Das ist lange her. Doch nach wie vor zahlen die Zeche vor allem Menschen und Ökosysteme, die ausgebeutet werden. Und wir alle: Wir verlieren unsere Wälder, weil sie in der Hitze der Sommer zugrunde gehen und mit ihnen die Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten. Den höchsten Preis zahlen jedoch die nachfolgenden Generationen, deren Zukunft auf diesem Planeten in einem rasanten Tempo zerstört wird.

In seinem aktuellen Buch „Jeder Mensch“ formuliert Ferdinand von Schirach neue Grundrechte für die EU und lässt damit Hoffnung in mir aufkommen:

„*Jeder Mensch hat das Recht, in einer gesunden und geschützten Umwelt zu leben.*“

Ein Satz, so schlicht wie: **„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“** Wie schön wäre es, beides in vollendeter Umsetzung zu erleben.

Eine Voraussetzung dafür ist ein Versprechen, das 196 Staaten per Vertrag verabredet haben¹: das Pariser Klimaschutzabkommen. Es legt fest, dass die Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad Celsius zu begrenzen ist. Ein weiteres Ziel, dem sich die Unterzeichnerstaaten verpflichtet haben, ist, die globalen Finanzströme so zu lenken, dass sowohl öffentliche als auch private Investitionen die Umsetzung der Klimaziele unterstützen.²

Die Zeit rinnt uns durch die Finger

Geld in eine gewünschte Richtung zu lenken ist richtig. Doch ebenso müssen die Finanzströme in die fossilen Industrien radikal gestoppt werden. Mit jedem weiteren Kohlekraftwerk, jeder neu erschlossenen Ölquelle, jedem weiteren Gaskraftwerk oder LNG-Terminal läuft die Menschheit sehenden Auges in die Klimakatastrophe. Der renommierte Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber prägte den Begriff „Selbstverbrennung“. Damit macht er das Festhalten an den fossilen Brennstoffen angesichts des dringenden Handlungsbedarfs und der verfügbaren Alternativen in seiner ganzen Absurdität deutlich.

Dabei ist der Rückhalt für den Ausbau der Erneuerbaren in weiten Teilen der Bevölkerung vorhanden: Laut einer Akzeptanzumfrage der Agentur für erneuerbare Energien in 2020 bewerten 86 Prozent der Befragten einen stärkeren Ausbau der Erneuerbaren als „wichtig“ bis „außerordentlich wichtig“.³

Warum trennen sie sich nicht?

Alle neuen Vorhaben der fossilen Branche brauchen eine Finanzierung. Warum gibt es kein klares Nein für solche Projekte? Es ist, als ob man eine toxische Beziehung nicht abschließen will. Wir bei urgewald betreiben, um im Bild zu bleiben, Trennungshilfe für die Finanzindustrie. Wir fordern sie auf, sich aus dieser fossilen Partnerschaft zu lösen und endlich Ernst mit der Zukunftsplanung zu machen.

Was wir auf diesem Weg „verlieren“, ist eine Industrie, die ihren Fortbestand und ihre Gewinne über das Wohl der Menschheit stellt. Rückwärtsge wandte Unternehmen, deren Geschäftsmodelle uns in eine 4-Grad-Plus-Welt katapultieren. In dieser Broschüre zeigen wir: Wir müssen verhindern, dass weiterhin Milliarden von Euro über Banken,

Versicherer und Investoren in die zerstörerische Kohleindustrie fließen. Gleichzeitig muss dieses Geld sinnvoller eingesetzt werden, z.B. um die Energiewende zu finanzieren.

Das Unsichtbare sichtbar gemacht

Die urgewald-Datenbanken GCEL (Global Coal Exit List) und die gerade in der Entwicklung stehende GOGEL (Global Oil and Gas Exit List) leisten Einzigartiges: Sie beantworten die Frage „Wer steckt hinter der Kohle-, Öl- und Gasindustrie?“ bis ins Detail. Die darauf aufbauenden fundierten Finanzrecherchen legen offen, welche Finanzinstitute (noch) nicht bereit sind, diesen fossilen Dinosauriern den Rücken zuzukehren.

Wegweiser aus dem fossilen Sumpf

Manchmal fehlt es an Wissen – Investoren kennen die Kohle-, Öl und Gasindustrie zum Teil nicht und investieren daher ungewollt in die klimaschädlichen Unternehmen. Manchmal fehlt es aber auch am Willen, den Fossilen energisch und konsequent genug die finanzielle Grundlage zu entziehen. urgewald packt an beiden Enden an. Wir treiben mit unseren Recherchen und Kampagnen handlungsmüde Banken und Investoren an und geben ihnen mit GCEL und GOGEL gleichzeitig Werkzeuge auf ihrem Weg in die klimaschonende Zukunft an die Hand.

Unsere Kampagnen erzeugen Bewegung in der Finanzbranche. Immer mehr Banken, Investoren und Versicherungen nehmen ihre gesellschaftliche Verantwortung wahr und beenden Schritt für Schritt fossile Finanzierungen – viele nutzen urgewald-Daten dafür. Insgesamt wenden Investoren mit einem Volumen von 16 Billionen USD von uns formulierte Finanzierungsregeln für Kohle an.

Wandel ist mit-machbar

An wen wendet sich diese Broschüre? An Menschen, die Entscheidungen treffen und Geld anlegen: Investor*innen, Stiftungs- und Pensionsverwalter*innen. An Menschen, die Entscheider*innen beeinflussen wollen und an jede und jeden Einzelne*n. Machen wir gemeinsam Druck auf die Finanzwelt.

„Jeder Mensch hat das Recht, in einer gesunden und geschützten Umwelt zu leben.“ Damit dieses Grundrecht eines Tages erfüllt werden kann, werde ich weiter daran mitwirken, die Finanzwelt zukunftsfähig zu machen. Im Frühjahr 2021 wurde mein viertes Enkelkind geboren. In seinen ersten Wochen, Monaten und Jahren wird Zukunft gestaltet – welche das sein wird, liegt in unserer Hand.

Agnes Dieckmann
Transformationskampagne



© fyfeczawshaw

Kapitel 1

Zukunftslos: Kohle



1. Zukunftslos: Kohle

Trotz Klimakrise verbrennen wir zur Energiegewinnung noch immer Kohle und heizen so die Erde immer weiter auf. Daneben hinterlässt Kohle dort, wo sie abgebaut wird, große soziale und ökologische Wunden. In einer zukunftsgerichteten Gesellschaft hat Kohle als Brennstoff längst keine Berechtigung mehr.

1.1 Blauer Planet im Klimanotstand

Schauen wir zum Himmel, wirkt dieser unendlich weit. Den Astronaut*innen im Weltall hingegen erscheint die Erdatmosphäre als ein „hauchdünner, zerbrechlicher Schleier“, der sich wie eine hellblaue Hülle um die Erde legt.⁴

Zoomen wir einmal kurz heraus und stellen uns die Erde aus dem Weltall vor. Das CO₂ in ihrer Atmosphäre ist nicht zu sehen und doch sorgt es dafür, dass sich unsere Erdkugel bereits um deutlich über ein Grad seit Beginn der Industrialisierung aufgeheizt hat. Eine der wichtigsten Ursachen ist die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas. Kohle, der CO₂-intensivste Energieträger, ist dabei der bedeutendste Einzelfaktor: Rund ein Drittel des bisher erfolgten Anstiegs der globalen Durchschnitts-

temperatur gehen laut der Internationalen Energieagentur auf ihr Konto.⁵

Zoomen wir wieder herein. Noch immer gehen 35 Prozent der globalen Stromerzeugung auf Kohleverbrennung zurück.⁶ Mit jeder weiteren Kilowattstunde Kohlestrom entsteht ca. ein Kilogramm CO₂. Jedes CO₂-Molekül bleibt für Hunderte und manchmal sogar Tausende von Jahren in der Atmosphäre.⁷

1988 wurde der Weltklimarat IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) gegründet, um zu untersuchen, welche Gefahren vom Klimawandel ausgehen – denn Anzeichen für die Erwärmung der Atmosphäre und eine Verbindung zum Menschen gab es da schon lange. In regelmäßigen Abständen gibt der IPCC seither umfassende Berichte zum

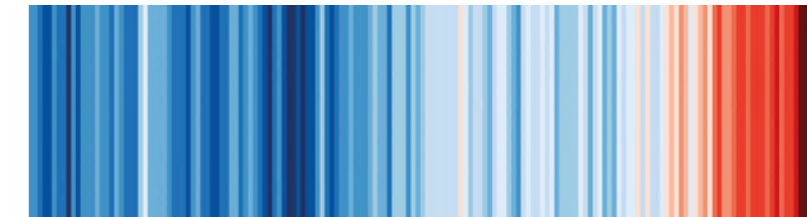


» Forschungsstand über den Klimawandel heraus. 196 Staaten haben sich mit dem Klimaabkommen von Paris ein gemeinsames Ziel gesteckt.⁸ Die Klimaerwärmung soll auf deutlich unter 2°C, möglichst 1,5°C, im Vergleich zu vorindustriellen Zeiten begrenzt werden. Dafür darf ein bestimmter Gehalt an CO₂ in der Atmosphäre nicht überschritten werden.

Der Weltklimarat warnte in seinem Sonderbericht „1,5°C globale Erwärmung“: Wenn wir so weiter machen wie bisher, brauchen wir das noch vorhandene Kohlenstoff-Budget* von 420 Gigatonnen CO₂, berechnet ab Ende 2017, in zehn Jahren auf.⁹ Drei Jahre später sind noch um die 300 Gigatonnen CO₂ vom Restbudget übrig.¹⁰

„Wir befinden uns in einem Klimanotfall und ein schneller Ausstieg aus der Kohle ist dringender denn je“, so Heffa Schücking, Geschäftsführerin von urgewald.¹¹ In Zahlen gesprochen bedeutet das laut IPCC: Wenn wir eine Chance haben wollen, die Klimaziele von Paris zu erreichen, muss weltweit die Kohleverstromung bis 2030 um 80 Prozent im Vergleich zu 2010 sinken. In allen

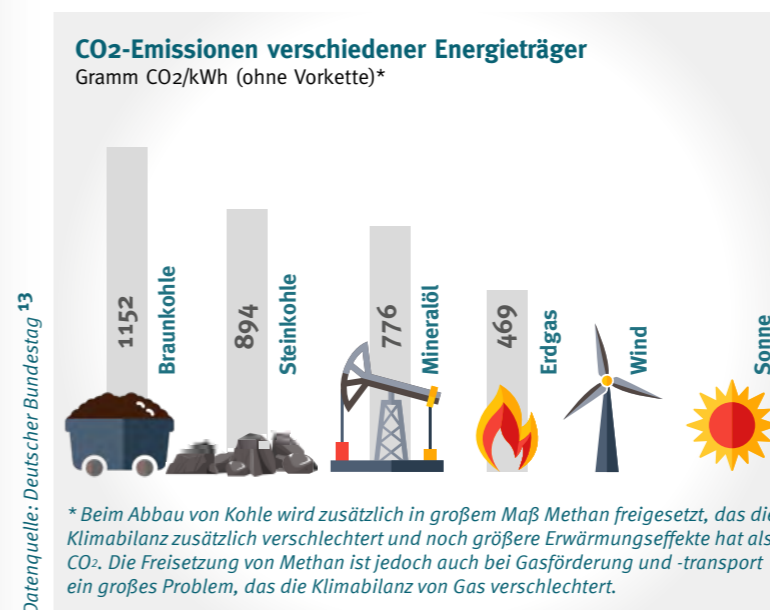
Ed Hawkins, CC BY 4.0



Es wird wärmer. Klimaforscher Ed Hawkins visualisiert mit seinen „Warming Stripes“ die Erderwärmung. Jeder Streifen zeigt die globale Durchschnittstemperatur eines Jahres im Zeitraum 1850 bis 2019 an.

Ländern der Welt müssen zwischen 2030 und 2040 sämtliche Kohlekraftwerke abgeschaltet werden. Die OECD-Staaten, Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion müssen mit einem Kohleausstieg bis 2031 Vorreiter sein, gefolgt von Lateinamerika, dem Mittleren Osten und Afrika.¹²

Endlich finden die Warnungen der Wissenschaft langsam Gehör in der Politik und einige Länder machen sich auf den Weg, sich von der Kohle zu trennen. Wie schnell der Übergang zu Erneuerbaren gelingt, entscheidet darüber, wie lebenswert unsere Erde in Zukunft sein wird.



Pariskompatible Kohleausstiegsdaten verschiedener Regionen

Region	Ausstiegsjahr
OECD	2031
Osteuropa und frühere Sowjetunion	2031
Lateinamerika	2032
Mittlerer Osten und Afrika	2034
Nicht-OECD Asien	2037

Datenquelle: Climate Analytics

* Das Kohlenstoff-Budget bezeichnet die Menge an CO₂, die noch freigesetzt werden kann, um eine Chance zu haben, die Klimaerwärmung auf 1,5°C zu begrenzen

Warum wir für das 1,5-Grad-Ziel kämpfen

Der Unterschied zwischen 1,5°C und 2°C globale Erwärmung

Der eine oder die andere denkt sich vielleicht, was mag schon ein halbes Grad groß ausmachen? Der Sonderbericht des IPCC zu 1,5°C globaler Erwärmung zeigt in aller Deutlichkeit: Ein halbes Grad mehr macht einen enormen Unterschied. Die Auswirkungen auf Pflanzen, Tiere, Umwelt und Menschen sind ein Vielfaches stärker. Bei einer durchschnittlichen Erwärmung um 2°C werden im Gegensatz zu 1,5°C deutlich mehr Menschen Hitzewellen ausgesetzt sein, Ernten werden geringer ausfallen, die Arktis wird zehnmal häufiger eisfreie Sommer erleben und zwei- bis dreimal mehr Pflanzen- und Tierarten werden mindestens die Hälfte ihres Verbreitungsgebiets verlieren. So werden zum Beispiel Korallen bei einer Erwärmung um 2°C nahezu ausgestorben sein.

	1,5°C	2°C	2°C Folgen/ Auswirkungen
EXTREME HITZEWELLEN Anteil der Weltbevölkerung, der mind. einmal alle fünf Jahre schwerwiegenden Hitzewellen ausgesetzt ist	14%	37%	2,6x mehr
EISFREIE ARKTIS Anzahl der meereisfreien Sommer	Mind. 1 alle 100 Jahre	Mind. 1 alle 10 Jahre	10x häufiger
ANSTIEG DES MEERESSPIEGELS Anstieg des Meeresspiegels bis 2100	40 cm	46 cm	6 cm mehr
ARTENVERLUST: WIRBELTIERE Anteil der Wirbeltierarten, die mindestens die Hälfte ihres Verbreitungsgebiets verlieren	4%	8%	2x mehr
ARTENVERLUST: PFLANZEN Anteil der Pflanzenarten, die mindestens die Hälfte ihres Verbreitungsgebiets verlieren	8%	16%	2x mehr
ARTENVERLUST: INSEKTEN Anteil der Insektenarten, die mindestens die Hälfte ihres Verbreitungsgebiets verlieren	6%	18%	3x mehr
VERÄNDERUNG ÖKOSYSTEME Landfläche der Erde, auf der es zu einer Verschiebung des Biomtypes kommt (z.B. Wechsel von Tundra zu Wald)	7%	13%	Fast 2x mehr
PERMAFROST Fläche der arktischen Permafrostböden, die auftauen werden	4,8 Millionen km ²	6,6 Millionen km ²	2,3x mehr
ERNTEERTRÄGE Rückgang der Maisernten in den Tropen	3%	7%	2,3x mehr
KORALLENRIFFE Rückgang der Korallenriffe	70-90%	99%	bis zu 29% mehr
FISCHEREI Rückgang des jährlichen Fischfangs	1,5 Millionen Tonnen weniger	3 Millionen Tonnen weniger	2x so viel

World Resources Institute

Die Klimakrise verschärft die weltweite Ungleichheit und Armut

Die Klimakrise trifft je nach geografischer Lage sowie politischen und finanziellen Voraussetzungen nicht alle Menschen auf der Welt gleich. Hinzu kommt, dass nicht alle Menschen gleich viel zum Klimawandel beitragen, denn die Industrieländer sind mit ihrem hohen CO₂-Ausstoß die Hauptverursacher. Ausgerechnet sie können sich besser vor den Auswirkungen schützen als Länder, die deutlich weniger Treibhausgase in die Atmosphäre blasen. Eine Folge der Erderwärmung ist beispielsweise, dass Extremwetterereignisse immer häufiger und stärker werden. Neun der zehn von Unwetterkatastrophen am stärksten betroffenen Staaten sind einkommensschwache Länder. In Myanmar, Vietnam und auf kleinen Inselstaaten im Pazifik etwa bezahlen die Menschen den CO₂-in-

tensiven Lebensstil der Industrieländer mit der Zerstörung ihrer Lebensgrundlage und schlimmstenfalls mit ihrem Leben. Damit ist der Klimawandel nicht ausschließlich ein Umweltproblem, sondern ist darüber hinaus eine Frage sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit in der Welt.

Die Klimakrise betrifft uns alle und doch sitzen wir nicht im gleichen Boot. Lassen wir also, wenn wir von Klimakrise sprechen, die soziale Krise nicht außer Acht. Klimagerechtigkeit erkennt an, dass die Menschen, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, am schwersten von den Folgen betroffen sind. Nutzen wir die Krise, um das Zusammenleben auf vielen Ebenen zu verändern: nachhaltiger, sozialer und gerechter.

J.B. Singh, Jawahar Nagar Srinagar, Kashmir, India, October 2014



Adlene Pierre, Savanne Desolée Gonaïves, Haiti, September 2008



Jeff and Tracey Waters, Staines-Upon-Thames Surrey, UK, February 2014



© Gideon Mendel

1.2 Kohleabbau und Kohleinfrastruktur zerstören Natur

Mountaintop Removal – eine besonders zerstörerische Abbaumethode

Kohle muss aus Erdschichten von bis zu mehreren hundert Metern Tiefe geholt werden. Der Braunkohleabbau erfolgt überirdisch. Um an die Kohle zu gelangen, werden die darüber liegenden Erdschichten komplett abgetragen – ganze Landstriche verwandeln sich in un- belebte Mondlandschaften. Die oftmals in tieferen Ebenen lagernde Steinkohle wird meist unter Tage abgebaut. Immer wieder kommt es in der Nähe

von Steinkohlebergwerken zu unterirdischen Kohlebränden und Bodenabsenkungen.

Die Gier der Kohlekonzerne wird im „Mountaintop Removal“ in den USA besonders deutlich: Ganze Bergkuppen werden für Kohle weggesprengt. Dieser Eingriff in die Natur und das Leben der Einheimischen ist immens.

Mountaintop Removal in West Virginia, USA



“ *Die Kohleindustrie hat aus meiner Heimat ein Notstandsgebiet gemacht. Tagtäglich setzt sie 3 Millionen Kilo hochexplosiven Sprengstoffs ein, um unsere Berge in Schutthaufen zu verwandeln. Es ist so, als würden sie in Deutschland die Zugspitze in die Luft sprengen, um ein schnelles Geschäft zu machen.* “

Bob Kincaid, Umweltaktivist West Virginia

Nach jahrelanger Kampagne erreichte urgewald bei der Deutschen Bank einen weitgehenden Ausstieg aus Mountaintop-Removal-Firmen. Nachdem die Deutsche Bank ebendiese Firmen maßgeblich finanziert hatte, kündigte der damalige Deutsche Bank Co-Chef Jürgen Fitschen auf der Aktionärs-Hauptversammlung 2016 an: „Mountaintop Removal, also das Absprennen von Berggipfeln, scheint uns keine legitime und ökologisch sinnvolle Form des Tagebaus zu sein. Deshalb finanzieren wir keine Unternehmen mehr, die wesentlich zu dieser Kohleproduktion beitragen.“¹⁴



Die Sundarbans sind die weltgrößten Mangrovenwälder und UNESCO-Weltnaturerbe



Fischer im Gangesdelta (Sundarbans). Durch das Rampalprojekt ist die Lebensgrundlage vieler Einheimischer bedroht.

© Phillip Gain



Bengaltiger in den Sundarbans

Neue Kohleinfrastruktur bedroht Naturparadiese

Aufgrund der geringen Energiedichte von Braunkohle ist es nicht profitabel, diese über lange Wege zu transportieren. Daher wird Braunkohle meist in der Nähe des Abbaubereichs verbrannt. Steinkohle hingegen wird oft über weite Strecken von den Minen bis hin zu den Kraftwerken transportiert. Dafür werden Häfen und Bahntrassen gebaut, oft in noch unerschlossenen Gebieten.

Ein aktuelles Beispiel ist das Rampal-Projekt in unmittelbarer Nähe der Sundarbans in Bangladesch. Die Sundarbans sind die weltgrößten Mangrovenwälder und UNESCO-Weltnaturerbe. Eine Fülle an unterschiedlichen Arten wie Tiger, Pythons, Krokodile, Flussdelfine und 250 Vogelarten haben dort ihr Zuhause.¹⁵ Das geplante Kohlekraftwerk Rampal stellt in vielerlei Hinsicht eine große Bedrohung für das empfindliche und wertvolle Ökosystem dar. Um das Kraftwerk mit Kohle zu versorgen, muss der direkt an die Mangrovenwälder grenzende Mongla-Hafen erweitert und eine neue Bahnstrecke zum Kraftwerk gebaut werden.¹⁶ Weiterhin wird Kohle auf großen Frachtschiffen zum Kraftwerk transportiert, wofür das Flussbett eines der mitten durch die Mangrovenwälder führenden Flüsse vertieft wird.

Für Sheikh Hasina, Premierministerin von Bangladesch, steht das Projekt für Energie, Fortschritt und Zukunft.¹⁷ Für die Sundarbans, die Einheimischen und die Tiere sieht eine lebenswerte Zukunft mit Sicherheit anders aus.

“ *Der Kampf gegen das Rampal-Projekt ist zum Symbol im Kampf gegen die Kohle geworden. Menschen aus Bangladesch gehen seit neun Jahren mit einer klaren Botschaft in die Welt: Es gibt Alternativen zu Kohlekraftwerken, aber die Sundarbans sind einzigartig.* “

Tonny Nowshin, Klimaaktivistin aus Bangladesch, 350.org

“



Der nächste Atemzug meiner Enkelin ist wichtiger als die Profite von Duke Energy

1.3 Kohlekonzerne verletzen Menschenrechte

Kohle macht krank

„Jeder Mensch hat das Recht auf einen Lebensstandard, der Gesundheit und Wohl für sich selbst und die eigene Familie gewährleistet.“

(Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 25)

In vielen Kohleabbaugebieten werden Grundwasser, Flüsse und Böden durch Schadstoffe belastet. Besonders in Russland, den USA oder Südafrika sind die Auswirkungen gravierend – Menschen in den Regionen erkranken auffallend häufig an Krebs und die Sterblichkeitsraten sind deutlich höher als im Rest der jeweiligen Länder.

Bei der Kohleverbrennung entstehen neben CO₂ viele weitere Schadstoffe wie Schwefeloxide (SO_x), Stickoxide (NO_x), Quecksilber und Feinstaub sowie Schwermetalle. Menschen, die in der Nähe von Kraftwerken wohnen, klagen über Atemwegserkrankungen. Weltweit sind jährlich 800.000 vorzeitige Todesfälle auf Kohleverbrennung zurückzuführen.¹⁸ Neue Filter und Verbrennungssysteme können die Luftverschmutzung zwar reduzieren, aber nicht wesentlich verhindern. Kohle bleibt der „dreckigste“ Energieträger.

Kohleabbau ist riskant

„Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.“

(Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 23)

In vielen Regionen der Erde ist der Kohleabbau mit hohen Risiken für die Arbeiter*innen verbunden. Besonders in Indien, Russland oder China sind die Arbeitsbedingungen oft schlecht und die Menschen tragen hohe Gesundheitsschäden davon. Nur etwa ein Prozent der weltweit Beschäftigten arbeitet im Bergbau, in dem jedoch acht Prozent aller tödlichen Arbeitsunfälle passieren – meistens, weil die Sicherheitsstandards und Arbeitsnormen nicht eingehalten werden.¹⁹ Allein in Russland sterben jährlich 40 bis 50 Menschen in den Steinkohlegruben.²⁰



Arbeiter in einer der Minen von Coal India

» Vertreibung und Enteignung für den Kohleabbau

„Niemand darf willkürlich seines/ihrer Eigentums beraubt werden.“

(Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 17)

Unzählige Menschen haben bereits ihr Zuhause an einen Kohlekonzern verloren. Besonders schlimm trifft es häufig indigene Völker. Durch die Enteignung ihres Landes, mit dem sie kulturell stark verbunden sind, verlieren sie nicht nur ihre Lebensgrundlage, sondern auch ihre Identität.²¹

In der russischen Kohleabbaugebiet Kuzbass beispielsweise sind die indigenen Völker der Teleuten und Schoren betroffen. In der ehemaligen schorischen Siedlung Kazas steht heute kein einziges Haus mehr.²²

Auch in Indien wurden Hunderttausende von Coal India, dem weltweit größten Kohleproduzenten, vertrieben – zum Teil bis zu fünf Mal innerhalb von 25 Jahren. Diese Menschen leben heute in bitterster Armut.²³ Aber nicht nur in Indien und Russland verlieren Menschen wegen des Kohleabbaus ihre Heimat. An vielen Orten überall auf der Welt müssen Mensch und Natur den Kohlebaggern weichen.



Das Dorf Kazas. Durch den Sprengstoffeinsatz im immer näher rückenden Kohleabbaugebiet legt sich eine giftige Staubwolke über die Häuser.



Auch Kazas soll Kohleabbaugebiet werden, die Häuser wurden niedergedrückt. Einige Familien mussten ihre Grundstücke zu Schleuderpreisen an das Kohleunternehmen Sibuglemet verkaufen.



Die Familien, die sich weigerten wurden massiv unter Druck gesetzt.²⁴ Im November 2013 brannten dann die ersten Häuser, wie das Haus dieses alten Dorfbewohners.

„Einst ein mächtiger Fluss, ist der Kazas-Fluss heute seicht und verschlammte. Am linken Ufer war früher eine Naturzone, die die Firmenmanager versprochen zu schonen. Wir baten sie auch den Berg Lysasa, der für uns heilig ist, und den Berg Tachigey nicht anzurühren. Diese Berge gaben unserem Dorf Schutz vor den Kohleminen. (...) Aber die Minengesellschaft hat all ihre Versprechen gebrochen (...) Sie baggerten ein riesiges Gebiet aus und gruben tief in den Tachigey Berg hinein. Die Minen ignorieren die Bevölkerung von Kazas und zerstören unser Land. Die Bewohner haben nichts als Ausgleich für ihre Reichtümer erhalten. (...) Das einzige was wächst, ist der Friedhof am Rande des Dorfs.“²⁵

Veniamin Boriskin, Schore und Einwohner von Kazas

Kohle kostet Menschenleben: Blutkohle aus Kolumbien

„Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.“

(Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 3)

Dass Kohle neben Klimawandel auch für Menschenrechtsverletzungen steht, weiß Sebastian Rötters aus jahrelanger Arbeit für verschiedene NGOs, unter anderem in Lateinamerika. Sein tiefes Wissen zur Energiewirtschaft und den sozialen Folgen des Kohlebergbaus setzt er seit 2016 bei urgewald in Kampagnen zu den deutschen Energieversorgern ein. Das Thema „Blutkohle“ aus Kolumbien ist dabei leider – „ein Dauerbrenner“.

Top-Manager der deutschen Energiewirtschaft kennen Sebastian Rötters. Denn der Mitarbeiter der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation urgewald ist seit einigen Jahren ständiger Gast auf den Hauptversammlungen großer deutscher und europäischer Energieversorger, um da durchaus öffentlichkeitswirksam nachzuhaken, wie diese Konzerne es eigentlich halten mit dem Import von Kohle für ihre Kraftwerke und mit ihrer öko-sozialen Verantwortung dabei.

„Deutsche Energieversorger importieren immer noch Kohle aus Ländern wie Kolumbien, obwohl an dieser Kohle das Blut von vielen, vielen Menschen klebt“, sagt der Energie- und Kohlecampagner. Konzernen wie RWE, Uniper oder EnBW sei sehr wohl bekannt, dass ihre Importe aus fragwürdigen Quellen stammten. Diese „Blutkohle“ würden sie aber weiterhin kaufen.

Der Großteil der aus der Erde geholten Steinkohle ist in Kolumbien für den Export bestimmt. 2017 lag die Fördermenge bei 85,7 Millionen Tonnen, laut Jahresbericht des deutschen Vereins der Kohlenimporteure ging sie fast komplett ins Ausland. Immerhin 6,4 Millionen landeten in deutschen Häfen. Ein Jahr zuvor waren es 10,8 Millionen Tonnen.

Das Problem: Ein beachtlicher Teil der Kohle stammt aus Regionen, in denen Staat und Paramilitärs auf der einen und Guerilla auf der anderen Seite seit den 1980er Jahren immer wieder heftig aneinandergeraten, zum Leid der Menschen vor Ort. Den US-Konzern Drummond und die kolumbianische Firma Prodeco, heute eine Glencore-Tochter, hat das dennoch nicht abgehalten, in der Region in den Kohlebergbau einzusteigen. „Das hat den Konflikt verschärft“, sagt Rötters.

Einst von kleinbäuerlicher Landwirtschaft geprägt, wandelte sich die Gegend nach Entdeckung großer Kohlevorkommen rasant. Der Wert des Bodens stieg massiv, auch für Paramilitärs, die ihn sich unter die Nägel rissen. „Durch Mord, Vertreibungen oder widerrechtliche Aneignung von Landtiteln, die sie dann an Bergbaukonzerne verkauften“, so Rötters. Er zitiert eine niederländische Studie, die für die Jahre 1996 bis 2006 über 3000 Tote in der Kohleregion zählt.

Die Profiteure? Die Paramilitärs. Und eben Bergbaukonzerne wie Drummond oder Prodeco, die schlicht die Augen verschlossen vor dem, was in ihren Revieren passierte. Die bis heute die dort geförderte Kohle verkaufen – auch an deutsche Kraftwerksbetreiber, die sich über kleine Preise freuen. Und ihre Schnäppchen Rötters gegenüber immer wieder mit dem Hinweis darauf rechtfertigen, dass die Konzerne noch nie für die Morde und Vertreibungen verurteilt worden seien.

Das sagt einiges über das kolumbianische Rechtssystem. Und noch mehr über die vor Ort tätigen Konzerne und ihre internationale Kundschaft. „Den Unternehmen hätte klar sein müssen, dass sie den Konflikt verschärfen, sobald sie in der Region tätig

» werden oder von dort Kohle beziehen“, so Rötters. Aus dem Geschäft mit der Blutkohle zurückgezogen haben sich indes nur einzelne Konzerne: der italienische Versorger Enel, der schwedische Staatskonzern Vattenfall, die deutsche Steag. Das sind Teilerfolge, ja. Aber sie brachten den Opfern der Blutkohle noch keine Gerechtigkeit.

„Bei der Kohleverstromung sind die Lieferketten kurz. Wenn wir da trotzdem keine Transparenz hinkriegen, liegt das am fehlenden Willen der Unternehmen oder der Politik, nicht an der Komplexität“, sagt Rötters.

Auf sieben Aktionärsversammlungen war Rötters dieses Jahr [2019]. Direkte Zusagen erwartet er bei solchen Terminen nicht. Aber dass sich vielleicht eine Tür für anschließende Gespräche öffnet. Wie 2016 beim schwedischen Staatskonzern Vattenfall, als urgewald und die niederländische Partnerorganisation Pax die Fragestunde der Hauptversammlung mit dem Thema Blutkohle dominierten.

Mit dabei: Die Tochter eines kolumbianischen Gewerkschaftsführers, der sein Engagement mit dem Leben bezahlte. Mit dabei war sie indes nicht, um Mitleid zu heischen. Sondern um zu zeigen, dass Blutkohle tausendfaches Leid erzeuge, eben kein politischer Kampfbegriff sei. Seitdem, so Rötters, sei bei Vattenfall zwar nicht alles gut, aber einiges besser. Der Staatskonzern habe sich seiner Verantwortung für die Lieferkette gestellt und sei „heute eines

der progressivsten Unternehmen“ diesbezüglich.

Die deutschen Kohleimporte aus Kolumbien waren zuletzt rückläufig, vor allem aus Qualitätsgründen. Nun gehen deutsche Energieversorger zunehmend in Russland auf Einkaufstour – ohne die Folgen des dortigen Kohleabbaus für Mensch und Umwelt einschätzen zu können.

„Was beim Kohlebergbau in Russland vor sich geht, weiß niemand“, so Rötters. Für Nichtregierungsorganisationen, ausländische zumal, sei es nahezu unmöglich, sich vor Ort ein Bild von der Lage zu machen. Kritik aus dem Westen schere die Regierung nicht. Wer aufmucke, dem werde das Leben schwer gemacht. „Unserer russischen Partnerorganisation Ecodefense wird vom [russischen] Innenministerium permanent die Arbeit erschwert“, sagt Rötters. „Aktuell befürchten wir das Schlimmste.“

Aufreibend klingt das alles, nach dem Bohren ganz dicker Bretter, ohne zu wissen, ob der Durchbruch je gelingt. Doch die Hoffnung bleibt, dass jenen, die unter dem Geschäft mit der Blutkohle leiden, noch Gerechtigkeit widerfährt. Wie der Tochter des ermordeten Gewerkschafters, die darauf seit 20 Jahren wartet und immer noch Drohungen erhält, wenn sie sich zu weit aus dem Fenster lehnt. „Das“, findet Rötters, „ist doch kein Zustand oder irgendwie akzeptabel“.

Autor: Thomas Wischniewski, veröffentlicht am 25.06.2019 im Tagesspiegel Background Energie & Klima.

gekürzt durch urgewald, Original des Artikels unter <https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/sebastian-roetters>

Hinweis: Am 16. Dezember 2020 erhob die kolumbianische Staatsanwaltschaft Anklage gegen Miguel Linares und Augusto Jimenez (der aktuelle CEO von Drummond und sein Vorgänger). Dies bedeutet, dass Unternehmen wie Uniper, EnBW oder Engie noch immer Kohle von einem Unternehmen beziehen, dessen Chef wegen der Verwicklung in schwerste Menschenrechtsverletzungen vor Gericht steht. urgewald wird den Fall weiterhin genau beobachten und sich für die Betroffenen einsetzen.



Maira Mendez mit ihrem Vater, der von Paramilitärs ermordet wurde, als sie 15 Jahre alt war.

»

Ermordet. Vertrieben. Verschleppt.

Ehemalige Paramilitärs haben ausgesagt, dass die Kohlekonzerne Drummond und Prodeco in Kolumbien über viele Jahre Todesschwadronen finanziert und logistisch unterstützt haben. Diesen werden über 3.100 Morde, 55.000 Vertreibungen und 240 Verschleppungen zur Last gelegt.



Unser Bruder: Ermordet

Daniel Cogollo, der Bruder der drei Schwestern Elisabeth, Adenovis und Wendi Cogollo, wurde 1997 in El Toco von Paramilitärs getötet.



Mein Vater: Ermordet

Paramilitärs ermordeten seinen Vater und warfen seine Leiche in diesen Fluss. Es ist das erste Mal, dass Jhon Esneider Parada Gomez seitdem wieder an den Fluss zurückging. Heute ist er Aktivist in der Victim Victims Association.



Mein Sohn: Ermordet

Im Jahr 2002 töteten Paramilitärs ihren Sohn Edymer Gongora auf der Finca El Prado zusammen mit 15 weiteren Menschen. Die Finca befand sich auf dem Gebiet der Calenturitas-Mine von Prodeco/Glencore. Heute lebt Edilsa Barreto in Boqueron.

Meine Familie: Vertrieben

Auden Portillo wurde 1997 aus der Gemeinde El Toco vertrieben. Heute lebt er in Agustin Codazzi, wo er ein kleines Kaffeegeschäft hat. Jahrelang hat er seine Vertreibung aufgrund paramilitärischer Drohungen nicht bei den Behörden gemeldet.



Meine Familie: Vertrieben

Alberto Cutt Meza ist ein Baumwollfarmer, der 10 Hektar Land im Dorf El Toco besaß. Im Jahr 1997 wurde er von Paramilitärs vertrieben. Er arbeitete in Cartagena erfolglos als Fischer. Im Jahr 1998 ging er nach Agustin Codazzi, wo er heute als Elektriker arbeitet. Er wartet immer noch darauf, sein Land zurückzubekommen.



Mein Sohn: Verschleppt

Leonida Arizas Familie lebte in der Gemeinde El Caiman. Seit 1997 zogen Paramilitärs häufig durch das Dorf. Sie töteten 1999 zwei Menschen, 2001 zwei weitere und brannten die Häuser des Dorfes nieder. Am 2. Mai 2001 verließen die Menschen El Caiman. Leonidas Sohn Luis Carlos Ariza Ortiz wurde Ende 2001 von Paramilitärs gefangen genommen. Seitdem hat sie nichts mehr von ihm gehört. Sie ist schwer traumatisiert und kann nachts nicht schlafen. Da sie nicht arbeiten kann, überlebt sie nur, weil ihre Tochter sie mit Lebensmitteln und einigen Grundnahrungsmitteln versorgt. Heute lebt Leonida Ariza in Agustin Codazzi.





©APMDD

Protestaktion von Asian Peoples' Movement on Debt and Development gegen die japanische Bank Mizuho, der aktuell größte Kreditgeber der Kohleindustrie weltweit.

Kapitel 2

Wer ist die globale Kohleindustrie?



2. Wer ist die globale Kohleindustrie?

Es könnte nicht deutlicher sein: Wenn wir die globale Erwärmung auf 1,5 Grad beschränken wollen, dürfen keine neuen Kohlekraftwerke ans Netz gehen. Dennoch gibt es Unternehmen, die die Kohlekraftwerksflotte noch erweitern wollen – sowie Banken und Investoren, die solche Firmen finanzieren. Dies geschieht oft sogar unabsichtlich: In unseren Gesprächen mit Finanzinstitutionen haben wir gelernt: Selbst wenn sie bereit waren, Geld aus der Kohleindustrie abzuziehen, wussten sie nicht, wie sie das anstellen sollen. Um das Dilemma zu veranschaulichen, schauen Sie sich folgende Fragen an:

Wissen Sie, was die Firma Lemur Holdings macht? Oder wussten Sie, dass Shine Energy aus Austra-

lien, ein Unternehmen, das mit erneuerbaren Energien wirbt, ein neues Kohlekraftwerk bauen will?

Nicht? Dann geht es Ihnen wie vielen, selbst gestandenen, Finanzmanager*innen. Uns wurde klar, dass die Finanzhäuser ohne fundiert recherchierte Firmendaten ihr Verhalten nicht ändern würden. Es galt, die globale Kohleindustrie sichtbar zu machen, und zwar in ihrer gesamten Wertschöpfungskette: Bergbau, Energieversorger, Kohlehändler, Transport, Unternehmen, die Kohle verflüssigen, Kohleinfrastruktur bauen, Ausrüstung für Kraftwerke zur Verfügung stellen und die Kraftwerke bauen. Kurz gesagt: wir wollten nicht weniger, als die globale Kohleindustrie identifizieren.

2.1 Von der ambitionierten Idee zum mächtigen Divestment-Werkzeug: die Global Coal Exit List

Die Idee mündete in eine erste monatelange intensive Recherche. An deren Ende stand 2017 die bisher umfassendste Übersicht aller Arten von Firmen, aus denen sich das Kohle-Universum zusammensetzt: die Global Coal Exit List. Rund 935 Unternehmen listet die GCEL derzeit und deckt damit 88 Prozent der weltweiten Kraftwerkskohleproduktion und 85 Prozent der Kohlekraftwerkskapazität ab. Sie zeigt, dass die Branche nicht „unbesiegbar“ ist und ein Ausschluss exakt dieser Firmen von Krediten, Aktien und Anleihen zum dringend nötigen Kohleausstieg in der Finanzwelt führt. Um die zahlreichen Änderungen in der Kohle-

Branche zu adressieren, bringen wir die Recherche bis heute mit regelmäßigen Updates Jahr für Jahr auf den neusten Stand.

Wie landet ein Unternehmen auf der GCEL?

Die GCEL basiert auf drei von uns entwickelten Kriterien, mit denen so viele Kohlefirmen wie möglich erfasst werden können, einschließlich der schädlichsten und aggressivsten Konzerne innerhalb des jeweiligen Sektors. Unternehmen sollten von Banken und Investoren ausgeschlossen werden, wenn auch nur eines der folgenden Kriterien auf sie zutrifft:

%	Relative Schwellenwerte	1. Mindestens 20 Prozent der Stromerzeugung oder des Umsatzes sind kohlebasiert
IXI	Absolute Schwellenwerte	2. Die jährliche Produktion übersteigt einen Schwellenwert von 10 Millionen Tonnen Kohle im Jahr oder die installierte Kohlekraftwerkskapazität übersteigt 5 Gigawatt (GW)
⚡	Expansionspläne	3. Das Unternehmen plant den Bau neuer Minen, neuer Kohlekraftwerke oder neuer Kohleinfrastruktur

Diese Schwellenwerte gelten seit November 2020. Sie werden schrittweise gesenkt, um der Verschärfung der Klimakrise Rechnung zu tragen. So werden nach und nach mehr Unternehmen mit Kohleaktivitäten abgedeckt, denn laut IPCC muss in OECD-Länder der Kohleausstieg bis 2030, in Nicht-OECD-Ländern vor 2040 stattfinden.

„Die Global Coal Exit List gehört zu den umfassendsten Kohle-Datenbanken, die wir bisher gesehen haben. AXA hat die Liste getestet und hält sie für vielversprechend im Hinblick auf das Risikomanagement. (...) Es ist ein großartiges Werkzeug für Investoren, die ihre Portfolios aus der Kohle abziehen wollen.“

Sylvain Vanston, Corporate Responsibility Division des Versicherers AXA



» **Bereits Billionen bewegt**

Die Global Coal Exit List steht Banken und Investoren als Online-Tool unter coalexit.org zur Verfügung. Heute wenden Finanzinstitutionen mit einem verwalteten Vermögen von über 16 Billionen US-Dollar Kriterien der GCEL für ihr Kohle-Divestment an.* Darunter sind zum Beispiel der Versicherer AXA, die französische Bank Crédit Mutuel oder die schweizer Zurich Insurance Group.

Zu dem bisher größten Kohle-Divestment konnten urgewald und Partner*innen den Norwegischen Pensionsfonds bewegen, einen der größten Investoren weltweit. Er übernahm das von urgewald vorgeschlagene relative Kriterium (damals 30 Prozent der Stromerzeugung bzw. des Umsatzes) und seit 2019 auch das absolute Kriterium (damals 20 Millionen Tonnen Kohleproduktion pro Jahr bzw. 10 GW installierte Kohlekraftwerkskapazität). Dadurch wurde ein Großteil der Kohleunternehmen auf der GCEL ausgeschlossen. Dank der absoluten Schwellenwerte wurden 2020 wichtige Kohleunternehmen wie zum Beispiel RWE und Glencore aus dem Portfolio ausgeschlossen. Seit 2015 beläuft sich das Kohledivestment des Fonds auf ca. neun Milliarden US-Dollar.

Auch der französische Versicherungskonzern AXA wendet für seine Versicherungsleistungen und seine Investments alle Kriterien der GCEL an und geht mit, wenn die Schwellenwerte gesenkt werden.

Kohle-Divestment mit der GCEL ist nachhaltig

Noch wichtiger als der Akt des Divestierens ist es, den Kohlesektor zukünftig nicht mehr durch Investitionen oder Kredite zu unterstützen. Der innovative Aspekt unserer GCEL ist der Blick in die Zukunft. Die Liste ermöglicht es Investoren, die „Expansionisten“ der Industrie zu identifizieren, also die Firmen, die noch neue Kohleminen, neue Kohlekraftwerke und andere Kohle-Infrastruktur bauen oder dies planen. Es sollte ganz oben auf unserer Prioritätenliste stehen, den Ankauf von Aktien und Anleihen solcher Firmen zu verhindern und damit diesen Firmen Kapital zu entziehen. Derzeit sind es 437 Firmen weltweit, die neue Kohleprojekte (Kraftwerke, Minen, Häfen, Bahnlinien) zum Beispiel in Indonesien, Myanmar, China, Thailand und Indien bauen wollen. In diesen Ländern gibt es massiven Widerstand gegen diese Pläne. Die Finanziere hinter den Projektfirmen sind aber oft unbekannt. Mit der GCEL kann urgewald die Investoren und Banken hinter der Kohleindustrie sichtbar machen und den lokalen Protest zu den Finanzinstitutionen tragen, die den Kohlesektor weiter unterstützen.



* Divestmentfolge unter: <https://urgewald.org/divestment-erfolge>

2.2 Worst Cases: Diese Firmen pfeifen auf Klimaschutz und Menschenrechte

CEIC: 2017 wurde in China das größte Energieunternehmen der Welt durch den Zusammenschluss von China Guodian Corporation und der Shenhua Group gegründet.²⁶ China Guodian Corporation war als einer der größten Kohlekraftwerksbetreiber weltweit bekannt und die Shenhua Group holte mehr Kohle aus der Erde als jedes andere chinesische Unternehmen. Die nun geschaffene China Energy Investment Corporation (CEIC), die sich zu 100 Prozent in staatlichem Besitz befindet, ist weltweit führend in Kohleabbau und Kohleverstromung. Die schiere Größe des Unternehmens macht es zu einer der größten Bedrohungen des globalen Klimas. Die Kohlekapazität von über 155 GW entspricht knapp elf mal der des

deutschen Energieriesen RWE. Pro Jahr fördert das Unternehmen über 510 Millionen Tonnen Kohle. Da fällt es kaum ins Gewicht, dass die CEIC auch führend bei den erneuerbaren Energien ist.

CEIC ist einer der größten „Kohle-Expansionisten“ weltweit. Neben weiteren Kohleminen in China sind zusätzlich neue in Australien geplant. Unter Beteiligung der CEIC sollen neue Kohlekraftwerke in China und Indonesien mit einer Kapazität von fast 54 GW entstehen. Das entspricht etwa 49 Mal dem Kohlekraftwerk Datteln 4 in Nordrhein-Westfalen. Damit ist CEIC was den Ausbau von Kohlekraft betrifft ungeschlagen auf Platz 1.

	China Energy Investment Corporation (China Energy/ CHN Energy) (CEIC)	National Thermal Power Corporation (NTPC)	RWE
Geschäftsaktivitäten	Bergbau, Stromproduktion, Service	Bergbau, Stromproduktion, Service	Bergbau, Stromproduktion
Installierte Kohlekraftwerkskapazität	> 155.070 MW	51.904 MW	14.232 MW
Jährliche Kohleproduktion	510 Millionen Tonnen	11,2 Millionen Tonnen	64,8 Millionen Tonnen
In welchen Ländern findet der Kohleabbau statt bzw. wo befinden sich die Kohlekraftwerke?	China	Indien	Deutschland, Niederlande
Wo sind neue Kohleprojekte geplant?	China, Indonesien, Australien	Indien, Bangladesch	—
Kapazität geplanter Kohlekraftwerksprojekte	Anteilig* 42.613 MW	Anteilig* 13.616 MW	—
	Gesamt** 53.960 MW	Gesamt** 16.430 MW	

Datenquelle: Global Coal Exit List 2020

* Kapazität der geplanten Projekte unter Berücksichtigung der jeweiligen Eigentumsanteile
 ** Gesamte Kapazität der geplanten Projekte mit Beteiligung des Unternehmens



» **NTPC:** Das größte Kohleunternehmen in Indien, die National Thermal Power Corporation, dient als Beispiel für das desaströse Verhalten von Kohleunternehmen weltweit. NTPC hat eine lange Geschichte von Menschenrechtsverletzungen. Angefangen mit brutalen Vertreibungen für den Bau ihrer Kohlekraftwerke und -minen bis hin zu vernachlässigten Sicherheitsstandards, was 2017 durch eine Explosion in einem NTPC-Kraftwerk mindestens 43 Arbeiter*innen das Leben kostete.²⁷ Nahezu alle Kraftwerke verletzen zudem gesetzliche Umweltstandards, was neben

den verheerenden Umweltauswirkungen insofern bemerkenswert ist, als dass NTPC mehrheitlich dem indischen Staat gehört.

NTPC besitzt mit 52 GW über 20 Prozent von Indiens Kohlekraftwerkskapazität und ist damit der weltweit sechstgrößte Kohlekraftwerksbetreiber. Doch nicht nur in Indien ist das Unternehmen aktiv. In Bangladesch forciert NTPC das Rampal-Projekt. Es bedroht die Sundarbans – ein riesiger Mangrovenwald und UNESCO-Weltkulturerbe (vgl. S. 17).²⁸

» *Die neue RWE produziert den Strom, der ein nachhaltiges Leben ermöglicht. Sauber, sicher und bezahlbar.*²⁹ «

So zumindest ist es auf der Website des Konzerns zu lesen. Die Realität sieht jedoch anders aus.

RWE: RWE hat insgesamt ca. 14 GW Kohlekraftwerkskapazität und betreibt mit den Kohlekraftwerken Neurath, Niederaußem und Weisweiler fünf der 30 größten CO₂-Emittenten Europas (vgl. S. 52, 53). 2018 förderte der Konzern rund 85 Millionen Tonnen Kohle. 2019 waren es noch 64,8 Millionen Tonnen, auch aufgrund der Proteste mit den darauffolgenden Einschränkungen der Rodung rund um den Hambacher Forst.³⁰ RWE ist und bleibt damit einer der größten Braunkohleförderer überhaupt und ist in Europa Spitzenreiter bei den CO₂-Emissionen.

Garzweiler ungebremst weiterbaggern. Aus Klimaschutzsicht* dürfen nur noch maximal 280 Millionen Tonnen Braunkohle im Rheinischen Gebiet gefördert werden, wie ein Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) im Auftrag von Greenpeace zeigt.³² Auch ohne die ungehinderte Ausbreitung der beiden Tagebaue Garzweiler und Hambach können mindestens noch 450 Millionen Tonnen Kohle im Rheinland gefördert werden – was bereits die Obergrenze überschreitet. Besonders bitter ist die Tatsache, dass für die unnötige Ausbreitung der Tagebaue sieben weitere Dörfer umgesiedelt werden sollen.³³ Außerhalb von Deutschland betreibt RWE zwei Kraftwerke in den Niederlanden. Im Februar 2021 hat RWE das Land vor einem internationalen Schiedsgericht verklagt, um für den beschlossenen Kohleausstieg 2030 Entschädigungen in Milliardenhöhe zu erhalten. Die Klage offenbart einmal mehr, dass der Konzern möglichst lang an der Kohle festhalten will und aktiv gegen Klimaschutzmaßnahmen lobbyiert. Auf Kosten der Steuerzahlenden sollen milliardenschwere Fehlinvestitionen der Vergangenheit saniert werden.

2019 verkündete RWE, sich nachhaltig auszurichten und bis 2040 klimaneutral zu werden.³¹ Hierbei geht es allerdings keineswegs um echten Klimaschutz. Der Konzern versucht lediglich, die von Politik und Markt auferlegten Zwänge als selbst erdachte Nachhaltigkeits-Strategie zu verkaufen. So hält RWE bis zum spätmöglichsten Zeitpunkt 2038 an der Braunkohleverstromung fest, anstatt sich endlich konsequent zu einem „grünen“ Konzern umzubauen.

Trotz des beschlossenen Kohleausstieg Deutschlands will RWE in den Tagebauen Hambach und

»

Eine treffendere Beschreibung des Konzerns wäre daher:

»

Kulturelles Erbe zerstören, landwirtschaftliche Nutzflächen in Abraum verwandeln und ganze Dörfer dem Erdboden gleichmachen, um ineffiziente Brennstoffe zu produzieren? Das ist RWE! «

RWE verliert zunehmend Vertrauen bei Investoren

RWE wird zunehmend zum Investitionsrisiko. „Wir haben unsere Anteile an RWE aus einem einfachen Grund abgestoßen: Kohleaktien sind toxisch, und wenn ein Energieunternehmen seine Kohletätigkeiten ausweitet, gibt es für uns nur eine Option: den Ausstieg.“ So formulierte es Jan Erik Saugestad, Chief Executive Officer von Storebrand Asset Management, als der norwegische Vermögensverwalter Ende 2017 die Finanzierung von RWE beendet. Im Mai 2020 beendete der Norwegische Pensionsfonds seine Beteiligungen an RWE. Kurz darauf, zur RWE Hauptversammlung 2020 schrieb Amundi, der siebtgrößte Investor von RWE und einer der größten Asset-Manager weltweit einen offenen Brief an das Management von RWE und forderte einen schnelleren Ausstieg aus dem Kohlegeschäft. Das Verstromen von Braunkohle bis 2038 stehe im Widerspruch zum 1,5°C Ziel.

Risiko RWE

Während andere Energieversorger wie z.B. die spanische Iberdrola planen, ihre Kund*innen künftig auch ohne Kohleverbrennung mit Strom zu beliefern, hält RWE unbeirrt an der klimaschädlichen Kohle fest. urgewald zeigt in dem Briefing „Risiko RWE“, welche Gefahren diese Geschäftsstrategie für Gesellschaft und Geldgeber birgt, welche die größten involvierten Banken und Investoren sind und welche Finanziers RWE bereits von Geschäften ausgeschlossen haben.

<https://urgewald.org/shop/risiko-rwe>



*um unter dem entsprechenden Kohlenstoffbudget für Deutschland zur Begrenzung der Klimaerwärmung unter 1,75°C zu bleiben

»



©deCOALonize

Protestaktion von deCOALonize gegen das geplante Kohlekraftwerk auf der kenianischen Insel Lamu

Kapitel 3

Der Kohle-Boom weltweit

3. Der Kohle-Boom weltweit

Obwohl Kohle der klimaschädlichste Energieträger ist und die Bedingungen, unter denen er abgebaut wird, Umwelt, Gesundheit und Menschenrechte bedrohen, steht die Kohle in einigen Ländern noch hoch im Kurs. Seit das Pariser Klimaabkommen 2015 beschlossen wurde, wuchs die globale Kohlekraftwerkskapazität um knapp 150 Gigawatt (GW), eine Kapazität vergleichbar mit der gesamten Kohlesparte von Russland, Deutschland und Japan zusammen.

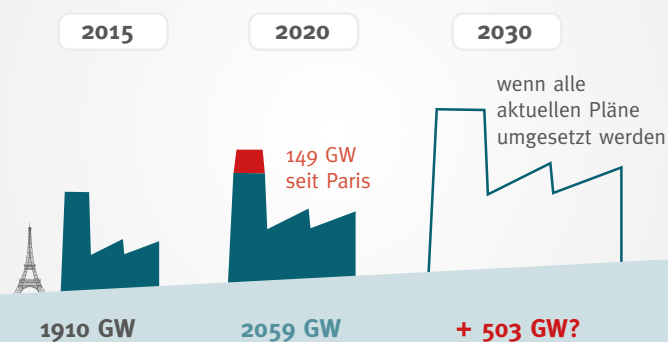
um 80 Prozent sinken, um eine Chance zu haben, die Pariser Klimaziele einzuhalten.³⁶

Besonders problematisch beim Bau neuer Kohleinfrastruktur ist, dass diese eine lange Lebensdauer und hohe Investitionskosten hat. Man spricht in diesem Zusammenhang von einem Lock-in-Effekt: das Festlegen einer CO₂-intensiven Energieerzeugung über Jahrzehnte, was nur schwer und unter hohem Kostenaufwand zu ändern sein wird.³⁷

1 Gigawatt (GW) = 1.000 Megawatt (MW)
Deutschlands gesamte Kohlekraftwerke entsprechen 43 GW.

Allein die bestehenden fossilen Kraftwerke überschreiten bei geplanter Laufzeit das noch vorhandene CO₂-Budget zur Einhaltung des 1,5°C-Ziels.³⁴ Trotzdem werden in 40 Ländern noch neue Kohlekraftwerke mit insgesamt 503 GW geplant und gebaut (vgl. Anhang). Das entspricht einer Erweiterung der weltweiten Kohlekapazität um knapp 25 Prozent.³⁵ Zur Erinnerung: Eigentlich muss die Kohleverstromung bis 2030

Ausbau der Kohlekraftwerkskapazität weltweit seit Pariser Klimaabkommen



Datenquelle: Global Energy Monitor

Five Years Lost

Zwei Tage vor dem 5. Jahrestag des Pariser Abkommens veröffentlichten Urgewald und Partnerorganisationen einen gemeinsamen Bericht, der 12 der verheerendsten fossilen Projekte aufzeigt, die derzeit geplant oder in der Entwicklung sind. Allein diese Projekte würden drei Viertel des gesamten verbleibenden Kohlenstoffbudgets verbrauchen, wenn wir eine 66-prozentige Wahrscheinlichkeit haben wollen, die globale Erwärmung auf 1,5° Celsius zu begrenzen.

<https://urgewald.org/five-years-lost>



Kohlekraftwerke heute



MW = Megawatt

Datengrundlage: siehe Anhang, Global Energy Monitor (2021)

Kohle-Wahnsinn

In Betrieb: 1.185 MW, geplante Erweiterung: 21.704 MW

In **Bangladesch** sind noch 31 Kohlekraftwerke in Planung. Allein sieben davon sollen in unmittelbarer Küstennähe gebaut werden, in einer der fruchtbarsten Regionen des Landes. Fast die Hälfte der lokalen Bevölkerung lebt hier von der Landwirtschaft. Nur wenige der Bäuer*innen wurden (noch) nicht im Laufe der Kohleausbau-Pläne enteignet, über 11.000 Menschen wurden bereits zwangsumgesiedelt.³⁸ Gehen alle Kohlekraftwerke ans Netz, sind die Folgen nicht nur für das Klima verheerend: Schätzungen gehen von zehntausenden vorzeitigen Todesfällen und schweren Erkrankungen in den umgebenden Gemeinden aus. Zudem werden die Gewässer wegen der Luftverschmutzung durch die Kraftwerke stark belastet. Zurzeit diskutiert die Regierung, ob 13 der geplanten Kohle-Kraftwerke gecancel werden, u.a. weil es zunehmend Schwierigkeiten bei der Finanzierung von Kohlekraftwerken gibt.³⁹

In Betrieb: 10.289 MW, geplante Erweiterung: 8.626 MW

Obwohl es auf den **Philippinen** durchschnittlich 20 tropische Zyklone pro Jahr gibt⁴⁰, hat sich die installierte Kohlekapazität des Landes von 2010 bis 2020 mehr als verdoppelt.⁴¹ Im Oktober 2020 kündigte die Regierung eine 180-Grad-Wende an: ab sofort sollen keine neuen Genehmigungen für Kohlekraftwerke mehr ausgestellt werden. Damit machen die Philippinen als eigentlich maßgebliche Kohleexpansionisten und als erstes Land des Globalen Südens einen beachtlichen Schritt hin zu erneuerbaren Energien. Die schon genehmigten 8,6 GW neuer Kohlestromkapazität sollen allerdings noch fertig gestellt werden.

In Betrieb: 816 MW, geplante Erweiterung: 6.830 MW

Derzeit hat die **Mongolei** vergleichsweise geringe 800 MW Kohlekraft installiert. Diese Kapazität könnte sich innerhalb der nächsten Jahre allerdings verachtfachen. Und das, obwohl die Hauptstadt Ulan Bator jetzt schon an den dramatischen Folgen von Luftverschmutzung leidet.⁴² Im Jahr 2018 wurde der von der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen Grenzwert für Feinstaub um das 133-fache überschritten. Schlaganfälle, Herzprobleme und Atemwegserkrankungen wie Asthma sind deshalb sehr häufig. Besonders Kinder leiden darunter. Im Rest der Mongolei leiden vor allem die Nomad*innen an Klimawandelfolgen: Trockene Sommer und harte Winter bedrohen ihre traditionelle Lebensweise.⁴³

In Betrieb: 1.042.947 MW, geplante Erweiterung: 246.864 MW

Das einwohnerreichste Land der Erde produziert, importiert und verstromt die meiste Kohle weltweit. **China** ist zwar Weltmeister beim Ausbau der Windenergie⁴⁴, will seinen wachsenden Energiebedarf aber auch mit neuen Kohlekraftwerken stillen. Obwohl die etwa 1.000 GW an Kohlekapazität nicht ausgelastet sind⁴⁵, sollen weitere 247 GW hinzukommen. Dass Chinas Kohleindustrie weiter wächst, konterkariert die eigenen Klimaschutzpläne.⁴⁶ Mit dem jetzigen Kohlekurs dürfte es für die zweitgrößte Wirtschaftsmacht schwer werden, ihre CO₂-Emissionen wie angekündigt vor 2030 zu senken und bis 2060 klimaneutral zu werden.⁴⁷ Nicht nur im eigenen Land treibt China den Bau von Kohlekraftwerken voran. In 15 afrikanischen und asiatischen Ländern sind 39 GW geplant – nicht ohne Widerstand: In Kenia liegt das Lamu-Kraftwerk auf Eis⁴⁸; in Bangladesch und Pakistan sind zumindest Teile der chinesischen Kraftwerkspläne von den nationalen Regierungen eingestampft worden.⁴⁹

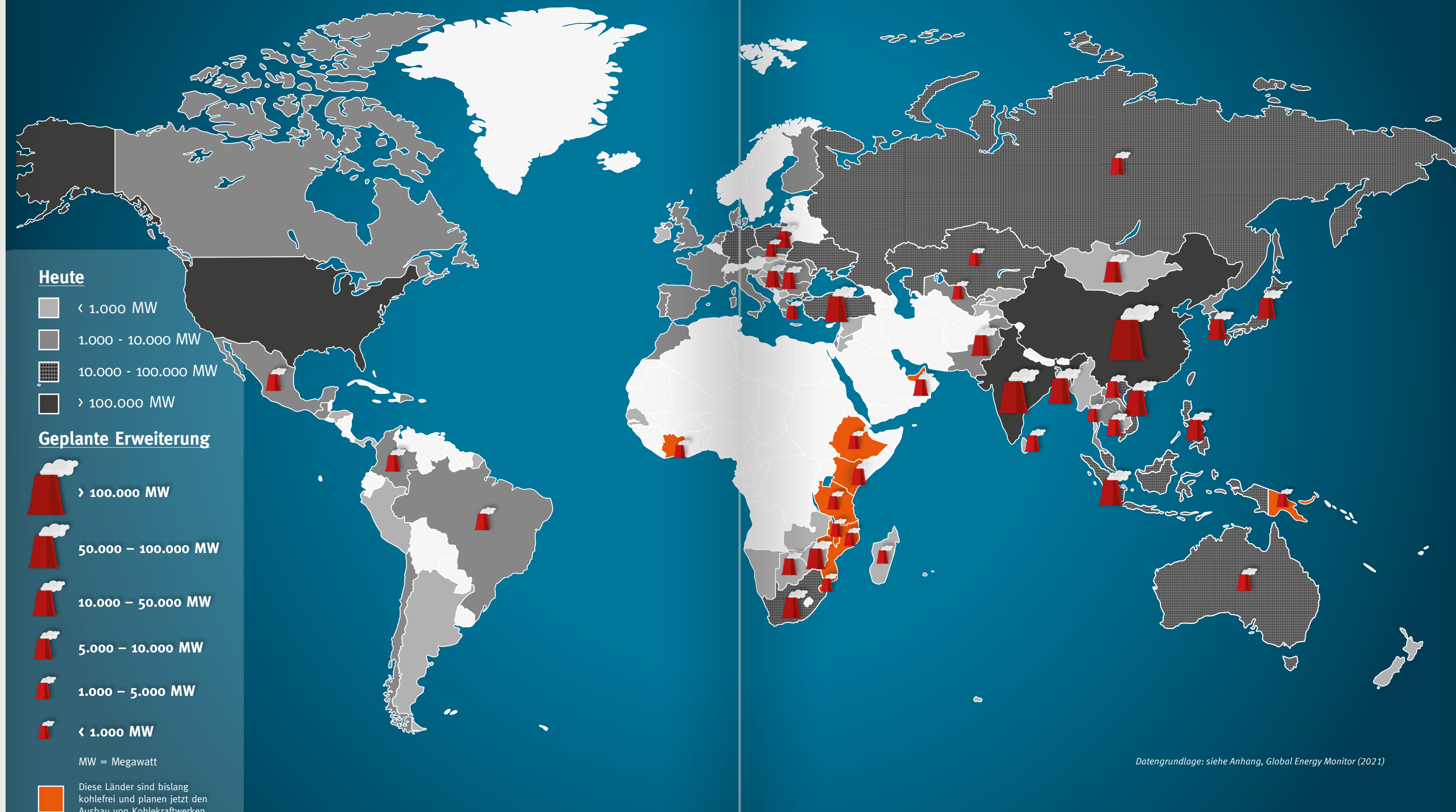
In Betrieb: 229.247 MW, geplante Erweiterung 65.923 MW

Um den Energiehunger seiner 1,3 Milliarden Einwohner*innen zu stillen, setzt **Indien** immer noch auf Kohlestrom. Der Kohleanteil von 70 Prozent bei der Energieproduktion macht Indien zum drittgrößten Treibhausgasemittenten weltweit, verantwortlich für ca. 7 Prozent der globalen CO₂-Emissionen.⁵⁰ Und Indiens Kohlegiganten bauen ihre dreckige Industrie weiter aus: Die indische National Thermal Power Corporation (NTPC) plant noch 16 GW an neuen Kohlekraftwerken und ist damit der größte Kohlekraftwerksbauer außerhalb Chinas. Coal India, der größte Kohleförderer weltweit, will ab diesem Jahr endlich auch in Erneuerbare investieren, produzierte 2019 aber immer noch 573 Millionen Tonnen Kohle und öffnet weiterhin neue Kohleminen. Die berühmte Adani-Gruppe hat 2011 am Rande des Waldes Hasdeo Arand, Zuhause der indigenen Gemeinschaft der Gond, zwei Kohleminen in Betrieb genommen.⁵¹ Der Wald ist einer der größten zusammenhängenden Wälder in Indien und beherbergt viele gefährdete Tierarten wie Lippenbären und Leoparden. Doch die Tagebaue belasten Menschen und Natur: Von Schmutz und Lärm verwirrte Elefanten greifen Menschen an. Die Kriminalitätsrate in der Region ist seitdem drastisch gestiegen.⁵² Die weiteren 40 geplanten Tagebaue würden das Leid im Hasdeo Arand nur vergrößern.

In Betrieb: 732 MW, geplante Erweiterung: 1.650 MW

Das sonnenreiche Land **Botswana** hat unglaubliches Potential für Solarenergie. Bisher gibt es nur ein Kohlekraftwerk im Land, jedoch soll sich Botswanas Kohlekraftwerkskapazität in den kommenden Jahren um über 200 Prozent vergrößern. In Botswana hat ca. 40 Prozent der landeseigenen Bevölkerung keinen Zugang zu Elektrizität.⁵³ Der Großteil des erzeugten Stroms soll dennoch nach Südafrika exportiert werden.⁵⁴ Auch ist die verrückte Idee einer Kohleverflüssigungsanlage im Gespräch⁵⁵, die wohl dreckigste Form der Kraftstoffgewinnung überhaupt.

Das plant die globale Kohleindustrie für die Zukunft



In Betrieb: 33.966 MW, geplante Erweiterung: 32.949 MW

Als Inselstaat ist **Indonesien** eines der am stärksten vom Klimawandel betroffenen Länder.⁵⁶ Gleichzeitig ist das Land abhängig von der Kohle, es ist weltgrößter Kohleexporteur⁵⁷ und generiert über 50 Prozent seines Stroms mit der Verbrennung von Kohle. Schon jetzt sterben jährlich ca. 7.500 Menschen frühzeitig aufgrund der Luft- und Wasserverschmutzung. Wenn Indonesien seine Kohleexpansionspläne realisiert, könnte diese Zahl bis 2030 auf mehr als das Dreifache ansteigen.⁵⁸

In Betrieb: 25.107 MW, geplante Erweiterung: 3.000 MW

Die Bilder der Waldbrände in **Australien** von 2020 sind uns noch im Gedächtnis. Während diese Zeilen geschrieben werden, breiten sich erneut Brände in den Wäldern des Landes aus. Aus der Katastrophe lernen will die australische Regierung offenbar nicht: Das Land ist weiterhin der zweitgrößte Kohleexporteur der Welt.⁵⁹ Vor allem die geplante Carmichael-Mine schlägt immer wieder Wellen in den Medien. Sie wäre der größte Kohletagebau Australiens und soll 90 Jahre lang in Betrieb sein.⁶⁰ Die dort abgebaute Kohle ist vor allem für den Export bestimmt, wofür ein Hafen direkt am gefährdeten Great Barrier Reef erweitert werden soll. Der Protest gegen "Carmichael" wurde bis nach Deutschland getragen: Siemens wurde 2020 auf seiner Aktionärs-Hauptversammlung für die Zulieferung von Bahn-Signalanlagen für die Kohletransportstrecke zwischen der Mine und dem Kohlehafen kritisiert. Hinter dem Projekt steckt auch hier der indische Konzern Adani.

In Betrieb: 20.317 MW, geplante Erweiterung: 28.700 MW

Vietnam gehört zur Weltspitze beim Ausbau seiner Kohlekraftwerksflotte. Und das, obwohl das Land laut Weltbank die Folgen des Klimawandels mit am stärksten zu spüren bekommen wird. Große Teile von Vietnams fruchtbarem Mekong Delta sind durch den steigenden Meeresspiegel bedroht.⁶¹ Wie auch Bangladesch, die Philippinen und Pakistan hat Vietnam den Kohleausbau 2020 eingeschränkt. Ab 2026 sollen keine neuen Kohlekraftwerke mehr gebaut werden.⁶²

In Betrieb: 30.200 MW, geplante Erweiterung: 1.060 MW

Aktuell erzeugt **Polen** ca. drei Viertel seines Stroms durch Kohleverbrennung. Im Herbst 2020 kündigte die Regierung an, bis 2049 aus der Kohle auszusteigen – 19 Jahre zu spät für das Klima. Darüber hinaus plant der Staatskonzern PGE sogar noch seine Kohlemine Turów an der Grenze zu Tschechien und Deutschland zu erweitern. Das stößt auf massiven Widerstand aus diesen beiden Ländern.⁶³ Auch in Polen wächst die Abneigung gegen die Kohle. Laut der Weltgesundheitsorganisation befinden sich in Polen 33 der 50 Städte mit der höchsten Luftverschmutzung weltweit.⁶⁴ An den Folgen sterben dort jährlich ca. 45.000 Menschen frühzeitig. Außerdem leidet auch Polen unter dem Klimawandel, der langanhaltende Dürreperioden verursacht.⁶⁵

In Betrieb: 0 MW, geplante Erweiterung: 1.050 MW

Kenia hat bisher noch kein einziges Kohlekraftwerk. Das könnte sich nun ändern. Nur 20 km entfernt von der Inselgruppe Lamu, direkt am Indischen Ozean soll ein Kraftwerk gebaut werden. Auf Lamu liegt die älteste swahilische Siedlung in Ostafrika, ein UNESCO Weltkulturerbe und ein Tourismus-Hotspot Kenias.⁶⁶ Die Küste säumen Mangrovenwälder und traditionelle Fischgründe.⁶⁷ Schon während der Bauarbeiten würde ein Korallenriff zerstört. Neben den direkten Folgen für die Region würde das Projekt Kenias Treibhausgasemissionen um 700 Prozent steigern.⁶⁸ Das 1.050 MW Projekt konnte dank Umweltklagen bis jetzt aufgehalten werden.

In Betrieb: 42.528 MW, geplante Erweiterung: 0 MW

Deutschland ist mit knapp 43 GW installierter Kohlekapazität auf Platz sechs der größten Kohlestromproduzenten weltweit. Erst 2038 soll in Deutschland Schluss mit der Kohleverstromung sein – ein klarer Bruch des Klimavertrags von Paris. Für die Zukunft sind zwar keine weiteren Kohleprojekte mehr geplant, doch erst 2020 wurde mit Datteln IV, trotz massiver Kritik, noch ein neues Steinkohlekraftwerk in Betrieb genommen. Dieses wird mit russischer Steinkohle befeuert, die besonders im Abbaugbiet massive Umwelt- und Gesundheitsschäden verursacht.⁶⁹ Der deutsche Energieriese RWE hält weiter am Braunkohletagebau fest und ist außerdem der CO₂-intensivste Kohlekraftwerksbetreiber Europas.



© Hung Chung Chih

3.1 Nichts als Kohle? Status quo in China und Polen

In China und Polen scheinen die Regierungen wenig von einem zügigen Kohleausstieg zu halten. Umweltorganisationen werden entweder nicht gehört oder unterdrückt. Ist also alles düster in diesen beiden Ländern? Zwei Expert*innen geben tiefere Einblicke in die Entwicklung der „Kohlemächte“.

Chinas Kohleaktivitäten weltweit

Die Ausbeutung der fossilen Energieträger führt dazu, dass unsere Erde „entflammbarer“ wird, so der Feuerökologe Johann Goldammer.⁷⁰ Auch in China brannte die Erde in den tausendfach illegal gegrabenen Kleinkohlegruben. Diese brennenden Flöze galten vor zehn Jahren noch als die größte ökologische Katastrophe der Welt: Flächen so groß wie deutsche Bundesländer unterwandert von Schwelfeuern. Die Feuer setzen riesige Mengen an CO₂ frei. Jährlich ungefähr so

viel wie der gesamte deutsche Straßenverkehr.⁷¹ Sie brennen bis heute. 200 Mio. Tonnen CO₂ werden von ihnen jährlich freigesetzt.⁷²

Warum es immer wieder zu diesen unterirdischen Feuern kommt, erzählt der chinesische Film „Blind Shaft“ (2003). Er ist einer der ersten sozialkritischen Umweltfilme Chinas. Er schildert, unter welchen unmenschlichen Bedingungen hier Kohle in illegalen Minen abgebaut wird. Der Film gewann



» internationale Preise, in China war er verboten. Ein Grund wurde nie benannt, aber die politische Brisanz lag auch in der schonungslosen Darstellung eines Raubtierkapitalismus und zwischenmenschlicher Verrohung.

30 Jahre Umweltbewegung in China – aber ohne Anti-Kohle-Bewegung

Der Film ist eine Ausnahme, denn eine Anti-Kohle-Bewegung gab es nicht. Chinas Wirtschaftswunder basiert auf Kohle als Energieträger. Dennoch: Widerstände gegen Energie-Infrastrukturprojekte bildeten den Anfang der chinesischen Umweltschutzbewegung in den 1980er Jahren. So wie bei uns die große Umweltbewegung mit dem Widerstand gegen Atomkraft begann, begann in China eine kleine akademische Elite ihren Widerstand gegen Staudämme zu artikulieren.

Die neuere chinesische Umweltbewegung hat ihre Wurzel in der Reflektion über die Mao-Ära, die sich durch einen regelrechten „Krieg gegen die Natur“ (J. Shapiro) auszeichnete. Gewalt gegenüber Tieren und dem Ökosystem als Ganzem hinterließ eine „traumatisierte Landschaft“. Aber auch in der Zeit des wirtschaftlichen Aufbaus und der zweiten nationalen Konferenz zu Umweltschutz 1983 stand Umweltschutz nicht für Schutz von Flora und Fauna, sondern es ging um Ressourcenschutz zum Zwecke der Industrieentwicklung.

Als die politische Elite Anfang der 1990er Jahre um das richtige Entwicklungsmodell stritt, entwickelten sich zeitgleich die ersten Pflänzchen einer Umweltschutzbewegung: Debattierclubs und unabhängige Umweltgruppen bildeten sich, meist um eine Handvoll Intellektueller und Akademiker*innen. Liang Congjie, der Gründer der ältesten Umwelt-NGO Chinas, Friends of Nature, war eng mit der berühmtesten Anti-Staudamm-Aktivistin Dai Qing befreundet, die schon damals vor den Risiken des Megastaudamms am Yangtze warnte. Aber erst zehn Jahre später, mit Einführung des Umweltverträglichkeitsgesetzes 2002 und Gesetzen zu Naturschutzgebieten, konnte die Anti-Damm-Bewegung tatsächlich 30 geplante Staudämme verhindern oder zumindest deren Bau verzögern. China besitzt erst seit 2008 ein Umweltschutzministerium. Proteste gegen invasive Infrastruktur – beson-

ders Energieinfrastruktur – sind also Kennzeichen vieler Umweltbewegungen, hier wie dort. Die Jahre 2000-2006 gelten als goldene Zeit für Umweltschützer*innen in China. Das Klimaschutzgesetz (2007) und das zeitgleich erlassene Gesetz zum öffentlichen Zugang zu umweltrelevanten Informationen (Information Disclosure Gesetz) schufen Rahmenbedingungen für chinesischen Aktivismus. Seit dem Amtsantritt Xi Jinpings (2013) wurden Reformen zurückgenommen und das Land entwickelt sich mehr und mehr zu einer Diktatur. Das hat Konsequenzen für den gemeinsamen Kampf gegen Umweltkatastrophen. Seit der Verschärfung der Gesetze für inländische und ausländische NGOs vor ca. fünf Jahren und der weitgehenden Entkoppelung von westlichen Partner*innen ist die Umweltbewegung auf ein paar wenige Themen zurechtgestutzt worden.

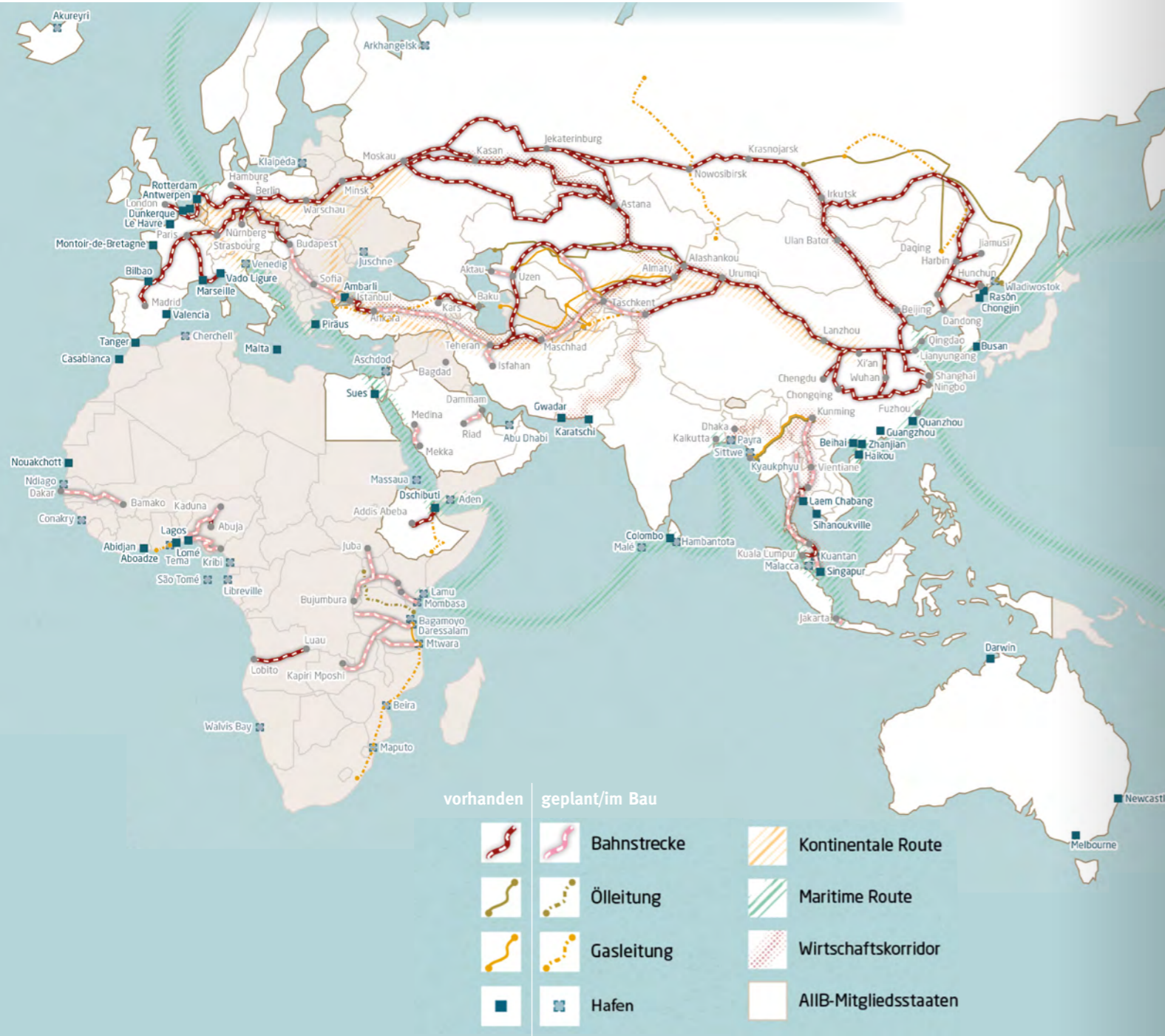
Kohle gehört nicht dazu. Aber Luftverschmutzung. Seit der Gründung der NGO „Center for Legal Assistance for Pollution Victims“ (CLAPV) 1998 wuchs eine neue Generation von Umwelthanwält*innen heran. Umweltverfahren (Environmental Public Interest Litigation, EPIL) wurden eine wirksame Waffe der Aktivist*innen gegen Unternehmen, die sich nicht an Umweltauflagen hielten. Der Film „Under the dome“ (2015) von der Fernsehjournalistin Chai Jing kritisierte erstmals öffentlich Kohleunternehmen und machte das Umweltministerium dafür verantwortlich, nicht hart genug gegen die Verschmutzer vorzugehen. Nach einer Woche verschwand der Film aus dem Netz. Im Jahre 2020 ist Chinas „Fridays for Future“ nur eine „Ein-Personen-Bewegung“⁷³ – die wenigen aktiven Schüler*innen werden als „verwestlichte“ Aktivist*innen belächelt.

Klimasünder:

China ist der weltweit größte Kohleproduzent und -konsument. In den Jahren 2000-2019 haben chinesische Unternehmen in 930 GW Kohlekraft investiert, mehr als das Doppelte der weltweiten Investitionen (415 GW).⁷⁴ China hat im Jahr 2020 sage und schreibe 38,4 GW neue Kohlekraftwerke in Auftrag gegeben – über dreimal soviel wie die globale Gesamtmenge (11,9 GW).⁷⁵ Die Seidenstraßeninitiative dient dem Export des kohlebasierten Entwicklungsmodells Chinas. Entlang der Seidenstraße wird vor allem in Bangladesch,



» **Die neue Seidenstraße: Chinas weltweites Infrastruktur-Netzwerk**
Häfen, Bahnlinien und Energieleitungen sind Teil der „Belt and Road“-Initiative



» Pakistan, Indonesien und der Mongolei in Kohlekraftwerke investiert. Investitionen in Kohle waren aber auch vor der Globalisierungsoffensive ein wichtiger Stützpfeiler der staatlichen Kohlekonzerne. Laut einem Bericht des Institute for Energy Economics and Financial Analysis steigen chinesische Kreditgeber dort ein, wo andere Banken sich aus der Kohlefinanzierung zurückziehen.⁷⁶ Das Institut fand heraus, dass Entwicklungs- und Staatsbanken sowie Firmen aus China mehr als ein Viertel aller außerhalb von China geplanten Kohlekapazitäten finanzieren.

In über 20 Ländern investieren chinesische Unternehmen in Kohlekraftwerke. Dabei geht es gar nicht um den Eigenenergiebedarf: Auch wenn der Energiebedarf 2019 um 8,5 Prozent anstieg, besteht jetzt schon ein Überangebot und Kohlekraftwerke sind nur etwa zur Hälfte ausgelastet. Der erneute Vorstoß in die Kohle wurde von chinesischen staatlichen Energieunternehmen vorangetrieben, die Marktanteile gewinnen wollten und von lokalen Regierungen, die Kohlekraftwerke als Quelle für Arbeitsplätze und Investitionen betrachten. Chinas jüngstes Wachstum ist auf eine kurze, aber massive Welle von Projektgenehmigungen zurückzuführen, die von September 2014 bis März 2016 stattfand. Die Genehmigungswelle brachte eine Kohorte von 245 GW an neuen Projekten in die Entwicklungspipeline (also ungefähr die 222-fache Kapazität des Steinkohlekraftwerks Datteln 4 in Nordrhein-Westfalen). Heute befinden sich 147,7 GW an Kohlekraftwerken entweder im Bau oder dieser wurde auf Eis gelegt, wird aber wahrscheinlich fortgesetzt. Diese Menge entspricht fast der bestehenden Kohlekraftkapazität der Europäischen Union (150 GW).⁷⁷

urgewald hat herausgefunden, dass chinesische Institutionen weltweit die Hauptunterstützer von Kohlekraftwerken sind. Sie stellen fast 70 Prozent aller „underwritings“, also Investment-Dienstleistungen für Kohleinvestitionen, die dafür sorgen, dass sich Kohleinvestitionen noch lohnen. Pakistan, zentraler Investitionsstandort unter der chinesischen Seidenstraßeninitiative, leidet unter den exorbitant gestiegenen Schulden, die unter an-

derem für Kohlekraftwerke aufgenommen wurden. Um sich hier Linderung zu verschaffen, hat die Regierung entschieden, das Genehmigungsverfahren für zwei Kohlekraftwerke der chinesischen Staatsunternehmen Huaneng und Datang auszusetzen. Auch 13 der in Bangladesch geplanten Kohlekraftwerke, darunter auch chinesisch-finanzierte, werden möglicherweise nicht gebaut. Ein Argument: Sowohl die Weltbank als auch die Asian Development Bank ziehen sich aus der Finanzierung von Kohlekraftwerken zurück.⁷⁸

Klimaschützer?

Gleichzeitig ist China weltweit größter Förderer der Erneuerbaren. Erst im September 2020 überraschte der chinesische Präsident Xi Jinping die Welt mit der Ankündigung, China werde im Jahre 2060 klimaneutral sein. Angesichts der Kohleexpansionspläne auch im eigenen Land und der Tatsache, dass Kohlekraftwerke in der Regel eine Betriebsdauer von 40 Jahren haben, wird dieses Ziel von vielen Fachleuten in Frage gestellt.

Um den Klimawandel aufzuhalten, ist es unumgänglich, dafür zu sorgen, dass sich das Kohlegeschäft innerhalb und außerhalb Chinas nicht mehr lohnt. Schon jetzt sind Erneuerbare preislich günstiger als neue Kohlekraftwerke.⁷⁹ Ein starkes Argument, das neben den verheerenden Folgen der Kohlenutzung reichen sollte, um den Ausbau der Kohlekraft zu stoppen.

Auch die deutsche Regierung und die deutschen Banken und Unternehmen haben hier Mitverantwortung. Ein Beispiel: Die von Deutschland durch Steuergelder mitfinanzierte chinesisch-dominierte Asian Infrastructure Investment Bank weigert sich bis heute, in ihren Statuten Kohle auszuschließen.

Nora Sausmikat, urgewald, Kampagnen zu multilateralen Finanzinstitutionen/China

Interview:

Kohleindustrie und Protestbewegungen in Polen

Interview mit Kuba Gogolewski, Koordinator und Finanz-Campaigner des polnischen Bündnisses „Development YES – Open-Pit Mines NO“



© Kuba Gogolewski

Was ist deine persönliche Motivation, dich für den Kohleausstieg zu engagieren?

Meine stärkste Motivation ist es, Pflanzen und Tiere zu vertreten. Sie haben keine Stimme, um sich gegen die Auswirkungen der Klimakrise und deren Hauptverursacher, die fossile Industrie, zu wehren. Meine Töchter, die 2014 und 2018 auf die Welt kamen, geben meiner Motivation außerdem ein klares menschliches Gesicht.

Wie groß ist die Kohleindustrie in Polen und wie stark ist der Energiesektor auf Kohle angewiesen?

Diese Frage ist nicht einfach zu beantworten, da es keine zuverlässigen Daten über die Anzahl der indirekt Beschäftigten gibt. Im Steinkohlebergbau sind derzeit rund 80.000 Menschen beschäftigt, im Braunkohlebergbau und in der Energieerzeugung rund 20.000. Bezieht man aber die indirekten Arbeitsplätze im Kohlesektor mit ein, z.B. bei der Herstellung von Bergbaumaschinen oder Förder-technik, liegt diese Zahl deutlich höher. Im Zuge der COVID19-Pandemie wurde dieser Sektor diversifiziert und es wurden Stellen abgebaut, sodass wir aktuell von insgesamt grob 200.000 Menschen sprechen, die direkt oder indirekt in der Kohleindustrie beschäftigt sind.

Der Kohleanteil am Strommix beträgt in Polen immer noch um die 75 Prozent. Der Kohlesektor in Polen hat einen übergroßen politischen Einfluss und einige der bestorganisierten Gewerkschaften des Landes. Deshalb gab es bis vor kurzem keine einzige politische Partei, die über das Ende der

Kohle gesprochen hat. Erst seit Anfang 2019 schlugen die ersten Parteien Endtermine vor, frühestens 2035.

Welches sind die schädlichsten Auswirkungen der Kohleproduktion und Kohleverstromung in Polen auf Mensch und Umwelt?

Mehr als 40.000 vorzeitige Todesfälle pro Jahr sind die Folge der schlechten Luftqualität in Polen. Hauptverursacher ist die Verbrennung von Braun- und Steinkohle. Hinzu kommt, dass Kohle von schlechter Qualität u.a. an Privathaushalte verkauft wird, die damit heizen. Die Haushaltsöfen haben keine Industrie-Filter und so wird der Smog in Polen zu einem großen Gesundheitsproblem.

Das für den Tagebau abgepumpte Wasser sorgt für einen niedrigeren Grundwasserspiegel in der Region, was schwerwiegende Folgen für den gesamten Wasserhaushalt und die angrenzenden Ackerflächen hat. Außerdem führt die Flutung stillgelegter Tagebaue zu einer jahrzehntelang andauernden Versauerung des Wassers. Durch den Steinkohleabbau gibt es regelmäßig Erdbeben, die Gebäude und Infrastruktur beschädigen. Staub und Sand aus den Tagebaugruben verunreinigen die Luft und bedecken besonders an trockenen und windigen Tagen ganze Regionen.

Engagieren sich die Menschen in Polen gegen neue Kohlekraftwerke oder Abbaustätten?

Der Widerstand richtet sich vor allem gegen den Braunkohletagebau. 2011 wurde das Bündnis

» „Development YES – Open-Pit Mines NO“ gegründet, das sich gegen neue Tagebaue einsetzt. Dieser Protest wird von den Mainstream-Medien aufgenommen und erreicht auch die Regierung.

Wie reagiert die Politik auf den Protest?

Bis vor kurzem haben Politiker*innen parteiübergreifend die Entwicklung neuer Minen und Anlagen unterstützt. Nur zögerlich wird über einen Kohleausstieg gesprochen. Umweltschutz wird meist als Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung und die Energiesicherheit gesehen – die heiligen Götter der Regierung. Da sich die meisten Kohleunternehmen in staatlicher Hand befinden, werden Bürgerbeteiligungs- und Umweltschutzgesetze oft zu deren Gunsten geändert.

Als Umweltorganisationen werden wir nicht zu Konsultationen eingeladen. Wir können mit den Regierungsbeamt*innen nur auf Konferenzen interagieren und sie mit Fragen konfrontieren. Wir können unsere Forderungen also hauptsächlich über die Medien stellen. Auch wenn z.B. Banken oder Versicherungen ihre Richtlinien in Bezug auf Kohle ändern, kann das einen Effekt auf die Öffentlichkeit und die Politik haben.

Welche Rolle spielen die Versicherungsgesellschaften, wenn es um polnische Kohlekraftwerke geht?

Drei von acht Unternehmen, die seit 2013 polnische Kohle versichern, haben 2018 eine Anti-Kohlepolitik veröffentlicht. Dazu gehören auch Versicherungsriesen wie Allianz oder Generali. Im Jahr 2019 kündigte die Vienna Insurance Group, die Interrisk und Gothaer besitzt, ihre neue Kohleversicherungs-

politik an. Bei Generali haben unter anderem Petitionen, Aktionen in Polen, der Tschechischen Republik und Italien in Verbindung mit Treffen und Besuchen auf Hauptversammlungen zu einer Verschärfung der Kohlerichtlinien geführt.

Sowohl die Veränderungen in der Rückversicherungs- (Swiss Re und Munich Re) als auch in der Versicherungsbranche haben dazu geführt, dass polnische Kohleunternehmen sowie PZU, die größte Versicherungsgesellschaft in Polen und eine tragende Säule der polnischen Kohleindustrie, Schwierigkeiten bei der weiteren Versicherung von Kohleprojekten haben. Das beste Beispiel dafür ist das 1.000 MW Steinkohlekraftwerk Ostrołęka C. PZU hat Ostrołęka C zusammen mit Warta, der polnischen Tochter der Talanx, versichert. Bis zuletzt konnte aber die Finanzierung und Rückversicherung nicht geklärt werden. Das Vorhaben wurde auf Eis gelegt und im Mai 2020 offiziell gecancelt und der Bau gestoppt. Vermutlich wird aus dem Kohleprojekt nun ein kleineres Gaskraftwerk. Das zeigt die Wirksamkeit von Finanzkampagnen und, dass diese auch ohne Zutun der Politik die Entwicklung der Energielandschaft beeinflussen können.

Was war euer größter Erfolg in 2020?

Ende 2020 hat der Energieversorger ZE PAK, der seinen Strom zu 100 Prozent aus Braunkohle generiert und zu dem wir seit mehr als 5 Jahren Kampagne führen, einen Kohleausstieg bis 2030 angekündigt. Er hat alle Pläne für neue Minen aufgegeben und plant auch keine neue Gasinfrastruktur. Es sieht also so aus, als ob der Konzern einen Übergang von Kohle zu erneuerbaren Energien plant.



© Mateusz Wojton

»



Kapitel 4

Kohleland Deutschland

4. Kohleland Deutschland

Große Hitze, Starkregen, Überflutungen und Dürre: Immer häufiger sehen die Sommer in Deutschland so aus. Sie sind Vorboten der drohenden Klimakatastrophe. Mit den Ende 2018 aufkommenden Klimastreiks der Schüler*innen von Fridays for Future rückte die Klimakrise mehr und mehr in den Fokus des gesellschaftlichen und politischen Diskurses, nach Jahren am Rand der Debatte. Unzählige Menschen fordern nun mehr Klimaschutz und mehr Geschwindigkeit bei der Energiewende. Auch die Widerstände gegen die Kohleverstromung werden immer größer.

Trotz des breiten gesellschaftlichen Rückhalts sind die Beharrungskräfte groß und verhindern energische Maßnahmen im Kampf gegen die Klimakrise, zu denen ein schneller Abschied vom klimaschädlichsten Energieträger Kohle gehört. Deutschland ist und bleibt Kohleland.

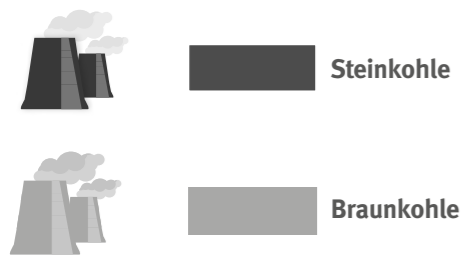
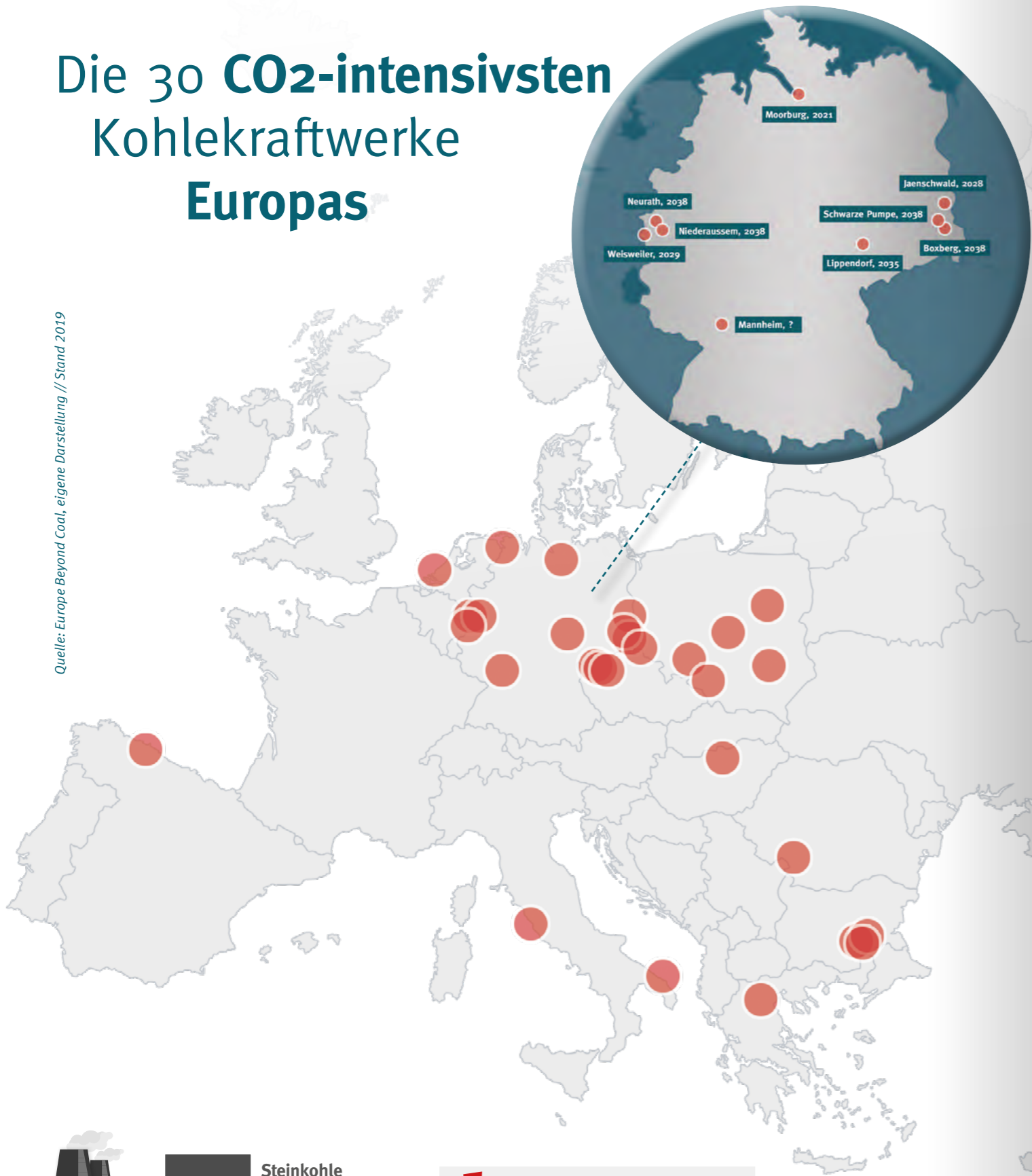
Der Abbau und die Verstromung von Stein- und Braunkohle haben in Deutschland eine lange Tradition. Sie waren entscheidende Rohstoffe der Industrialisierung und haben einen wichtigen Beitrag für die deutsche Wirtschaft geleistet. Kohle wird in verschiedenen Sektoren verwendet, beispielsweise in der Stahlproduktion oder der Zementindustrie, der Großteil wird allerdings zur Stromerzeugung verbrannt.

Ein Viertel unseres Stroms wird noch immer in Kohlekraftwerken erzeugt.⁸⁰ Darunter befinden sich einige der dreckigsten Kraftwerke Europas. Allein der Energiekonzern RWE schleuderte 2019 mit seinen drei CO₂-intensivsten Braunkohle-Kraftwerken Neurath, Niederaussem und Weisweiler 54,3 Millionen Tonnen CO₂ in die Atmosphäre.⁸¹ Das entspricht knapp 7 Prozent der gesamten deutschen Treibhausgas-Emissionen.⁸²



Die 30 CO₂-intensivsten Kohlekraftwerke Europas

Quelle: Europe Beyond Coal, eigene Darstellung // Stand 2019



! 9 der 30 klimaschädlichsten Kohlekraftwerke in der EU stehen in Deutschland

Unternehmen	Kraftwerksname	Kapazität in MW	CO ₂ -Emissionen 2019 in Mt
Bulgarien			
Bulgarian Energy Holding (BEH)	Maritsa East 2	1602	7,9
ContourGlobal	Maritsa East 3	908	5,7
AES	Galabovo	670	4,2
Deutschland			
RWE	Neurath	4424	22,6
EPH	Boxberg	2582	18,7
RWE	Niederaussem	3676	18,4
EPH	Jaenschwalde	3210	17,6
RWE	Weisweiler	1958	13,3
EPH	Schwarze Pumpe	1600	10,5
EnBW/EPH	Lippendorf	1867	8,9
RWE	Mannheim	2156	4,9
Vattenfall	Moorburg	1640	4,7
Griechenland			
PPC	Agios Dimitrios	1595	6,8
Italien			
Enel	Brindisi Sud	2640	4,7
Enel	Torrevaldaliga Nord	1980	4,5
Niederlande			
RWE	Eemshaven	1739	5,4
Uniper	Maasvlakte 3	1196	4,9
Polen			
Enea	Kozienice	3994	10,5
PGE	Opole	3332	7,0
Enea	Polaniec	1657	6,8
PGE	Rybnik	1775	4,4
PGE	Belchatow	5030	32,7
PGE	Turow	1488	5,5
ZEPAK	Patnov 1	600	4,2
Rumänien			
CE Oltenia SA	Rovinari	1320	4,6
Spanien			
EDP España	Abono	916	4,9
Tschechien			
CEZ	Pocerady	1000	6,0
CEZ	Prunerov	750	5,1
CEZ	Tusimice	800	4,3
Ungarn			
MVM	Matra	884	4,5

MW= Megawatt
Mt= Megatonne = 1.000.000 Tonnen



4.1 Weltmeister bei der Braunkohle

Die besonders klimaschädliche Braunkohle ist der einzige fossile Energierohstoff, der in Deutschland ausreichend vorhanden ist und nicht importiert werden muss. Er wird fast ausschließlich zur Stromerzeugung genutzt.

Auffällig dabei ist, dass ihr Anteil über Jahre hinweg konstant hoch blieb. 2018 lag dieser immer noch bei 23 Prozent, 2020 bei 16 Prozent.⁸³

Die 10 größten Braunkohleförderer weltweit in Mt (Millionen Tonnen)

	2016	2017	2018
Deutschland	172	171	166
China	140	145	150
Türkei	70	72	85
Russland	74	75	80
Indonesien	60	60	60
Polen	60	61	59
USA	65	61	52
Indien	45	47	45
Australien	60	56	45
Tschechische Republik	39	39	39
Andere	238	246	236
Welt	1022	1034	1017

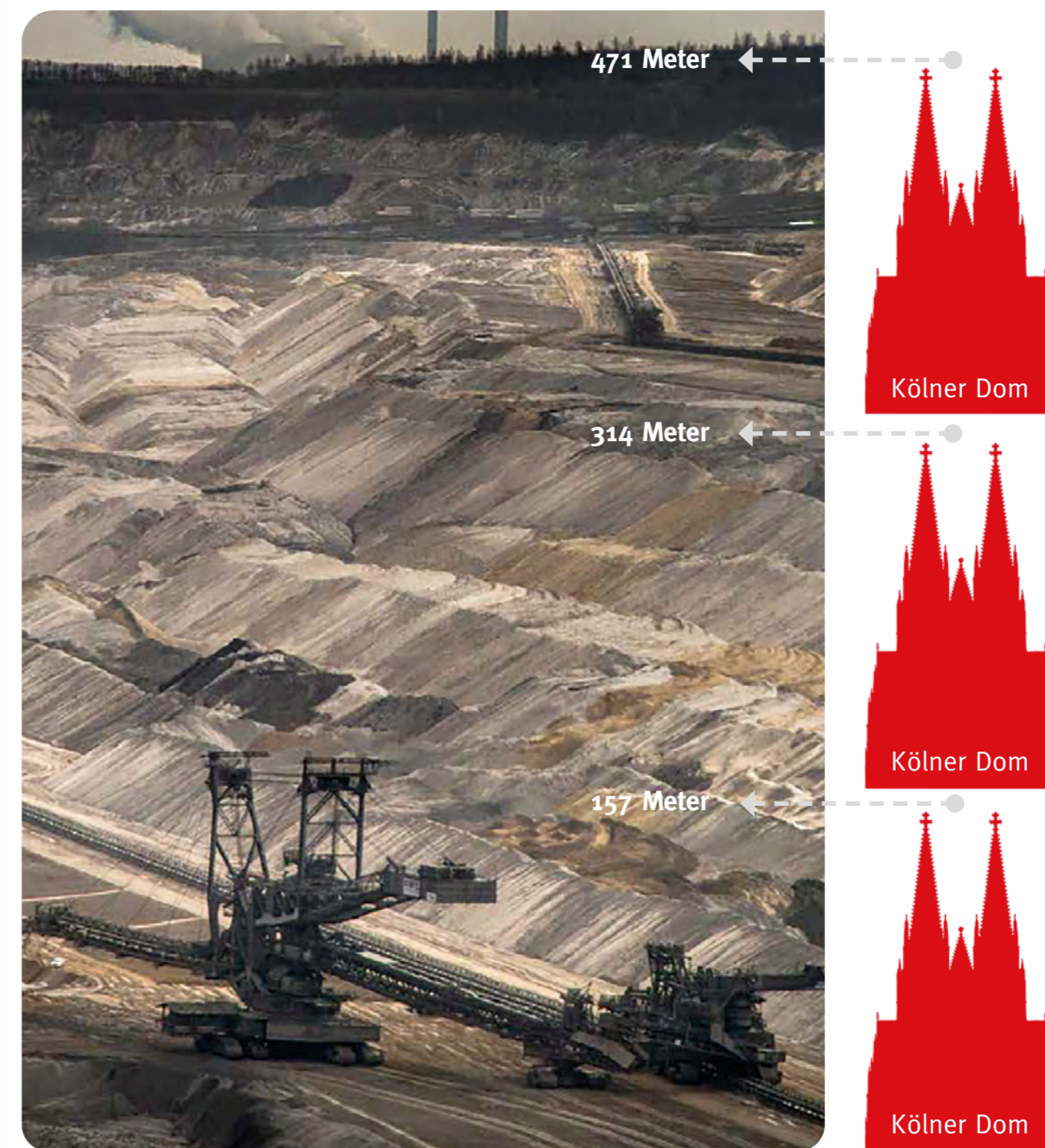
Datenquelle: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

Mt= Megatonne = 1.000.000 Tonnen

2018 wurden in Deutschland 166 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert.⁸⁴ Deutschland ist damit bisher der weltgrößte Braunkohle-Förderer. Für Braunkohle werden in Deutschland jeden Tag ca. 1,6 Hektar, also eine Fläche von mehr als zwei Fußballfeldern, abgebagert.⁸⁵ Bedenkt man, dass eine Renaturierung 20-30 Jahre

oder länger dauern und der ursprüngliche Zustand der Fläche nicht wiederhergestellt werden kann, wird der immense Eingriff in die Natur deutlich. Selbst ohne Berücksichtigung der rekultivierten Flächen sind Braunkohletagebaue 2019 etwa so groß wie der Bodensee.⁸⁶

Der Tagebau Hambach hat eine maximale Tiefe von 470 Metern.⁸⁷



Hambi bleibt!



Die Kohlebagger machen auch nicht Halt vor einzigartigen Ökosystemen. Das zeigte die weitgehende Zerstörung des Hambacher Walds, welcher zum Symbol der Anti-Kohlebewegung in Deutschland wurde. Der über 12.000 Jahre alte rheinische Urwald war in den 1970er Jahren noch 4.100 Hektar groß. Heute sind nur noch wenige hundert Hektar des Waldes übrig.⁸⁸ Die breite Protestbewegung und ein Antrag des BUND vor dem Oberverwaltungsgericht Münster haben Ende 2018 einen vorläufigen Rodungsstopp erreicht.⁸⁹

Anfang 2020 einigten sich Bundesregierung und Kohleländer schließlich darauf, dass der Hambacher Wald erhalten bleiben soll, was nun auch im Kohleausstiegsgesetz enthalten ist.⁹⁰ RWE verkündete daraufhin nach langem Hin und Her, Morschenich, eine der beiden an den Hambacher Wald grenzenden Ortschaften, entgegen ihrer ursprünglichen Pläne erhalten zu wollen.⁹¹ An der Abbagge-

rung der Ortschaft Manheim zur Erweiterung des Tagebaus Hambach hält RWE jedoch weiterhin fest. Der von der Klimabewegung hart erkämpfte Restbestand des Waldes ist durch dieses Vorhaben weiter gefährdet. Der näher rückende Tagebau hat unter anderem negative Auswirkungen auf den Wasserhaushalt - besonders die Waldränder leiden im Sommer unter extremem Hitze- und Trockenstress durch die sich stark aufheizende Kohlegrube, wie eine Studie des Potsdamer Instituts für Klimaforschung (PIK) und der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde zeigt.⁹²

Der Erhalt des Hambacher Waldes ist ein Erfolg, den Klimaaktivist*innen gegen den erbitterten Widerstand von Konzern und Landesregierung über viele Jahre erkämpft haben. Doch damit ist der Kampf gegen die Braunkohle-Tagebaue von RWE noch lange nicht beendet.

Übrigens: RWE plant, das Restloch des Tagebaus Hambach nach der Kohleförderung mit Rheinwasser zu fluten. Bis zum Ende des Jahrhunderts entsteht so ein 40,4 km² großer und bis zu 310 Meter tiefer See, der mit einem Volumen von 5,3 km nach dem Bodensee der zweitgrößte See Deutschlands wäre. Dafür müssten pro Jahr bis zu 270 Millionen m³ Wasser aus dem Rhein in die Kohlegrube gepumpt werden.⁹⁴ In Zeiten zunehmender, klimawandelbedingter Dürreperioden erscheint dies als geradezu grotesker Plan, dessen Auswirkungen zukünftige Generationen getreu dem Motto „Nach mir die Sintflut“ ausbaden dürften.

Umsiedlungen in Deutschland

In Deutschland geht Bergrecht vor Eigentumsrecht. Das bedeutet, dass nach dem Grundgesetz Menschen enteignet werden können, wenn dies aus „zwingenden Gründen des überwiegenden Allgemeinwohlsinteresses“ auf Stromversorgung notwendig ist.⁹⁵ Mit dieser rechtlichen Grundlage konnten Kohlekonzerne Landwirtschaftsflächen und ganze Dörfer mit ihren Kulturgütern und seit Generationen vererbten Grundstücken und Häusern dem Erdboden gleichmachen.

Bis 2018 wurden 317 Ortschaften ganz oder teilweise für den Braunkohletagebau zerstört.⁹⁶ Über 120.000 Menschen verloren dadurch ihre Heimat.⁹⁷ Umsiedlung oder Abfindungen können die persönlichen und wirtschaftlichen Verluste der betroffenen Bevölkerung nicht wieder gut machen. Besonders

schwer ist dies für alte Menschen, die oft ihr ganzes Leben in heute zerstörten oder zu Geisterdörfern gewordenen Orten gelebt haben.

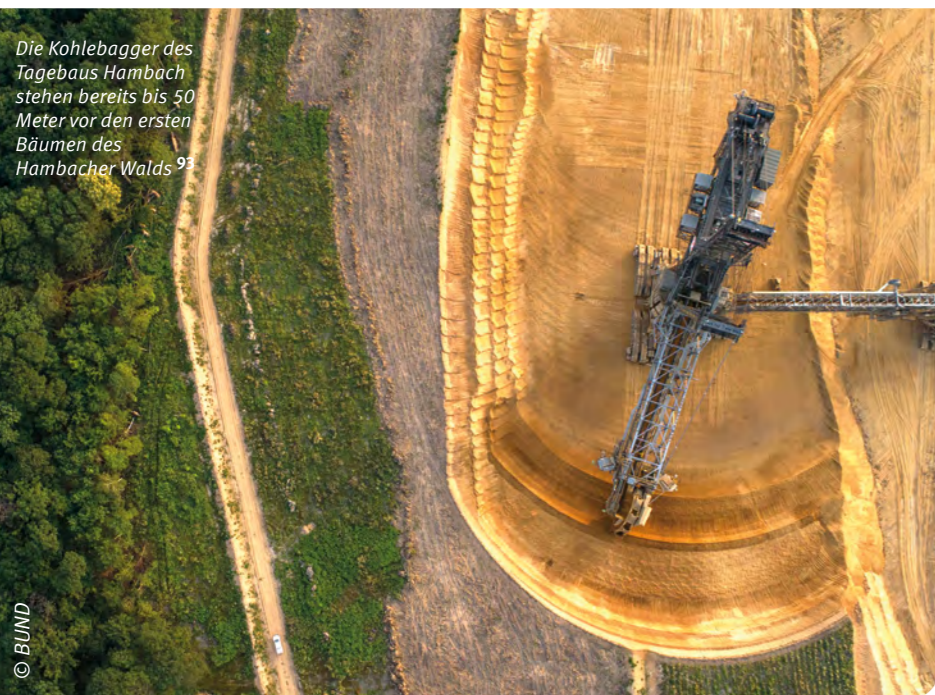
Neben der Ortschaft Manheim am Tagebau Hambach sollen, trotz beschlossenen Kohleausstiegs, um den Tagebau Garzweiler noch fünf weitere Ortschaften abgebaggert werden: Keyenberg, Unterwestrich, Oberwestrich, Kuckum und Beverath. Weitere 1.600 Menschen wären von Zwangsumsiedlung betroffen.⁹⁸

Diese Pläne wirken angesichts der Klimakrise und der stark gesunkenen Braunkohle-Strommengen wie aus der Zeit gefallen. Dass RWE weiter Menschen ihrer Heimat berauben will, ist weder ethisch noch energiewirtschaftlich nachvollziehbar.



Abriss des Immerather Doms, der 2018 für den Braunkohletagebau Garzweiler zerstört wurde.

© Arne Müseler



Die Kohlebagger des Tagebaus Hambach stehen bereits bis 50 Meter vor den ersten Bäumen des Hambacher Walds.⁹³

© BUND

Keyenberg leistet Widerstand

Keyenberg ist ein kleines Dorf mit knapp 850 Einwohner*innen. In der Gemeinschaft werden Schützenfeste und Karneval gefeiert. Doch ab 2023 soll dieses Dorf verschwinden. Dem Ausbau des Tagebaus Garzweiler von RWE sollen die Bewohner*innen von Keyenberg mitsamt Kindergarten, Grundschule und einer denkmalgeschützten Kirche weichen. RWE forciert eine schnelle Umsiedlung, doch viele Keyenberger*innen leisten Widerstand, um ihr über 1.100 Jahre altes Dorf zu erhalten:

„Menschenrecht vor Bergrecht“ – ein Zusammenschluss von Menschen aus den bedrohten Ortschaften und Anwohner*innen aus Grubenranddörfern – besitzt ein direkt an der Ortsgrenze gelegenes Grundstück in Keyenberg. Will RWE den Tagebau wie geplant erweitern, muss ein Grundabtretungsverfahren eingeleitet werden, welches entscheidet, ob eine Enteignung zugunsten RWEs rechtmäßig ist.⁹⁹ Denn die Eigentümer*innen werden das Grundstück nicht freiwillig an RWE verkaufen. Falls die zuständige Bezirksregierung eine Enteignung als „notwendig für das Allgemeinwohl“ und damit als rechtmäßig ansieht, kündigten die Mitglieder von „Menschenrecht vor Bergrecht“ weitere juristische Schritte an. Eine endgültige Klärung kann sich über Jahre ziehen.¹⁰⁰ Das stellt nicht nur für RWE, sondern auch für RWE-Investor*innen ein großes finanzielles Risiko dar, wenn RWE nicht

rechtzeitig umplant und von einer Abaggerung des Dorfes absieht. Diese Verfahren sind nicht nur aufgrund der zeitlichen Verzögerung von entscheidender Bedeutung, da sich hier die Frage klären wird, ob die zuständigen Gerichte weiterhin bereit sind, Tagebauerweiterungen als notwendig für das Allgemeinwohl anzuerkennen: Einerseits liegt dank der Energiewende keine energiewirtschaftliche Notwendigkeit mehr vor, andererseits verschärft die Verstromung von Braunkohle nachweislich die Klimakrise, die unkalkulierbare Risiken für das Allgemeinwohl birgt.

Die Mitglieder von „Menschenrecht vor Bergrecht“ haben Anfang September 2020 zusätzlich eine Verfassungsbeschwerde gegen das Kohleausstiegsgesetz der Bundesregierung eingereicht. Im Gesetz wird der Abriss der Dörfer weiter forciert, weil es den Tagebau Garzweiler II als „energiepolitisch und energiewirtschaftlich“ notwendig festlegt.¹⁰¹ Ein zuvor veröffentlichtes Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) widerlegt dies.¹⁰²

Ein alter Mann aus Keyenberg leistete gegen das geplante Verschwinden seiner Heimat auf seine eigene, stille Art Widerstand: „Ich ziehe da nicht hin, ich zieh unter die Erde“, sagte er, als sein Sohn mit ihm über die neugebauten Dörfer sprach. Er verstarb vier Wochen später.¹⁰³

„*Wir werden vertrieben von einer Technologie, die nachweislich keine Zukunft hat.*“
Norbert Winzen aus Keyenberg¹⁰⁴



Der „Friedhof der zerstörten Dörfer“ in Keyenberg

4.2 Woher kommt die Steinkohle für deutsche Kraftwerke?

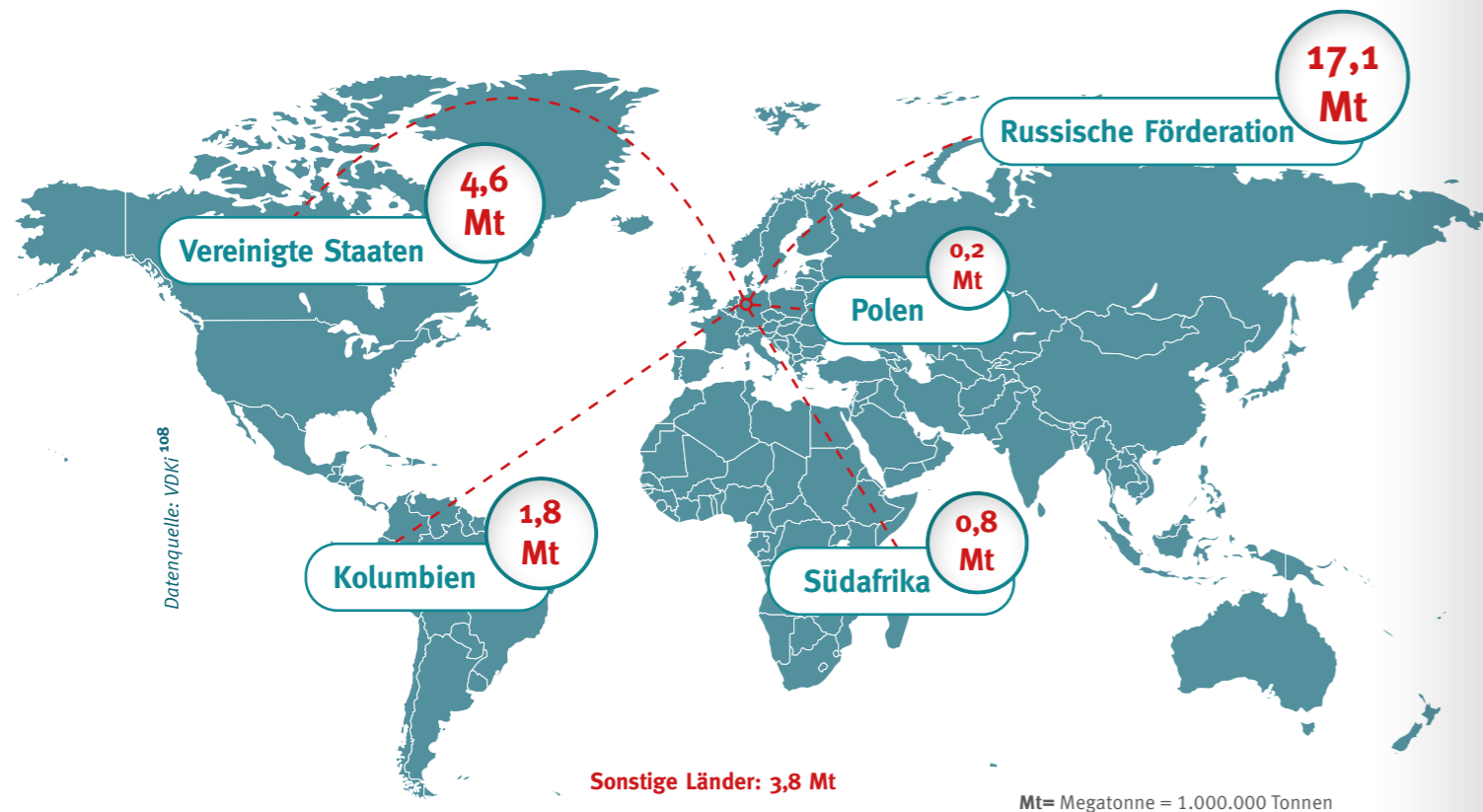
Steinkohle wird hauptsächlich in Kraftwerken zur Stromerzeugung und in der Stahlindustrie verwendet. 2019 wurden 9,5 Prozent des deutschen Stroms durch die Verbrennung von Steinkohle produziert, 2020 waren es noch 7,5 Prozent.¹⁰⁵

2018 wurde in Ibbenbüren feierlich das letzte Stück Steinkohle gefördert. Der Rohstoff wurde schon davor jahrelang mit Milliardensummen subventioniert und war nicht mehr wirtschaftlich. Seitdem stammt sie vollständig aus Importen.¹⁰⁶

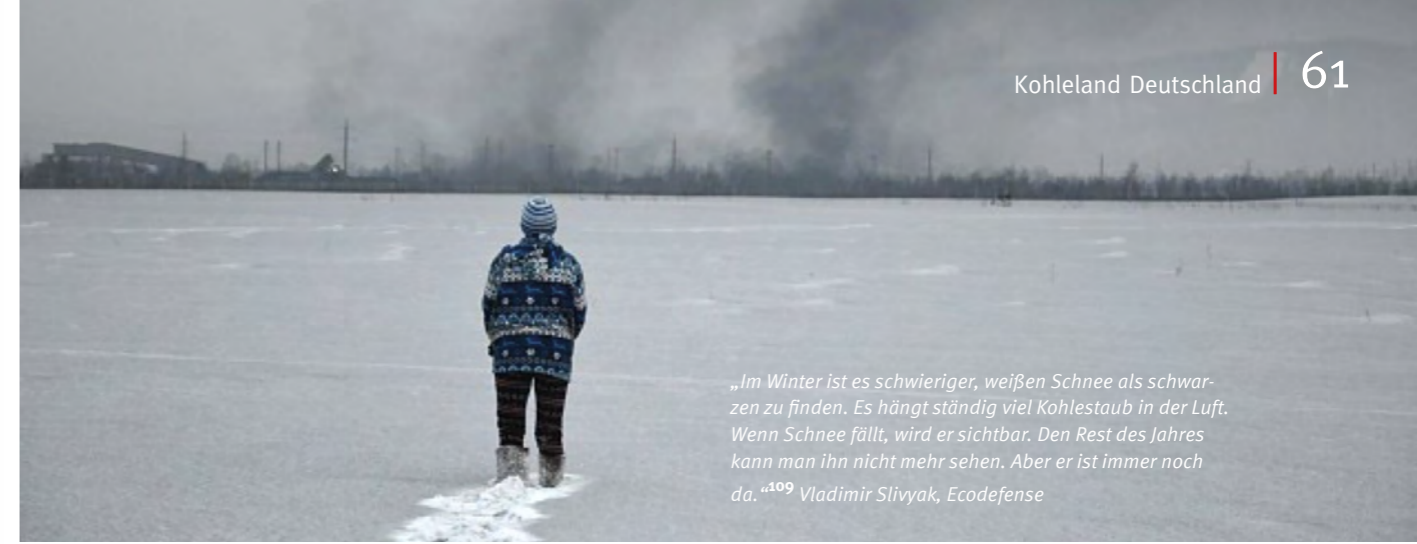
Deutschland ist mit Abstand der größte Importeur von Steinkohle in Europa. 2019 wurden 28 Millionen Tonnen Kesselkohle (Steinkohle zur Energiegewinnung)

nach Deutschland importiert.¹⁰⁷ Für die billige Importkohle, die in deutschen Kraftwerken verbrannt wird, zahlen Menschen und Umwelt in den Kohleabbaugebieten einen hohen Preis. Die größte Menge, knapp 45 Prozent, importiert Deutschland aus Russland.

Deutsche Kesselkohleimporte nach Ursprungsländern im Jahr 2019



© Ecodefense



„Im Winter ist es schwieriger, weißen Schnee als schwarzen zu finden. Es hängt ständig viel Kohlestaub in der Luft. Wenn Schnee fällt, wird er sichtbar. Den Rest des Jahres kann man ihn nicht mehr sehen. Aber er ist immer noch da.“¹⁰⁹ Vladimir Sliviyak, Ecodefense

Deutschlands Lieblingslieferant: Steinkohle aus dem russischen Kuzbass

In den letzten 20 Jahren hat Russland seine Steinkohleförderung stetig erhöht. Das ist überwiegend auf die steigenden Exporte zurückzuführen, die sich seit der Jahrtausendwende mehr als verachtfacht haben. Mit 200 Millionen Tonnen im Jahr 2018 ist Russland nach Australien und Indonesien drittgrößter Steinkohleexporteur weltweit.¹¹⁰ Das größte Kohleabbaugebiet in Russland ist das Kuznetskij Bassin (Kusnezker Becken), kurz Kuzbass, in der sibirischen Oblast Kemerowo. Ein Großteil der russischen Steinkohle stammt von dort.

Die Landschaft im Kuzbass ist geprägt von Tagebaulöchern und Abraumphalden, in denen Kohlebrände teils seit Jahrzehnten vor sich hin glimmen.¹¹¹ Gegenwärtig sind hier 120 Untertage- und Tagebauminen in Betrieb. Die Tagebaue werden nach ihrer Ausbeutung in der Regel sich selbst überlassen, übrig bleiben ökologische Wüsten.¹¹²

Die großen Kohlebergbauunternehmen SUEK, Kuzbassrazrezugol (KRU) und Siberian Business Union (SDS) sind die wichtigsten Exporteure nach Europa, aber es gibt auch mehr als ein Dutzend kleinerer Unternehmen, die in der Region Kohle fördern. Diese verletzen oft die Landrechte der lokalen Gemeinschaften, Vorschriften über den Mindestabstand zwischen Tagebau und bewohntem Gebiet werden ignoriert. Manche Häuser sind nur 100 Meter vom Tagebau entfernt.¹¹³

Die jahrzehntelange Kohleförderung hat den Kuzbass zu einem ökologischen Notstandsgebiet gemacht. Flüsse, Grundwasser und Luft sind stark verschmutzt. In den Wintermonaten sind häufig große Teile der Kohleabbaugebiete mit schwarzem Schnee bedeckt, was das gravierende Ausmaß der Luftverschmutzung besonders deutlich macht.

Die Verseuchung von Luft, Wasser und Boden hat weitreichende Konsequenzen für die Gesundheit. Im Kuzbass sind die Zahlen an Krebs-, Lungen- und Hauterkrankungen überdurchschnittlich hoch¹¹⁴ und die Lebenserwartung der Menschen ist, verglichen mit dem Rest des Landes, im Schnitt drei bis vier Jahre geringer.¹¹⁵

Deutschlands Verantwortung

Die Kohle aus dem Kuzbass wird beispielsweise vom Energieversorger Uniper gekauft, um sie im Kohlekraftwerk Datteln IV in Nordrhein-Westfalen zu verbrennen. Trotz massiver Kritik hat das Kraftwerk im Sommer 2020 den Betrieb aufgenommen.

Race to the bottom

2021 veröffentlichte die russische Umweltorganisation Ecodefense „Race to the bottom“ die erste umfassende Studie zum Thema Kohlebergbau in Russland.

https://ecdru.files.wordpress.com/2021/01/race_eng.pdf



Gastbeitrag:

4.3 Deutschlands schleppender Kohleausstieg

Antje Grothus lebt am Tagebau Hambach und ist als kohlekritische Netzwerkerin und Klimaaktivistin aktiv. Sie hat die Bürgerinitiative „Buirer für Buir“ mitgegründet und arbeitet als Koordinatorin für nachhaltigen Strukturwandel in NRW bei der Klima-Allianz Deutschland. Sie war Mitglied in der Kohlekommission. www.hambachfrau.de



© Pascal Amos Rest

Am 3. Juli 2020 verabschiedeten Bundestag und Bundesrat ein Kohleausstiegs-gesetz, welches am 13. August 2020 in Kraft trat.¹¹⁶ Schon im sperrigen Titel „Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze“ kommt zum Ausdruck, wie schwer sich Deutschland mit dem Thema Kohleausstieg tut.

Voraus ging ein jahrelanges Ringen um den deutschen Ausstieg aus der Förderung und Verstromung der klimaschädlichen Braunkohle. Noch 2008 war der Neubau von über 30 Kohlekraftwerken in Deutschland geplant.¹¹⁷ Schon damals waren die Proteste groß. Um die Demonstrant*innen von Besetzungen abzuhalten, standen am Bauplatz des Kraftwerks Moorburg in Hamburg Wasserwerfer bereit.¹¹⁸ Trotz zahlreicher Proteste wurde es gebaut.

Im gleichen Jahr erfolgte im Rheinischen Braunkohlerevier der Spatenstich für die tagebaubedingte Verlegung der Autobahn 4 am Tagebau Hambach.¹¹⁹ Im Planungsprozess rund um ihre Verlegung an den unmittelbaren Ortsrand meines ländlich geprägten Heimatdorfes wurden die Interessen von uns Anwohner*innen schlicht ignoriert und die Behörden und Kommunen agierten als Erfüllungsgehilfen von RWE. Das war die Initialzündung für mein ehrenamtliches Engagement und die Geburtsstunde der Bürgerinitiative „Buirer für Buir“.¹²⁰ Im Rheinland wuchs der Widerstand gegen die Erweiterung der flächenfressenden Tagebaue zunehmend.

Die 2015 geplante Einführung eines nationalen Klimaschutzbeitrages, einer zusätzlichen Abgabe auf die CO₂-Emissionen von Kraftwerken, mit dem Ziel, möglichst alte klima- und zugleich gesundheitsschädliche Kohlekraftwerke stillzulegen und

die Klimaziele 2020 noch zu erreichen, wurde zum Desaster.¹²¹ Zwar zogen wir mit 6.000 Bürger*innen am Tagebau Garzweiler mittels einer Menschenkette eine symbolische Linie für den schrittweisen Kohleausstieg und mehr Klimaschutz. Aber das von Kohlekonzernen, Gewerkschafter*innen und rückwärtsgewandten Politiker*innen mit „Black-out“-Kampagnen gezeichnete Horrorszenerario vom wirtschaftlichen Aus der Kohleregionen und die geballte Kohle-Lobbyarbeit hinterließ mehr Eindruck.¹²² So kam es statt eines Klimaschutzbeitrages zur Einführung der umstrittenen „Sicherheitsreserve“. Acht Kraftwerksblöcke (2,7 Gigawatt) produzierten keinen Strom mehr, wurden aber „zur Sicherheit“ weiter für einen Einsatz bereitgehalten und erst nach vier Jahren stillgelegt. Dafür erhielten die Betreiber eine Entschädigung in Höhe von 1,6 Milliarden Euro, finanziert von uns Verbraucher*innen. Denn während die EEG*-Gesetz-Umlage weiterhin auf jeder Stromrechnung transparent ausgewiesen wurde, versteckte sich die „Kohleumlage“ sieben Jahre lang im Posten der Netzentgelte unserer Stromrechnungen. Die Bundesregierung hatte das im Mitte 2016 verabschiedeten sogenannten „Gesetz zur Weiterentwicklung des Strommarktes“ so festgelegt.¹²³ Zur Wiederinbetriebnahme der in Sicherheitsbereitschaft befindlichen Kraftwerksblöcke sowie zu dem von Kohlelobbyist*innen prophezeiten „Blackout“ kam es nie. Stattdessen verschärfte sich die Klimakrise zunehmend.

Trotzdem scheiterten auch die Sondierungen über eine Jamaika-Koalition 2017 u.a. an der Frage des Kohleausstiegs, denn den zwischen CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen gefundenen Kompromiss einer Stilllegung von sieben Gigawatt Kohlekraftwerkskapazitäten wollte die FDP nicht mittragen.



© Philip Eichler/Campact

» Bürger*innen für den Kohleausstieg – Politik bremst

Während die Mehrheit der Deutschen laut verschiedener Umfragen eine weitere Kohleverstromung nicht mehr für notwendig erachtet, überwogen im politischen Regierungsspektrum die Widerstände.¹²⁴ Um diese politischen Blockaden gegen die Durchsetzung eines Kohleausstiegs zu überwinden, einigte sich die Große Koalition im Februar 2018 darauf, eine Kommission einzusetzen, die bereits im Klimaschutzplan 2050 vom November 2016 vorgeschlagen worden war.¹²⁵ Im Juni 2018 nahm die unausgewogen besetzte Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, in der Öffentlichkeit bekannt als „Kohlekommission“, ihre Arbeit auf.¹²⁶ Erstmals in der Geschichte von Expertenkommissionen wurden mit einer Vertreterin aus der Lausitz und mir auch einfache Bürgerinnen berufen.¹²⁷ Im Januar 2019 legte die Kommission ihre Empfehlungen vor. Während des darauffolgenden Gesetzgebungsprozesses überwog die Einflussnahme der Kohlekonzerne auf die Bundes- und Landesregierungen der Kohleländer.

Verkohlte Kohlekommission

Das führte dazu, dass das Kohlegesetz an vielen Punkten gravierend und einseitig zu Lasten von Klimaschutz und Tagebaubetroffenen von den Empfehlungen der Kommission abweicht. Schlimmer noch: es verkehrt sie sogar in ihr Gegenteil.¹²⁸ So wurde beispielsweise das Steinkohlekraftwerk Datteln IV

entgegen der expliziten Empfehlung in Betrieb genommen und weitere Dörfer sollen unnötigerweise zerstört und Menschen für Braunkohle aus ihrem Zuhause vertrieben werden. Die Nähe insbesondere zwischen dem NRW Ministerpräsidenten und CDU-Vorsitzendem Armin Laschet und dem Kohlekonzern RWE offenbart sich auch in einem Dokument, was dank einer „Frag-den-Staat“ Anfrage an die Öffentlichkeit gelangte. Dort heißt es: „Die Absicherung des Tagebaues Garzweilers im Rahmen der Leitentscheidung 2016 einschließlich der damit verbundenen Umsiedlungen war ein zentrales Anliegen von RWE/NRW im Gegenzug zu der frühzeitigen Stilllegung des Tagebaus Hambach und dem Erhalt des Hambacher Forsts.“¹²⁹

Trotz allem versuchten Bundesregierung, Landesregierung, Politiker*innen, Kohlekonzerne und Gewerkschaften das Kohlegesetz als „Kohle-Kompromiss“ zu verkaufen, um es in der Öffentlichkeit zu legitimieren. Beides schadet! Der Demokratie wie auch zukünftigen Kommissionsprozessen. Bereits vor abschließender Abstimmung über die Empfehlungen hatte ich mich dem Sondervotum von BUND, DNR und Greenpeace angeschlossen und deutlich gemacht, dass im Sinne des Klimaschutzes ein Kohleausstieg bis 2030 notwendig sei. Gemeinsam mit sieben weiteren ehemaligen Mitgliedern der Kohlekommission kritisierte ich in einer gemeinsamen öffentlichen Stellungnahme bereits den ersten Gesetzesentwurf als „Aufkündigung des

*Erneuerbare-Energien-Gesetz

Schlusslicht Deutschland: Kohleausstieg in Europa

Um die Klimaziele von Paris zu erreichen, müssen die OECD-Staaten bis spätestens 2030 aus der Kohle aussteigen. Mit einem Kohleausstieg 2038 wird Deutschland seiner Verantwortung zur Erreichung der Klimaziele bei Weitem nicht gerecht.



Quelle: Europe Beyond Coal, eigene Darstellung

» Kohlekompromisses durch die Bundesregierung«. ¹³⁰ Auch ich bin überzeugt, dass das Kohlegesetz in seiner jetzigen Form in der Kommission keine Mehrheit gefunden hätte. ¹³¹ Auch weil die unnötige und unwiederbringliche Zerstörung von Dörfern nicht akzeptabel ist. Der von der Kommission empfohlene Ausstiegspfad war und ist ausreichend um weitere Umsiedlungen im Bereich der Braunkohletagebaue zu vermeiden. Das belegt im Nachhinein auch ein

vom Bundeswirtschaftsministerium beauftragtes und zurückgehaltenes Gutachten ¹³², das erst nach beharrlichem Nachfragen und einer Anfrage nach dem Umweltinformationsgesetz mit einjähriger Verspätung im Dezember 2020 veröffentlicht wurde. ¹³³ Eineinhalb Jahre ließ sich die Bundesregierung nach Abschluss der Kommissionsarbeit Zeit, um ein Kohlegesetz zu beschließen. Ein Gesetz, das die deutliche Handschrift der Kohlekonzerne trägt. Ein



» rechtlich und gesellschaftlich höchst umstrittener öffentlich-rechtlicher Vertrag soll die Kohlekonzerne für die zu späte und nach Konzernwunschzettel erfolgende Abschaltung alter, immer weniger rentabler und äußerst klimaschädlicher Kraftwerke, mit über vier weiteren Milliarden Euro entschädigen.

Mit dem im Kohlegesetz verankerten Kohleausstieg 2038 (optional 2035) sind die Pariser Klimaziele nicht zu erreichen. Das ist ein klimapolitischer Gau, aber auch von verheerender Signalwirkung. Im europäischen Vergleich bildet das ehemals als Energiewendeweltmeister gehandelte Deutschland mit einem Kohleausstieg 2038 bisher das Schlusslicht.

Zivilgesellschaftliches Engagement lohnt

Eine Befriedung der Konflikte um die Kohle ist durch das Kohlegesetz in weite Ferne gerückt. Gründe gibt es viele: die weitere Verschleppung des Kohleausstiegs, die Inbetriebnahme des Kraftwerkes Datteln IV, die im Gesetz verankerte Bestandssicherung für den Tagebau Garzweiler, für den noch fünf weitere Dörfer vernichtet werden sollen.

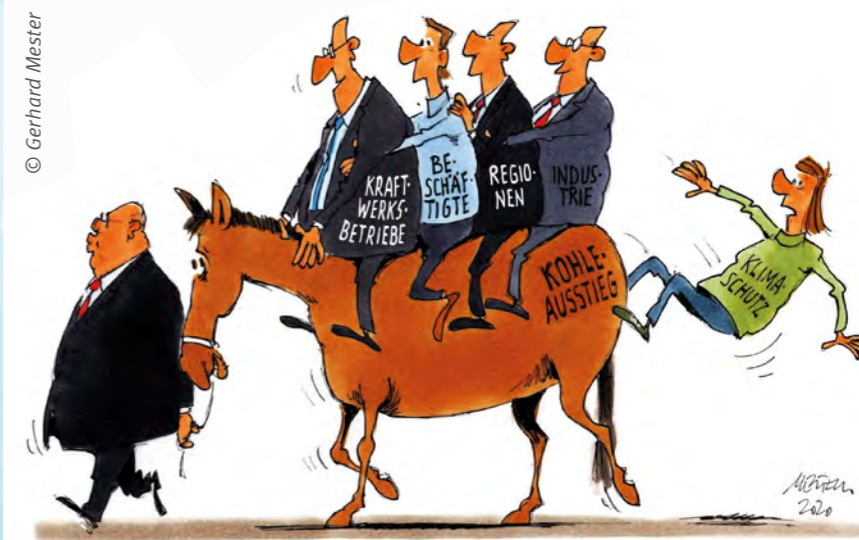
Nach wie vor braucht es daher die Zivilgesellschaft in ihrer Rolle als Treiber der Dekarbonisierung, der Umstellung unserer Wirtschafts- und Lebensweise dahingehend, dass dabei kein CO₂ mehr in die Atmosphäre gelangt. ¹³⁴ Dass sich zivilgesellschaftliches Engagement lohnt, hat der gemeinsame Kampf um den Erhalt des Hambacher Waldes im Herbst 2018 gezeigt. ¹³⁵ In solidarischer Vielfalt standen und stehen weiterhin viele Gruppen der Klimagerechtigkeitsbewegung zusammen, um den Kohleausstieg weiter zu beschleunigen und die vom Kohleabbau bedrohten Dörfer zu retten. Die Klimabewegung wird immer größer und ist gut aufgestellt, weil sich immer mehr Menschen engagieren, sich selbst ermächtigen, kreativ aktiv werden oder bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Angesichts der Herausforderungen, vor die uns die Klimakrise und das klimapolitisch wenig ambitionierte Handeln der Regierenden stellt, dürfen wir nicht in unseren Bemühungen nachlassen.

Aber wir dürfen uns trotzdem erlauben, auf große und kleine absolut nicht selbstverständliche Erfolge zurückzublicken: Mittlerweile gehen, vor allem auch dank der Fridays for Future-Bewegung, Millionen von Menschen für mehr Klimaschutz auf die Straße. Das Europaparlament hat beschlossen, die Klimaziele im Rahmen des europäischen Green Deals deutlich nachzuschärfen. ¹³⁶ Das wird den Kohleausstieg in Deutschland weiter beschleunigen.

Die Arbeit der Kohlekommission hat die jahrelange Blockadehaltung der Bundesregierung in Sachen Kohleausstieg durchbrochen. Die Kohlekonzerne dürfen nicht mehr wie geplant bis 2045 die klimaschädliche Braunkohle fördern und verbrennen und auch keine neuen Tagebaue mehr aufschließen. Von den 2008 geplanten 30 Kraftwerksneubauten wurden die meisten verhindert. Die Pläne für das von RWE geplante neue Kraftwerk BoAplus im Rheinland sind vom Tisch. ¹³⁷ Vattenfall will das nur fünf Jahre alte Kraftwerk Moorburg stilllegen. ¹³⁸ Der Hambi bleibt und dadurch am Tagebau Hambach 1,1 Milliarden Tonnen Kohle in der Erde. ¹³⁹ Mit Morschenich haben wir im Rheinland bereits ein Dorf vor den Kohlebaggern gerettet.

Doch der Kohlekonzern RWE will noch sechs weitere Dörfer für die Braunkohleförderung zerstören, obwohl Studien belegen, dass die Kohle unter den Dörfern nicht mehr benötigt wird. ¹⁴⁰ Deshalb gehen im Rheinland die Proteste weiter bis Klimaschutz, Naturschutz und der Schutz der Heimat der Menschen vor Bergrecht und Profit gehen und alle Dörfer bleiben. ¹⁴¹

© Gerhard Meister



Interview:

Das Momentum für den Wandel ist da

Interview mit Prof. Dr. Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

Wenn wir so weitermachen wie bisher, ist das CO2 Budget des Planeten in den nächsten sieben Jahren aufgebraucht. Können wir mit einem schnellen Ausstieg aus den Fossilen die Katastrophe noch verhindern? Wie sehen effektive CO2-Minderungsmaßnahmen aus?

Wenn wir endlich beherzt voranschreiten, kann dies durchaus gelingen. Wir müssten bis 2030 aus der Kohle aussteigen und das Tempo für den Ausbau erneuerbarer Energien verdoppeln. Dies kann gelingen, indem die erneuerbaren Energien ökonomisch immer attraktiver und damit fossile Energien immer unattraktiver werden. Gleichzeitig müssen wir eine nachhaltige Verkehrswende auf den Weg bringen und mehr Energie einsparen, vor allem im Gebäudebereich.

Wie groß ist die Rolle der Kohle hierbei?

Eine große, da der Anteil von Kohle am Primärenergieverbrauch noch immer viel zu hoch ist, sogar mit knapp 30 Prozent höher als vor 40 Jahren. Obwohl sowohl die Gewinnung von Kohle als auch der Bau von Kohlekraftwerken immer unwirtschaftlicher wird, ist noch immer kein kontinuierlicher Rückgang zu sehen. Dabei werden durch den Abbau und die Verbrennung von Kohle ja nicht nur klimafähliche Treibhausgase emittiert, sondern es entstehen erhebliche Mengen an gesundheitsgefährdenden Emissionen wie Feinstaub oder Quecksilber.

In welchen Bereichen können wir ansonsten noch kurzfristig große Mengen CO2 einsparen?

Vor allem durch eine nachhaltige Verkehrswende, die auf Verkehrsvermeidung, -verlagerung und -op-



© Reiner Zensen

timierung setzt. Dabei spielt die Elektromobilität im weitesten Sinne eine große Rolle, oder auch der Ausbau von Fahrradstraßen und Fußwegen. Zusätzlich lassen sich durch eine Dekarbonisierung der Industrie und mehr Energiesparen im Gebäudesektor erhebliche Treibhausgasemissionen einsparen.

Vor Kurzem hat der Konzern BP bekanntgegeben, er wolle bis 2050 klimaneutral werden. Was halten Sie von solchen Aussagen aus der fossilen Industrie?

Ich würde mich grundsätzlich darüber sehr freuen, wenn damit echter Klimaschutz mit einer konsequenten Abkehr von fossilen Energien gemeint wäre. Seit 2002 hat sich das Unternehmen ja zu „beyond petroleum“ bekannt, in der Bilanz ist davon aber nicht viel zu sehen. Erneuerbare Energien werden kaum unterstützt, nahezu das gesamte Geschäftsmodell basiert auf fossilen Energien. Klimaneutralität umfasst bei einem Konzern wie BP somit auch die - klimaschädliche - Herstellung von Wasserstoff aus fossilen Energien oder die - teure und ineffiziente - Einlagerung von CO2 in der Erde. So löblich derartige Absichtserklärungen auch sein mögen, echter Klimaschutz steht leider nicht dahinter.

Haben wir das Klima gerettet, wenn in ein paar Jahren alle Menschen Elektroauto fahren und der Strom komplett von Erneuerbaren kommt?

Das Klima retten wir so sicherlich nicht, obwohl das Fahren eines Elektroautos mit Ökostrom auf jeden Fall besser ist als fossile Verbrenner oder Hybridautos. Insgesamt benötigen wir aber eine Mobilitätswende, weg von ‚Stehzeugen‘, die unheimlich viel Platz verbrauchen, hin zu einer echten, menschengerechten Mobilität mit mehr

» Schienenverkehr, ÖPNV, Fahrrad- und Fußwegen. Zudem müssen die erneuerbaren Energien schneller ausgebaut werden.

Warum redet eigentlich niemand über Stromesparung/ Energieeffizienz? Wie viel würde uns das bringen auf dem Weg zur dekarbonisierten Volkswirtschaft?

Das Energiesparen ist enorm wichtig. Im Gebäudesektor können durch eine konsequente energetische Gebäudesanierung bis zu 80 Prozent der Emissionen in diesem Sektor vermieden werden. Durch den Einsatz von Öko-Strom in allen Bereichen kann der Primärenergieverbrauch enorm gesenkt werden. Allerdings besteht auch immer die Gefahr eines Rebound-Effekts: Einsparungen werden durch mehr Verschwendung überkompensiert. Daher ist es so wichtig, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sich das Energiesparen immer lohnt. Es gibt zahlreiche Beispiele für „Efficiency first“: durch die energetische Gebäudesanierung kann der Energiebedarf massiv gesenkt werden, sodass nur wenig Energie durch beispielsweise Wärmepumpen oder Holzpellets notwendig wird. Ein anderes Beispiel ist die Herstellung von Wasserstoff bzw. synthetischen Kraftstoffen: zur Herstellung wird bis zu sieben mal so viel Ökostrom benötigt, als wenn man den Strom direkt verwenden würde. Daher ist es so wichtig, das Energiesparen konsequent umzusetzen.

Bewegungen wie Ende Gelände, Extinction Rebellion und Fridays for Future stellen neben Einzelmaßnahmen auch unser gesamtes Wirtschaftssystem infrage. Wie wichtig ist diese Fundamentalkritik?

Sehr wichtig, da in der Tat ein „immer weiter so“, ein ungezügelt Wirtschaftswachstum zu Lasten des Klimas, der Umwelt und der zukünftigen Generationen ein Teil des Problems und nicht der Lösung ist. In meinem neuen Buch „Mondays for Future“ gebe ich zahlreiche Lösungsvorschläge, wie wir aus diesem Teufelskreis herauskommen und wie man ein Wirtschaftssystem durchaus auf Nachhaltigkeit ausrichten kann. Im Buch finden sich Antworten auf über 120 Fragen, über 50 Lösungsvorschläge. Mir ist wichtig, dass alle ins Handeln kommen, sei es, im Unternehmen für Transparenz in Punkto Emissionen und Kostenwahrheit ein-

zutreten oder im Verein, der Schule oder in der Familie kleine „New Green Deals“ zu schließen, um gemeinschaftlich etwas für Veränderung zu tun.

Sehen Sie die Gefahr, dass die Krisenpakete zur Bekämpfung der COVID19-Folgen den Bemühungen um mehr Klimaschutz zuwiderlaufen? Welche Lehren können wir für die gesellschaftliche Transformation aus der Coronakrise und den staatlichen Gegenmaßnahmen in Bezug auf die Klimakrise ziehen?

Die Gefahr ist durchaus da. Bei der Coronakrise haben wir im Crashkurs gelernt, wie sehr es in einer starken Demokratie auf uns alle ankommt. Nichts ist so wichtig wie verantwortungsbewusste und verbindliche Solidarität. Es geht um einen Generationenvertrag: Heute stärken die Jungen die Alten durch ihr konsequentes Social-Distancing-Verhalten. Morgen stärken die Alten die Jungen dann durch konsequenten Klimaschutz. Zur Überwindung der Krise braucht es lenkende Impulse und entschlossene Investitionsbereitschaft vom Staat. Das war schon in der Finanzkrise 2009 so und gilt auch für die Coronakrise. Ob Steuerstundung, Kurzarbeitsgeld oder zinslose Darlehen – staatliche Garantien können langfristig ökonomische Risiken reduzieren und wirtschaftliche Chancen eröffnen. Auch in der Klimakrise sind Investitionen und Staatshilfen für den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft notwendig und sinnvoll.

Reicht staatlicher Druck, um die Klimakrise und ihre Folgen abzuwenden? Welche Rolle spielen Unternehmen und Finanzierer dabei?

Die staatlichen Rahmenbedingungen sind wichtig, damit Unternehmen und Finanzmärkte langfristige Planungssicherheiten bekommen und Investitionen für mehr Klimaschutz tätigen bzw. das Finanzportfolio in Richtung Nachhaltigkeit umstellen. Daher ist es ebenso wichtig, dass Unternehmen selbst eine verlässliche Politik einfordern und sich der Zukunft stellen, statt Zeit und Geld mit Lobbyarbeit zur Konservierung der Vergangenheit zu verschwenden. Jegliches Handeln ist auch Klimapolitik, im besten wie im schlechtesten Sinne. Alles zählt. Jeder Beitrag ist wichtig. Das Momentum für den Wandel ist da. Mondays for Future. Genau jetzt.

»



Non-profit organization Urgewald recently released a study looking into how banks are funding coal around the world.

This is what Standard Chartered has been up to:

From October 2018 to October 2020, Standard Chartered Bank has provided the coal industry

USD 10,087,000,000

in loans and underwriting services. Specifically

**USD 2.366 BILLION IN LOANS
USD 7.721 BILLION IN UNDERWRITING**

#RaiseYourStandards
#CleanUpStandardChartered

fridaysforfuture.org/CleanUpStandardChartered

Kapitel 5

Wer finanziert die Kohleindustrie?

5. Wer finanziert die Kohleindustrie?

urgewald legt regelmäßig offen, welche Banken und Investoren weltweit wie viel Geld für die Kohleindustrie bereitstellen. In der urgewald Finanzrecherche 2021 wurden die Finanzbeziehungen zu den 935 Firmen, die in der Kohledatenbank Global Coal Exit List (GCEL) 2020 auftauchen, untersucht.

Das Ergebnis: Seit 2016 sind die Finanzhilfen von Banken in Form von Krediten oder der Ausgabe von Aktien und Anleihen von Jahr zu Jahr weiter angestiegen.* Allein im Zeitraum Oktober 2018 bis Oktober 2020 vergaben 665 Banken weltweit insgesamt 926 Milliarden Euro** an die Kohleindustrie.

4.488 internationale Investoren waren im Januar 2021 über Aktien und Anleihen mit 850 Milliarden Euro*** in GCEL-Firmen investiert. Zu den erfassten Investoren gehören Pensionsfonds, Vermögensverwalter, Versicherungen, Geschäftsbanken, Staatsfonds und andere Arten von institutionellen Investoren.

Jeder Cent für die Kohleindustrie befeuert die Klimakrise weiter. Auch der Weltklimarat IPCC betont, dass die Finanzströme umgelenkt werden müssen, um die Klimakatastrophe zu vermindern.¹⁴² Banken, Investoren und Versicherer müssen der Kohleindustrie endlich die rote Karte zeigen.

Wie die Kohleindustrie zu ihrem Geld kommt

1. Projektkredite:

Sie kommen bei konkreten Projekten, wie zum Beispiel dem Bau eines neuen Kohlekraftwerks, in Frage. Hierbei nehmen die Banken das Kohlekraftwerk als Pfand für ihre Kreditvergabe. Kann die Firma die Kredite nicht mehr zurückzahlen, bleibt den Banken also noch der Wert des Kohlekraftwerks. Die Banken prüfen daher das Projekt sehr genau. Das erhöht die Kosten, also die Zinsen, die die Firma an die kreditgebenden Banken zahlen muss.

2. Firmenkredite:

Hierbei haftet die Firma mit ihrem eigenen Vermögen für den Kredit. Die Kredite können zweckgebunden oder auch allgemeine Firmenkredite sein. Bei letzteren kann das Geld frei verwendet werden. Bei Kohlekraftwerksneubauplänen ist dies gerade für große, namhafte Firmen eine günstigere Option im Vergleich zu Projektkrediten, weil Banken das Projekt an sich nicht prüfen müssen.

3. Die Ausgabe neuer Anleihen oder Aktien:

Auch hier kommen Banken ins Spiel. Im Zuge des Investmentbankings begleiten sie zum Beispiel eine Kapitalerhöhung der Kohlefirmen und werfen neue Aktien auf den Markt. Oder die Banken legen neue Anleihen auf und helfen, diese zu verkaufen.

Stellen Sie sich vor, Sie sind Chef*in eines Kohlekonzerns und planen ein neues Kraftwerk. Eine Ihrer ersten Fragen wird sein: Wie beschaffe ich das Geld? Ein gängiges Kohlekraftwerk mit einer Leistung von 600 Megawatt kostet an die zwei

Milliarden Euro. Die werden Sie nicht haben. Also sprechen Sie bei einer Reihe von Banken vor und bitten um Kredite. Wenn es gut läuft, dann sagen die Banken: „Nein. Geht nicht. Sie wissen ja, Klimaschutz. Da sind uns leider die Hände gebunden.“



» Man könnte jetzt meinen: „Juhu, ein weiteres Kohlekraftwerk wurde verhindert, 1:0 für den Klimaschutz.“

Doch als geschäftstüchtige*r Konzernlenker*in werden Sie noch einmal zu den Banken gehen und nach einem allgemeinen Kredit für ihr Unternehmen fragen. Zack, haben Sie genügend Geld, Ihr Kohlekraftwerk zu bauen und die Banken werden weiterhin sehr stolz darauf sein, dass sie keine neuen Kohlekraftwerke mehr finanzieren. 1:0 für das Greenwashing bzw. gegen das Klima.

urgewald streitet dafür, dass Banken Anfragen für Vorhaben, die das Pariser Klimaziel sabotieren, grundsätzlich mit „Nein“ beantworten. Denn klar ist: Ohne milliardenschwere Kredite, ohne Versicherungen und andere Finanzdienstleistungen kann kein industrielles Großprojekt gebaut werden, also auch kein Kohlekraftwerk, kein Kohlebergwerk und kein Kohlehafen – allesamt Projekte, die mit Blick auf die Klimakatastrophe purer Frevel sind.

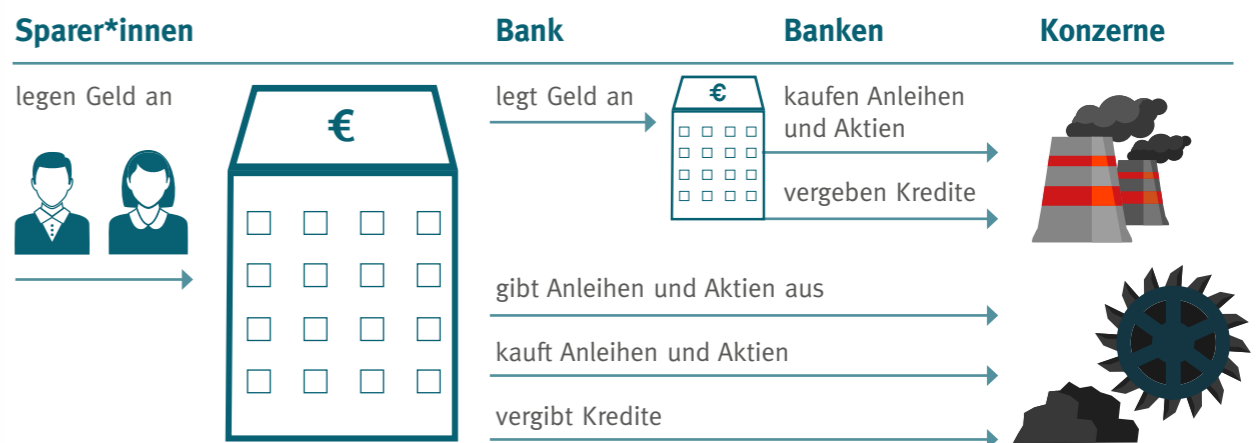
Eigentlich müsste die Politik dafür sorgen, dass solche Projekte gar nicht mehr gebaut werden und Unternehmen kein Geschäftsmodell mehr haben dürfen, das gegen das Pariser Klimaziel verstößt. Weil sie das bisher nicht hinreichend genug tut, arbeitet urgewald daran, der Kohleindustrie das Geld abzugraben.

Aber Moment mal, warum müssen wir als Klimaschutzorganisation mit solchen Finanzinterna herumschlagen? Wir bei urgewald haben gelernt: Nur so können wir erfahren, wie wir die Geldflüsse am besten stoppen und wie wir Greenwashing von Banken entlarven können.

Ein Beispiel zeigt, warum das so wichtig ist: In den vergangenen Jahren haben über 30 Banken angekündigt, den Neubau von Kohlekraftwerken und Neuaufschluss von Kohleminen nicht mehr zu finanzieren. Was auf den ersten Blick gut aussieht, betrifft in Wirklichkeit nur einen kleinen Teil der Kohlefinanzierung. Die Optionen 2 und 3, also Firmenkredite und das Investmentbanking für Kohle, stehen den Unternehmen in den meisten Fällen noch offen. Egal ob die Unternehmen den Neubau von Kohlekraftwerken planen oder weiter auf die Kohle als Geschäftsmodell setzen.

Spruch: Das, was die Banken da immer wieder als Heldentaten für den Klimaschutz vermarkten, schließt nur einen kleinen Teil der Kohlefinanzierung aus und berücksichtigt oft auch nur einen Teil der Kohleindustrie. Der größte Teil der Hausaufgaben ist unbearbeitet. Note ungenügend im Fach Klimaschutz.

So gelangt Ihr Geld zu einem Kohlekonzern:



Weitere Informationen: coalexit.org/finance-data

* von 491 Mrd. US-Dollar in 2016 auf 543 Mrd. US-Dollar in 2019

** 1.124 Mrd. US-Dollar, umgerechnet in Euro

*** 1.031 Mrd. US-Dollar, umgerechnet in Euro

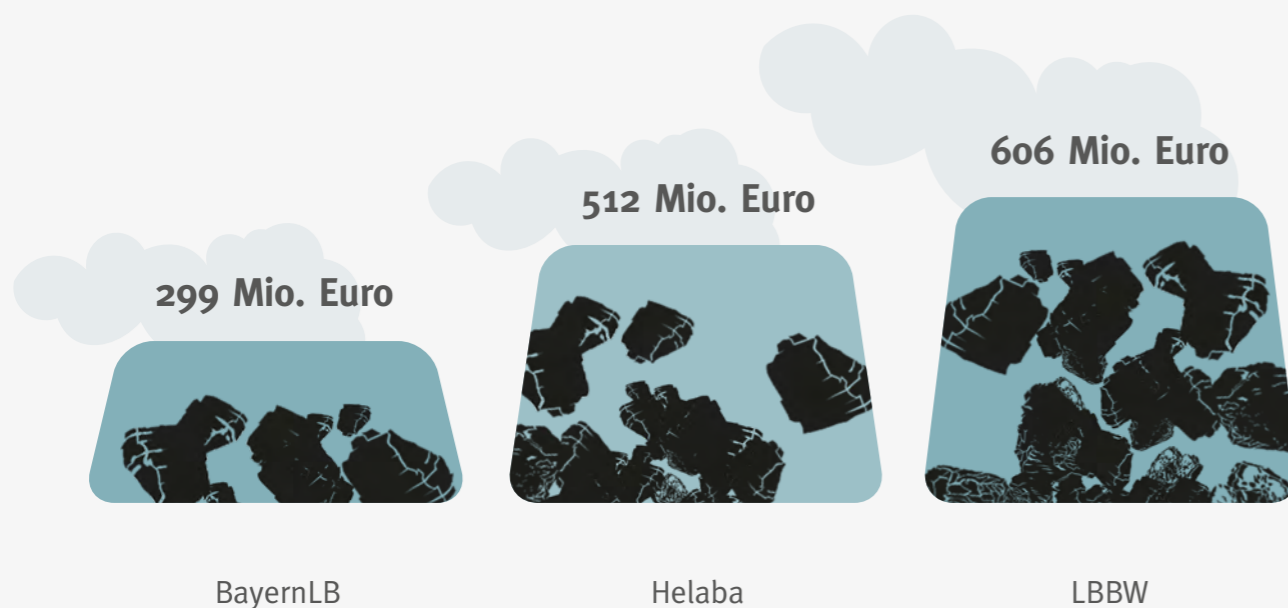
5.1 Deutsche Klima-Killer Banken

Im europäischen Vergleich tun sich ausge-rechnet deutsche Banken schwer damit, durch effektive Richtlinien der Kohle Grenzen zu setzen. So fehlen fast allen deutschen Banken (außer den Nachhaltigkeits- und Kirchenbanken) weitreichende Ausschlüsse im Kohlebereich. Die Vorreiter-Banken befinden sich eher in den Nachbarländern Italien, Frankreich und den Niederlanden. Die französischen Banken BNP Paribas und Crédit Agricole, beide unter den zehn größten

Banken der Welt, sowie die kleinere Crédit Mutuel finanzieren inzwischen keine Unternehmen mehr, die neue Kohlekraftwerke planen. Beim Blick nach Italien sticht die Großbank UniCredit heraus, die einen „vollständigen Ausstieg aus der Finanzierung des Kohlesektors in allen Märkten bis 2028“ angekündigt hat. Davon sollten die deutschen Banken lernen. Für Zaudern bleibt uns mit Blick auf die Klimakrise keine Zeit mehr.

Geld für die Kohleindustrie

Kreditvergabe und Ausgabe von Anleihen und Aktien.
Zeitraum Oktober 2018 bis Oktober 2020



Deutsche Bank: Bisher kein #Positiver Beitrag zum Klimaschutz

Ob RWE, der größte Klimakiller Europas, ob Uniper, der Energieversorger, der 2020 mit Datteln IV noch ein neues Kohlekraftwerk in Deutschland ans Netz gebracht hat, oder Adani, der indische Konzern, der die umkämpfte australische Carmichael-Mine bauen will: All diese Kohleunternehmen hat die Deutsche Bank im Zeitraum Oktober 2018 bis Oktober 2020 in Form von Krediten oder der Ausgabe von Anleihen bzw. Aktien

unterstützt. Die Deutsche Bank ist mit Finanzierungen in Höhe von 6,4 Milliarden Euro* in Deutschland weiterhin der größte Finanzierer der globalen Kohleindustrie.

Es ist nicht so, dass die Deutsche Bank sich gar nicht bewegt. Allerdings leider immer erst, wenn andere Banken mit ihren fossilen Richtlinien schon viel weiter sind und dann oft mit scheunentor-

»



Weltspartag 2020 in Magdeburg

© Fridays for Future Magdeburg

* 7,7 Mrd. US-Dollar, umgerechnet in Euro

» großen Schlupflöchern. Seit 2016 schließt die Deutsche Bank die direkte Finanzierung von neuen Kohlebergbauprojekten und -kraftwerken aus. Kohleunternehmen können jedoch weiterhin Geld von der Deutschen Bank bekommen. Banken mit strengeren Richtlinien sehen vor, Kohleunternehmen* gänzlich von der Finanzierung auszuschließen.

Viele Banken verlangen inzwischen Ausstiegspläne von Kohleunternehmen, wenn diese weiter Kunden bleiben wollen. Und etliche Banken schließen solche Unternehmen aus, die noch neue Kohlekraftwerke oder -minen planen. Die Deutsche Bank hingegen unterstützte noch im Juli 2020 die Ausgabe von Anleihen des Adani-Konzerns, der nicht nur die australische Carmichael-Mine realisieren will, sondern auch in Indien neue Kohlekraftwerke und -häfen plant. Die Bank argumentiert, diese Anleihen seien für andere Geschäftsbereiche Adanis und ignoriert dabei, dass der Kohlefokus Teil der Gesamtstrategie von Adani ist. Immerhin hat die Bank sich im Januar 2021 nicht mehr an der Ausgabe von Anleihen für dessen auf Hafenausbau spezialisiertes Tochterunternehmen Adani Ports beteiligt, was davor regelmäßig der Fall war. Nach Medienberichten waren Umweltbedenken für diesen Schritt ausschlaggebend.

Christian Sewing, der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, versucht das Institut aus dem Jammertal ewiger Skandale zu führen und schreibt sich dabei u.a. das Thema Nachhaltigkeit auf die Fahnen. Er hat den neuen Slogan #PositiverBeitrag

eingeführt. Zur Hauptversammlung 2020 kündigte er nachhaltige Finanzierungen in großem Stil an und versprach neue Richtlinien bei der Finanzierung von fossilen Energien.

Diese wurden Ende Juli 2020 veröffentlicht. Nun sollen Kohlebergbauunternehmen ab einem Kohleanteil am Umsatz von 50 Prozent bis 2025 aussortiert werden. Bei Energieversorgern ab 50 Prozent Kohleanteil will die Bank deren Transformationspläne studieren und danach entscheiden, welche Kunden aussortiert werden sollen. Bei Öl und Gas schließt die Deutsche Bank die Projektfinanzierung von neuen Ölsand-Projekten, neuer arktischer Ölförderung sowie Öl- und Gasförderung mittels Fracking-Verfahren in extrem wasserarmen Ländern aus. Darüber hinaus sollten bis Ende 2020 alle Öl- und Gasunternehmen in ihrem Portfolio geprüft und deren Kohlenstoff-Einsparpläne evaluiert werden. Anschließend will die Deutsche Bank sich Reduktionsziele für fossile Unternehmen setzen.

Endlich auch auf Unternehmensfinanzierung zu schauen ist ein guter Schritt, erst ab 50 Prozent Kohleanteil am Geschäft jedoch enttäuschend. Damit sind die neuen Richtlinien eine willkommene und längst überfällige Bewegung, in Zeiten der Klimakatastrophe jedoch bei weitem zu wenig ehrgeizig, so dass die Bank noch viel zu tun hat, wenn sie zur Konkurrenz in Europa aufschließen will.

Regine Richter,
Kampagnen zu
öffentlichen Banken

Banking on Climate Chaos

Neben Kohle ist die Deutsche Bank auch für Öl- und Gasprojekte wie Ölsande, Tiefsee-Ölbohrungen, Fracking, arktischer Ölabbau etc., ein verlässlicher Geldgeber. Umweltorganisationen recherchieren seit Jahren, welche Banken wie viel Geld für die fossile Industrie bereitstellen und veröffentlichen regelmäßig den Bericht „Banking on Climate Chaos“.

<https://www.ran.org/bankingonclimatechaos2021/>



* ab einem gewissen Kohleanteil, oft gilt ein Schwellenwert von 30 Prozent oder sogar weniger Kohleanteil des Umsatzes bzw. der Energieerzeugung

Commerzbank: Die Kohle-Bank an Ihrer Seite

Die Commerzbank präsentiert sich mit derzeit noch 800 Filialen deutschlandweit als „die Bank an unserer Seite“. Sie ist mit einer Bilanzsumme von 462,4 Milliarden Euro die zweitgrößte Kund*innenbank in Deutschland und vergibt vor allem klassische Kredite an mittelständische Unternehmen. Umweltschutz scheint der Bank ein wichtiges Gut zu sein. Wer ein Praktikum im Nationalpark machen will, kann sich das von der Commerzbank finanzieren lassen. Für jede*n Kund*in, die/der auf ein Online-Konto wechselt, spendet die Bank für den naturnahen Umbau unserer Wälder an das Bergwaldprojekt.¹⁴³

Auf den ersten Blick sieht es auch so aus, als meine sie es ernst mit dem 1,5°-Limit von Paris: Die Commerzbank hat früher als andere deutsche Banken eine Kohlerichtlinie verabschiedet. Seit 2015 schließt sie Projektfinanzierungen für neue Kohlekraftwerke aus. Seit 2017 dürfen deutsche Neukunden nicht mehr als 30 Prozent ihres Stroms aus Kohle gewinnen, Firmen aus dem Ausland nicht mehr als 50 Prozent. Ihre Kohlerichtlinie hat aber mehr als ein Manko:

- Kohlebergbauunternehmen fehlen gänzlich;
- Firmen, die neue Kohlekraftwerke und Kohleinfrastruktur bauen, fehlen ebenfalls;
- für Bestandskunden gelten die Schwellenwerte erst ab 2022;
- einen Plan wie es nach 2022 weiter geht, gibt es bisher nicht.

Dank der riesigen Schlupflöcher in der Kohlerichtlinie flossen im Zeitraum der urgewald-Recherche

(Oktober 2018 bis Oktober 2020) Finanzierungen (Kredite, Ausgabe von Aktien und Anleihen) in Höhe von 5,5 Milliarden Euro* an die globale Kohleindustrie. Die Commerzbank liegt damit knapp hinter der Deutschen Bank. Betrachtet man nur die Kreditvergabe, liegt die Commerzbank mit 4,2 Milliarden Euro** sogar vor der Deutschen Bank und schafft es als einzige deutsche Bank mit Platz 13 unter die weltweit größten 30 Kreditgeber der Kohleindustrie.

Die Commerzbank ist für den Skandalkonzern RWE ein ebenso wichtiger Geldgeber wie die Deutsche Bank. Mit Finanzierungen in Höhe von 2,3 Milliarden Euro steht sie außerdem auf Platz eins der internationalen Geldgeber für das Bergbauunternehmen Anglo American. Anglo American ist der größte Kohleproduzent mit Sitz in Europa. Die Minen befinden sich in Südafrika, Kolumbien und Australien, wo jährlich insgesamt rund 37,8 Millionen Tonnen Kohle abgebaut werden.

Noch schlechter steht es um die polnische Commerzbank-Tochter mBank, die im Gegensatz zu ihrem Mutterkonzern gar keine Kohleunternehmen ausschließt. Sie hat lediglich - die ungleich geringeren - Projektfinanzierungen für Kohlekraftwerke beendet. Zu den Kunden der mBank werden darum auch weiterhin Polens größte Energie- und Kohlekonzerne PGE und Tauron gehören. Beide betreiben Kohleminen und ihr Strom wird zu 90 Prozent aus Kohle gewonnen. Solange die Commerzbank ihre Kohlerichtlinien nicht auch bei ihrer Tochterfirma durchsetzt, unterstützt sie das Fortbestehen der osteuropäischen Kohleindustrie über 2030 hinaus.

Fazit: Trotz des fortschrittlichen Ansatzes in ihrer Kohlerichtlinie steckt die Commerzbank noch tief

» in der Kohle. Für Europa ist ein Kohleausstieg bis 2030 geboten, wenn wir das 1,5°-Limit von Paris nicht reißen wollen. Dies sollte von der Commerzbank nicht nur in ihre Geschäfte eingepflanzt, sondern auch durch ihre Geschäfte ausgestaltet werden, wenn sie die „Bank an unserer Seite“ werden will.

Dafür muss die Commerzbank als Erstes ihre Kohlerichtlinie nachbessern und sie auch auf ihre Tochter mBank anwenden. Eine gute Kohlerichtlinie enthält einen Ausstiegspfad aus der Kohlefinanzierung,

der sicherstellt, dass 2030 kein Cent mehr an die Kohleindustrie geht. Dabei müssen als allererstes solche Kunden ausgeschlossen werden, die weiterhin neue Kohleinfrastruktur ausbauen. Des Weiteren müssen alle übrigen Firmen auf urgewalds Global Coal Exit List zu einem festgelegten Zeitpunkt von jeglicher Finanzierung ausgeschlossen werden.

Katrin Ganswindt,
Kohle- und
Divestment-Kampagnen

Protest gegen Kohle-Investitionen der Commerzbank vor der Bankzentrale in Frankfurt



* 6,6 Mrd. US-Dollar, umgerechnet in Euro
** 5,1 Mrd. US-Dollar, umgerechnet in Euro

Wenn's um Kohle geht: Sparkasse

Lange Zeit haben wir unsere Arbeit zu den „Kohlebanken“ in Deutschland auf die großen Privatbanken wie Deutsche Bank und Commerzbank fokussiert. Immer wieder gab es Nachfragen zu den Sparkassen, die aber aufgrund ihrer Größe und ihrer regionalen Kreditvergabe in unseren Recherchen kaum auftauchten. Doch, vereinzelt aber stetig, tauchten andere Mitglieder der Sparkassen-Gruppe wie das Wertpapierhaus der Sparkassen, die Deka Investments, oder die Landesbanken auf.

Zusammengenommen kommen die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba), die BayernLB und die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) in der aktuellen urgewald-Recherche auf Finanzierungen (Kredite, Ausgabe von Aktien und Anleihen) in Höhe von 1,4 Milliarden Euro* an die Kohleindustrie.

Die Landesbanken sind zusammen im Zeitraum von Oktober 2018 bis Oktober 2020 sogar die größten deutschen Geldgeber für RWE, Europas größtem Klimakiller und international auf Platz vier.¹⁴⁴

Mit dem Gemeinwohl nicht vereinbar

Diese Finanzierungen stehen im Kontrast zum Gedanken des Gemeinwohls, dem sich die Sparkassen-Gruppe verpflichtet hat. Hauptzweck des Geschäftsbetriebs liegt im Gegensatz zu Privatbanken nicht in der Erzielung von Gewinnen. Neben der Förderung gemeinnütziger, kultureller, wissenschaftlicher oder sozialer Zwecke wird der Gemeinwohl-Begriff auch als Synonym für eine konsequente Ausrichtung an den Grundsätzen der Nachhaltigen Entwicklung verwendet.¹⁴⁵ In Zeiten der Klimakatastrophe sollte ein konsequenter Klimaschutz Teil des Gemeinwohls sein. Und zwar genau da, wo der größte Einfluss der Finanzgruppe liegt, nämlich, was sie mit ihrem Geld machen, wen

sie finanzieren und wen eben auch nicht. Deswegen fordern wir von der Sparkassen-Gruppe, eine Vorreiterrolle beim Ausstieg aus der Finanzierung fossiler Unternehmen, allen voran der Kohle, einzunehmen.

Noch viel zu tun

Knapp 400 Sparkassen gibt es in Deutschland. Sie sind eigenständig und dezentral organisiert. Jede Sparkasse kann selbst darüber entscheiden, ob und wie nachhaltig sie agiert. Ob sie also Kredite an Kohleunternehmen vergibt, wo die Eigenanlagen investiert werden und welche Deka-Fonds sie ihren Kund*innen zum Verkauf anpreist. Nur ganz langsam machen sich einzelne Sparkassen auf den Weg, wie z.B. die Sparkasse KölnBonn, und formulieren Ausschlusskriterien für ihre Kreditvergaben und Eigenanlagen.

Während alle fünf Landesbanken (BayernLB, Helaba, LBBW, NordLB, SaarLB), wie fast alle deutschen Banken, die direkte Finanzierung von Kohlekraftwerken ausschließen, gibt es keine effektiven Einschränkungen bei den Unternehmensfinanzierungen.

Kathrin Petz,
Kohle-, Rüstungs- und
Bankenkampagnen



Sparkassentag 2019

* 1,7 Mrd. US-Dollar, umgerechnet in Euro

Und die Volks- und Raiffeisenbanken? Das Problem: die DZ-Bank

Ähnlich wie bei den Sparkassen tauchen die einzelnen Volks- und Raiffeisenbanken nicht in den urgewald-Recherchen auf, da sie v.a. die lokale und regionale Industrie finanzieren. Doch andere Mitglieder der Finanzgruppe Volks- und Raiffeisenbanken wie die Fondsgesellschaft Union Investment und die DZ Bank finden sich in den Recherchen. Die DZ Bank ist das Zentralinstitut der Volks- und Raiffeisenbanken. Im Kohlebereich schließt sie lediglich die

Finanzierung neuer Kohlekraftwerke aus, hat aber keine öffentlichen Einschränkungen für Unternehmenskredite. Obwohl sie auf ihrer Webseite verspricht, alle Kredite einer gesonderten ökologischen Prüfung zu unterziehen, hat sie die Kohleindustrie im Zeitraum von Oktober 2018 bis Oktober 2020 mit 911 Millionen Euro* finanziert. Das Geld floss an Unternehmen wie Glencore, eines der weltgrößten Kohlebergbauunternehmen der Welt, EnBW und RWE, Europas größtem Klima-Killer.

Deutsche Banken müssen endlich die Finanzierung von Kohlekonzernen wie RWE stoppen.



© Fabian Steffens, Keyenberg

* 1,1 Mrd. US-Dollar, umgerechnet in Euro

Finanzdienstleistungen für die Kohleindustrie

Kreditvergabe und Ausgabe von Anleihen und Aktien in Mio. Euro
im Zeitraum Oktober 2018 - Oktober 2020

Unternehmen	Deutsche Bank	Commerzbank	LBBW	Helaba	BayernLB	DZ Bank
Adani Group	193					
Air Products & Chemicals	317					
ALLTECH Group		95				
Anglo American		2264				
Bayan Resources	288					
CenterPoint Energy	51					
CEZ	137					
CMS Energy	68					
Dominion Energy	465					
Electricite de France (EDF Group)	487	566				
EnBW Energie Baden-Württemberg	272	272	140	256	92	334
Enea		147				
Enel	429	195				
Energie Versorgung Niederoesterreich (EVN)		84	84	84		
EP Investment		231				
Famur		20				
Fortum/ Uniper	191					
Glencore	920	587	210			405
Hindalco Industries	482					
Indika Energy	185					
Jiangsu Yueda Group	16					
Marubeni	71					
Mechel		69				
MVM Magyar Villamos Muvek		26				
NRG Energy	176	142				
Peabody Energy	23					
RWE	172	172	172	172	172	172
Southern Company		264				
State Development and Investment Corporation (SDIC)	42					
State Grid Corporation of China (SGCC)	172					
STEAG					34	
SUEK Group (Siberian Coal Energy Company)	99	198				
TAURON Polska Energia		146				
Top Frontier Investment Holdings	179					
Vedanta Resources	288					
Vistra Corp	488					
Whitehaven Coal	48					
Yankuang Group	108					
GESAMT	6368	5476	606	512	299	911

5.2 Fossile Fonds

Nicht nur Banken, auch Fondsanbieter sind eng mit der Kohle verbandelt. Auf dem deutschen Fondsmarkt geben DWS, Union Investment, Deka Investments und Allianz den Ton an. Die vier großen deutschen Anbieter kontrollieren mehr als 70 Prozent des heimischen Marktes für Publikumsfonds.¹⁴⁶ Sie können dabei auf etablierte Vertriebsstrukturen zurückgreifen: Die Deka Investments verkauft ihre Produkte ausschließlich über die Sparkassen, Union Investment kooperiert mit den Volks- und Raiffeisenbanken. Die DWS setzt auf die Filialen der Deutschen Bank und der Postbank und arbeitet darüber hinaus eng mit dem Versicherer Zurich zusammen. Allianz Global Invest-

tors ist strategischer Partner der Commerzbank und vertreibt zudem viele Fonds über das Vertreter*innennetz der Allianz.

Aufgrund vorhandener Kund*innennähe vertrauen Sparende oftmals „blind“ darauf, dass ihr Geld von ihren Berater*innen in nachhaltige Produkte angelegt wird. Die Wenigsten rechnen damit, dass mit „Cleveren Ideen für Ihre Geldanlage“, wie die Deka Investments beispielsweise ihre Fonds bewirbt, auch Investitionen in menschenrechtsverletzende und klimaschädliche Konzerne gemeint sind. Denn leider finden sich zuverlässig eine Bandbreite an kritischen Unternehmen in konventionellen Fonds.

Kurz erklärt: Aktie, Anleihe und Fonds

Wer eine Aktie eines Unternehmens kauft, besitzt einen kleinen Teil dieses Unternehmens. Eine Anleihe ist vereinfacht gesprochen ein Kredit an das Unternehmen, der an der Börse gehandelt wird. Mit beidem unterstützen die Investor*innen das Unternehmen und profitieren ggf. von seinen Gewinnen. Ein Fonds ist wie ein großer Geldtopf, in den Anleger*innen ihr Geld stecken und der dann Aktien und Anleihen verschiedenster Unternehmen kauft.

Kohle-Richtlinien der Fondsanbieter

Die Allianz war einer der deutschen Pioniere bei effektiven Ausschlüssen für die Kohleindustrie. Leider gilt der Kohleausschluss des Versicherungs- und Finanzkonzerns nicht bei seinen Anlagen für Dritte, also den Publikumsfonds. Diese werden von den Konzerntöchtern Allianz Global Investors und Pimco aufgelegt, die beide keine festen Ausschlusskriterien für Kohleunternehmen haben.

Auch bei der DWS fehlt ein allgemeiner Kohleausschluss. Zumindest in den Nachhaltigkeitsfonds

sind Kohleunternehmen effektiv ausgeschlossen. Dieser Ausschluss hat nach eigenen Angaben zur Reduzierung der Kohlebestände im eigenen Portfolio geführt.

Tipp:



Die Datenbank Faire Fonds der NGO Facing Finance gibt einen guten Überblick über einige kontroverse Unternehmen, die in konventionellen Fonds enthalten sind. datenbank.faire-fonds.info/fonds



» Deka Investments besaß bis April 2020 ebenfalls keinerlei Einschränkungen für Kohlefirmen. So fanden wir in Deka-Fonds verlässlich internationale Kohlegiganten wie NTPC und Glencore, die den weltweiten Ausbau der Kohle vorantreiben. Nach mehr als einem Jahr Kampagne, an der neben urgewald auch viele andere Klimagruppen mitgearbeitet haben, hat die Deka Investments im April 2020 bekannt gegeben, ihre Kohleinvestitionen deutlich einzuschränken. Alle Unternehmen, die mehr als 30 Prozent ihres Umsatzes im Kohlebergbausektor machen, sollen aus den Publikumsfonds ausgeschlossen werden. Für Energieerzeuger gilt ein Schwellenwert von 40 Prozent der Stromerzeugung mit Kohle.¹⁴⁷ Die noch sehr hohen relativen Schwellenwerte, das Fehlen absoluter Kriterien zum Ausschluss von Kohle und das Fehlen eines Ausschlusses von Unternehmen, die ihr Kohlegeschäft noch ausbauen wollen, lassen jedoch weitere Investitionen in die Kohleindustrie zu. Es ist ein erster Schritt und die größten Kohlekonzerne werden damit ausgeschlossen. Dennoch erfordert die Klimakrise heute ambitioniertere Schwellenwerte.

Wie das geht, hat die Fondsgesellschaft der Volks- und Raiffeisenbanken, Union Investment, gezeigt: Diese schließt Kohlebergbauunternehmen ab einem Umsatz von 5 Prozent aus, was mehr als 100 Kohlebergbauunternehmen weltweit betrifft und einem Komplettausschluss nahekommt. Energieerzeuger sollen ab einem Anteil von über 25 Prozent Stromerzeugung mit Kohle aus den Fonds von Union Investment herausfallen, sofern sie keine „glaubwürdige Klimastrategie“ vorweisen. Union Investment hat darüber hinaus mitgeteilt, bis 2025 sämtliche Kohlebergbauunternehmen aus Fonds auszuschließen, bis 2035 sämtliche Kohlestromerzeuger.¹⁴⁸ Im Herbst 2020 wurden einige Firmen, die den oben genannten Kriterien widersprechen, von Union Investment veräußert.

Der Elefant im Raum: RWE

Trotz ihrer Kohle-Beschränkungen halten auch Deka Investments und Union Investment an RWE fest.* Der Kohleanteil am Energiemix liegt bei RWE bei 41 Prozent.

FAIRE FONDS

Aktiv werden! Fonds Unternehmen Hintergrund Methodik FACING FINANCE

1 2 3 4 5 6 7 8 ... 493 494

ISIN des Fonds	Name	Bemerkung	Anbieter	Gesamthöhe kontroverser Unternehmensbeteiligungen
AT0000497698	C-QUADRAT Absolute Return ESG Fund VTIA	FNG-Siegelfonds	C-QUADRAT Asset Management	4.95%
AT0000611157	HYPO-RENT T	FNG-Siegelfonds	Kathrein Capital Management	0%
AT0000613146	Amundi Ethik Fonds VTA	FNG-Siegelfonds	Amundi	3.17%
AT0000642632	KEPLER Ethik Rentenfonds T	ESG-Eigenlabel	Kepler Fonds	1.33%
AT0000645973	ERSTE RESPONSIBLE STOCK EUROPE T	FNG-Siegelfonds	Erste Asset Management	6.46%
AT0000646765	Amundi Ethik Fonds VTI	FNG-Siegelfonds	Amundi	3.17%
AT0000646799	ERSTE RESPONSIBLE STOCK GLOBAL EUR R01 T	FNG-Siegelfonds	Erste Asset Management	14.88%

*Beide haben in ihren Ausschlusskriterien ein Hintertürchen offengelassen: Deka Investments kann von ihren Ausschlusskriterien abweichen, wenn Kohleunternehmen einen „Transformationsweg weg von der Kohleförderung beziehungsweise der Verstromung einschlagen“.¹⁴⁹ Union Investment darf Unternehmen weiter finanzieren, wenn diese „eine glaubwürdige Klimastrategie“ vorweisen.¹⁵⁰

Gastbeitrag:

Nachhaltige ETFs – die große Grünwäscherei?

Beitrag von Jörg Weber, Chefredakteur des Magazins *ECOreporter.de*, das seit 1999 nur ein Thema hat: Nachhaltige Geldanlage



© Jörg Weber

Ölmulti, Fluglinie, Kohlekonzern – wo sind die Klimasünder vereint? In den neuen Lieblingsprodukten der Finanzbranche: „nachhaltigen“ Exchange Traded Funds (ETFs oder börsengehandelte Fonds). Gut 920 Milliarden Euro steckten Ende 2020 in europäischen ETFs. Mehr als ein Sechstel davon sollen nachhaltig sein. Immerhin 140 Milliarden Euro für Nachhaltigkeit. Wird die Welt damit grüner?

Zunächst einmal: Beliebt sind ETFs vor allem wegen ihrer niedrigen Kosten. 0,3 Prozent zahlen die Anleger hier im Schnitt an Verwaltungsgebühr im Jahr. Bei 10.000 Euro Anlagesumme sind das 30 Euro. Fonds kassieren oft um die zwei Prozent, etwa sieben Mal so viel. Wie das geht? ETFs brauchen keine*n Fondsmanager*innen, sie bilden einfach einen Aktienindex ab, etwa den DAX oder den Dow Jones oder einen von mittlerweile rund 15.000 (!) anderen Indizes.

Medien und Verbraucherschützer*innen schütten wegen der günstigen Gebühren seit Jahren eimerweise Komplimente über die ETFs aus, empfehlen sie beispielsweise als Altersvorsorge.

Geiz ist geil bei den Gebühren, das hat eine gewisse Logik: In der Niedrigstzinsphase sind Jahreskosten von um die zwei Prozent schwer vermittelbar.

Finanzportale schreiben denn auch: „Wir empfeh-

len kostengünstige Indexfonds (ETF) auf nachhaltige Aktienindizes.“ Prüft jemand, wie nachhaltig die ETFs sind? Wohl genauso wenig wie Aufsichtsbehörden die Zustände in der Fleischindustrie kontrollieren. Es reichen anscheinend blumige Namen für die ETFs, um sie als nachhaltig zu kennzeichnen: „Socially Responsible“ (sozial verantwortungsvoll), „Think sustainable“ (denk nachhaltig), ESG Trend Leaders (ESG soll stehen für „Environmental, Social, Governance“, also Umwelt, Soziales, Unternehmensführung), „Low Carbon“ (wenig Kohlenstoff). Das Ganze erinnert an die gemütlich-bäuerliche Werbung der Schweineschlacht-Konzerne, und es ist ähnlich weit von der Realität entfernt. Die Ölkonzerne Shell und Total der französische Atomkonzern Electricité de France – das alles findet sich beispielsweise in einem ETF mit dem Namen „Sustainability“, also Nachhaltigkeit. Die Mehrzahl der grünen ETFs ist nicht besser. Die Liste der fragwürdigen Investments in den nachhaltigen ETFs lässt sich weit fortsetzen: Rüstungskonzerne, McDonald’s, Nestlé, Fluglinien wie Delta, Singapore Airlines oder andere finden sich ebenso darin wie Kreuzfahrtveranstalter, Ölpipelinebetreiber, Bergbauunternehmen und natürlich die Deutsche Bank.

Das Magazin *ECOreporter* hat bis März 2021 über 30 dieser sogenannten grünen ETFs getestet. Nur ein Produkt konnte bei der Nachhaltigkeit wirklich überzeugen. Das Fazit bei den anderen: nichts für nachhaltig denkende Anlegerinnen und Anleger.

»

» Sind nachhaltige Fonds besser geeignet?

Nicht alle. Aber die Besten schon. Sie stammen von nachhaltigen oder ethischen Banken oder von speziellen Anbietern, die das Thema ernst nehmen und werden von einem/einer Fondsmanager*in verwaltet. Hier liegt der Unterschied zu den passiv verwalteten ETFs. Dadurch können Fondsmanager*innen rasch reagieren, wenn eine Aktiengesellschaft von ihrer nachhaltigen Linie abweicht. Dann wird die Aktie verkauft. Oder der Fondsanbieter schreibt das schwarze Schaf an, kritisiert, wendet sich an die Medien, ergreift bei Hauptversammlungen das Wort, erzeugt Druck. Richtig gute Nachhaltigkeitsfonds schicken auch einmal einen Beauftragten nach China, um zu überprüfen, ob ein Akkuhersteller wirklich die Umweltvorschriften

einhält. Sie haben zudem oft Gremien mit Nachhaltigkeitsexpert*innen, Außenstehenden, wohl gemerkt. Das alles kostet Geld, und das stammt aus den Gebühren. Lohnt sich das nicht nur für die Welt, sondern auch für das Anleger-Portemonnaie? Wieder gilt: Bei den guten Nachhaltigkeitsfonds ja. Ihre Kompetenz in Sachen Nachhaltigkeit ist wie ein Radar, das Ärger und Chancen an der Börse vorausahnt.

Bei aller Kritik an ETFs, die Nachhaltigkeit im Namen tragen: Das eine von *ECOreporter* getestete Produkt, das seinen Namen zu Recht führt, sollte der Finanzbranche zeigen, dass ETFs in grün möglich sind. Man muss sie halt wollen.

Weitere Informationen: www.ecoreporter.de/fonds/



© LiebesDesign



Was, wenn IHRE BANK Kriege und Klimakatastrophe befeuert?

Interview urgewald:

Aktiv werden! Werde Banktivist*in!

Gespräch mit Kathrin Petz, urgewald-Mitarbeiterin und Mitinitiatorin der urgewald-Kampagne „Banks against Future“

Wie ist die Idee für diese Kampagne entstanden?

2019, im ersten Jahr der weltweiten Schul- und Klimastreiks von Fridays for Future, hörten sich die Vorstände von Deutsche Bank, Commerzbank und Co. plötzlich so an, als wären sie selbst die größten Klimaschützer*innen. Auch schon vorher gab es in der Lausitz und im Hambacher Forst regelmäßig große Demonstrationen und Besetzungen für ein Ende der Kohle. Durch Fridays for Future wurde die Klima-Debatte aber noch einmal auf eine neue Ebene gehoben, zahlreiche weitere „For-Future-Gruppen“ gründeten sich. Dies konnten auch die Banken nicht mehr ignorieren. Teilweise hatten die Vorstände die Diskussion am eigenen Küchentisch zuhause. Die Banken haben daraufhin vor allem ihre Kommunikationsstrategie angepasst, also hervorgehoben, was sie schon alles für den Klimaschutz tun. Ein Weiter so, nur anders dargestellt. Was wir aber brauchen, ist ein radikaler Wandel. Banken könnten dazu ihren Teil beitragen, indem sie Kohleunternehmen, die nicht bis 2030 aus der Kohle aussteigen, konsequent von einer Finanzierung ausschließen. Und auch neue Öl- und Gasprojekte und die Firmen, die sie vorantreiben, dürfen kein Geld mehr bekommen. Davon sind deutsche Banken aber leider noch weit entfernt. Sie sprechen vom Klimaschutz, geben aber weiter Geld an Unternehmen, die sogar noch neue Kohlekraftwerke bauen und fallen bereitwillig auf jede Greenwashing-Strategie von Europas größtem Klimakiller RWE herein.

Warum stellt ihr denn die Finanzindustrie in den Fokus Eurer Kampagne?

Wir zielen auf den Hebel Geld ab. Die Kohle- oder Rüstungsunternehmen werden sich nicht von selbst ändern. Es braucht politischen, gesellschaftlichen und finanziellen Druck. Wir erinnern Banken und Investoren an ihre soziale und ökologische Verantwortung. Und rufen die Bankkund*innen und Fonds-Inhaber*innen dazu auf, aktiv zu werden und ihren Einfluss auszuüben. Da deutsche Banken beim Thema Klima und Rüstung deutlich zu wenig tun und den internationalen Vorreitern hinterherhinken, haben wir unserer Kampagne den Namen „Banks against Future“ gegeben.

Warum verbindet ihr in der Kampagne die beiden Themen Kohle und Rüstung?

Beide Themen beeinflussen sich gegenseitig stark: Die Klimakatastrophe schreitet ungebremst voran. Rekordtemperaturen, zunehmende Waldbrände und Hurrikans zeigen, wie das Klima zunehmend ins Kippen gerät. Dadurch werden Verteilungskämpfe verstärkt: In vielen Regionen verschlechtern sich die Lebensbedingungen und Konfliktrisiken steigen. Gerade in besonders konflikträchtigen Regionen, in denen bereits heute die Lebensbedingungen schlecht und/oder die politischen Rahmenbedingungen fragil sind, kommt der Klimakatastrophe die Funktion eines „Brandbeschleunigers“ zu. Klimawandel und kriegerische Auseinandersetzungen sind die bedeutendsten Ursachen von Flucht-

»

» bewegungen und Armut. Statt die Ursachen zu bekämpfen, ist die Antwort Europas, die Grenzen hochzuziehen. Oft sogar mit der Technik der Rüstungskonzerne, die ihre Waffen vorher in die Konfliktregionen verteilt haben. Diese profitieren also doppelt. Eine lebenswerte Zukunft kann es nur ohne fossile Energien und ohne Waffen geben!

Was waren die Highlights der Kampagne bisher?

Am Weltspartag, am 30. Oktober 2020 hat, initiiert von urgewald, ein Protestbündnis von rund 50 Gruppen an rund 40 Standorten bundesweit gezeigt, wie man trotz Corona seine Meinung für ein „Raus aus Kohle und Rüstung“ kreativ auf die Straße bringen kann. In Freiburg waren sogar mehrere Gruppen zeitgleich aktiv. Es gab die verschiedensten Aktionen: In Hannover klebten sich Aktivist*innen an die Fenster einer Filiale der Deutschen Bank, in Bonn wurde die Commerzbank als Tatort „abgesperrt“, in Lüneburg arbeiteten die Aktivist*innen mit viel Kunstblut und in Leipzig wurde gegen Kohle- und Rüstungsinvestitionen getanzt. urgewald selbst projizierte die klima- und menschenfeindlichen Geschäftspraktiken der Sparkassen-Gruppe auf die Fassade einer Filiale.

Wie sehen Eure Pläne für die Zukunft aus?

Dranbleiben und den Druck weiter erhöhen bis die führenden deutschen Finanzinstitute endlich Konzernen wie RWE oder Rheinmetall den Geldhahn zudrehen – zumindest solange, wie diese an ihren zerstörerischen Geschäftspraktiken festhalten. Dabei sind wir aber auf die Unterstützung und den langen Atem von möglichst vielen „Banktivist*innen“ angewiesen.

Was kann eigentlich mein Geld – Finance for Future

Mit dieser Broschüre möchten wir dazu ermutigen, die Hebelwirkung von Geld zu entdecken und die Verwendung von Geld anders zu denken, über das „normale“ Maß hinaus. Ihr Geld kann nämlich mehr: Es kann Sie zur Energiegenoss*in machen, mit Ihrem Geld können Sie ein Mieterstromprojekt gründen oder Ihr Geld kann einfach mal die Bank wechseln. Das sind nur einige Beispiele, die eine Menge bewirken können. Wir wollen Ihr Interesse wecken, bei diesem neuen „Was kann eigentlich mein Geld?“ mitzumachen. <https://urgewald.org/shop/finance-future>



Weltspartag 2020 in Freiburg
© Jürgen Baumeister

Was kann jede*r Einzelne tun? Warum sollen wir Banktivist*innen werden?

Ohne es zu wissen, investieren viele Menschen bei ihrer fonds-basierten Rentenversicherung noch in fossile Energieunternehmen oder in Rüstungsriesen oder haben ihr Konto bei einer Bank, die nicht vor klimaschädigenden und menschenrechtsverletzenden Investitionen zurückschreckt und diese Industrien weiter bereitwillig finanziert und am Leben hält.

Mit unserer Kampagne „Banks against Future“ wollen wir das ändern. Wir möchten Bankkund*innen ermutigen, ihre Bankgeschäfte genauer unter die Lupe zu nehmen und dafür klare Regeln aufzustellen, damit ihr Geld eben nicht mehr bei den RWEs und Rheinmetalls dieser Welt landen kann.

Liebe Bankkund*innen! Nehmen Sie Ihre Bank in die Verantwortung. Werden Sie Banktivist*in! Fordern Sie Ihre Bank auf, kohle- und waffenfrei und somit zukunftsfähig, kurz: eine „Bank for Future“ zu werden. Sollte sie keine Reaktion zeigen, sollten Sie zu einer Nachhaltigkeitsbank wechseln.



Weitere Informationen zur Kampagne:
https://urgewald.org/banks_against_future

5.3 Eine Vier-Grad-Welt ist nicht versicherbar

Wer Auto fährt, hat besser eine Versicherung, wer ein Haus baut, ebenfalls. Gleiches gilt für Kohleunternehmen: Der Bau von Kohleminen und Kohlekraftwerken erfordert verschiedene Versicherungen, etwa für die nötigen Kredite, Risiken der Auftragnehmer oder gegen Unfälle und Bauverzögerungen. Auch der Betrieb von Minen und Kraftwerken braucht Versicherungen gegen Schäden, Betriebsunterbrechung, Feuer, Umweltrisiken oder Haftung.

Gleichzeitig gehören Versicherungen zu den Unternehmen, die schon früh vor dem Klimawandel gewarnt haben. Da das Vorhersehen und Bewerten von Schäden zu ihrem Geschäft gehört, beobachten sie vergangene Schäden und versuchen, daraus auf die Zukunft zu schließen. Deshalb überrascht es nicht, dass der Rückversicherer Münchener Rück bereits in den 70er Jahren den Klimawandel als Risiko erkannt und dazu geforscht hat.

Das hat jedoch weder die Münchener Rück noch andere Versicherer jahrzehntelang davon abgehalten, mit der Kohle den klimaschädlichsten fossilen Energieträger an vielen Stellen abzusichern. Zusätzlich investierten sie ihr Geld in Kohleunternehmen. Und weil große Versicherer wie die Allianz viel Geld anzulegen haben, taucht diese in Recherchen dazu, wer die Kohleindustrie finanziert, immer wieder prominent auf. Deshalb begannen wir, uns neben Banken auch die Allianz genauer anzuschauen und in unsere Kampagnen aufzunehmen. 2015 führte dies zu einem ersten Erfolg. Nach dem Norwegischen Pensionsfonds und dem französischen Versicherer AXA erklärte die Allianz, dass sie sich von Kohleunternehmen in ihren Anlagen trennen werde. Diese Divestmententscheidung bedeutete laut Medienberichten, dass die Allianz Aktien und Anleihen von Kohlefirmen in Höhe von etwa vier

Milliarden Euro abstieß. Das Kerngeschäft, nämlich die Versicherungen, betraf dies jedoch noch nicht.

2017 begann dann ein Bündnis verschiedener Organisationen, unter ihnen Urgewald, unter dem Namen „Unfriend Coal“ genau diesen Schritt von Versicherungen zu fordern: Ernst machen mit den Warnungen vor dem Klimawandel und die schlimmsten Energieträger von der Versicherung ausschließen.¹⁵¹ Die Logik dahinter: Ohne Versicherung wird auch die Finanzierung und damit die Umsetzung von Kohleprojekten schwieriger, beziehungsweise teurer, in der Folge werden weniger neue Projekte realisiert. Dass der Klimawandel auch für Versicherer ein Problem sein würde, hatte die Industrie bereits selbst erkannt. Der frühere Vorstandsvorsitzende des französischen Versicherers AXA, Henri de Castries, erklärte bereits 2015: „Eine 2°C wärmere Welt kann vielleicht noch versichert werden. Eine 4°C wärmere Welt sicher nicht.“ Extremwetter mit verheerenden Schäden wären dann zu verbreitet. Dementsprechend schloss AXA 2017 als erster Versicherer Kohleunternehmen von Versicherungen aus.

Die meisten anderen europäischen Versicherer und Rückversicherer folgten und schlossen vor allem die Versicherung neuer Kohlekraftwerke oder -minen aus. Stand Mai 2020 beschränken 19 Versicherer weltweit Versicherungen im Kohlesektor. In Europa gehören dazu neben AXA u.a. die Allianz, Swiss Re, Hannover Re, Münchener Rück, Generali, Zürich und Talanx. Selbst einige amerikanische und australische Versicherer, sowie die chinesische Ping An beschränken die Kohleversicherung. Mit unterschiedlich großen Schlupflöchern: Ping An z.B. hat eine Kohleausstiegs-Policy verabschiedet, die ihm erlauben würde, noch zwei Drittel der weltweit geplanten Kohlekraftwerke zu versichern. Oder der

»

» deutsche Versicherer Talanx, der den Neubau von Kohlekraftwerken nicht mehr versichert, aber für Polen Ausnahmen macht, wo er ein Tochterunternehmen hat.

Trotz dieser Schlupflöcher scheinen die Beschränkungen zu greifen: Der Versicherungsvermittler Willis Tower Watson schrieb in einer Marktübersicht im Januar 2019, dass der Rückzug von Versicherern

aus der Kohleversicherung Kraftwerksbetreiber mit deutlich weniger Versicherungsmöglichkeiten zurücklässt.¹⁵² Gleiches berichtet der Versicherungsvermittler Miller. So werden die fehlenden Versicherungen zu einem weiteren Sargnagel der Kohleindustrie.

Regine Richter,
Kampagnen zu
öffentlichen Banken





» me und Überschwemmungen mit schwerwiegenden Auswirkungen auf die Wirtschaft und andererseits Transformationsrisiken, etwa, wenn sich die Geschäftsmodelle fossiler Unternehmen überholen und sie sich mit Investitionsruinen konfrontiert sehen. Müsste beispielsweise Uniper in Folge ernsthafter Klimapolitik das Kohlekraftwerk Datteln 4 bis spätestens 2030¹⁵³ abschalten, hätte das Unternehmen ein wirtschaftliches Problem. Dies kann sich auf die Banken fortsetzen, die Uniper Geld geliehen haben. Und das besorgt die Stabilitätswächter.

Aus diesem Grund haben sich 87 Zentralbanken* und Aufsichtsbehörden weltweit zu einem Netzwerk (Network on Greening the Financial Sector, NGFS) zusammengeschlossen, das sich für ein nachhaltigeres Finanzsystem einsetzt. Es will die Auswirkungen der Klimakrise analysieren und globale Finanzströme in Richtung einer kohlenstoffarmen Wirtschaft umleiten. Dabei geht es sowohl um die eigenen Portfolios der Zentralbanken als auch um ihre Rolle in der Bankenaufsicht. Der Ansatz ist gut, allerdings kritisieren die Umweltorganisationen Oil Change International und Reclaim Finance die Szenarien, die das NGFS-Netzwerk als Referenzen für Finanzinstitutionen veröffentlicht hat.¹⁵⁴ Denn diese Szenarien fokussieren zu stark auf das 2°C-Limit bei der globalen Erderwärmung und zu wenig auf das ehrgeizigere 1,5°C-Limit. Zudem setzen sie zu sehr auf Lösungen, die Kohlendioxid aus der Atmosphäre entfernen sollen und damit auf noch völlig unausgereifte Techniken. Das sendet das falsche Signal seitens des einflussreichen NGFS.

Die BaFin ist gemeinsam mit der Bundesbank Teil des NGFS-Netzwerks. Sie setzen sich dafür ein, dass die Finanzinstitute ihre klimabezogenen Finanzrisiken offenlegen, um darauf in der Bankenregulierung und Bankenaufsicht zu reagieren. Im Herbst 2019 veröffentlichte die BaFin ein „Merkblatt zum Umgang mit Nachhaltigkeitsrisiken“ für Finanzinstitute. Darin werden problematische Sektoren wie „Unternehmen, deren Geschäftstätigkeit wesentlich auf fossilen Energieträgern beruht“ explizit benannt und es wird deutlich gemacht, dass diese Sektoren, Geschäftsfelder oder Unternehmen eingeschränkt oder ausgeschlossen werden können. Darüber hinaus geht es um die Transformation hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft und die Risiken, die damit verbunden sind.

Außerdem wird angeregt, dass Finanzinstitutionen langfristige Szenarioanalysen machen sollen, um Risiken früh genug zu erkennen und darauf reagieren zu können. Die Ansätze sind gut, es folgen jedoch keine verbindlichen Anforderungen, sondern es werden nur Fragen gestellt und Möglichkeiten aufgezeigt. Dies wird der Dringlichkeit der Klimakrise nicht gerecht.

Auf Euro-Ebene überprüft die EZB gerade ihr strategisches und operatives Rahmenwerk. Umweltorganisationen fordern im Zuge dessen von der EZB u.a., dass sie bei ihren Kaufprogrammen zur Stützung der Wirtschaft Klimakriterien beachtet, um nicht durch Anleihenkauf klimazerstörende Unternehmen zu stützen. Ebenso soll sie von den Banken, die viele fossile Unternehmen im Portfolio haben, höhere Sicherheiten verlangen, um Gelder weg von klimaschädlichen Geschäften zu leiten. Zudem soll sie mit gutem Beispiel vorangehen und ihre Klimarisiken im Portfolio offenlegen und reduzieren, um es auf die Pariser Klimaziele auszurichten. Wie viel davon die EZB tatsächlich aufnehmen und umsetzen wird, ist Anfang 2021 noch offen. Aus Bankenkreisen jedoch hören wir, dass sie die Entwicklungen auf der Ebene ihrer Regulierer sehr ernst nehmen.

Regine Richter,
Kampagnen zu
öffentlichen Banken

5.4 Öffentlich geförderter Klimawahnsinn

Auch Zentral-, Förder- und Entwicklungsbanken stecken Geld in den Kohlektor. Bei diesen steht nicht wie bei den Privatbanken die Gewinnmaximierung im Vordergrund, sondern ihnen kommt eine gesellschaftliche Aufgabe zu. Bei der Weltbank etwa ist das die Bekämpfung von Armut, bei der Europäischen Investitionsbank die Angleichung der Lebensverhältnisse in der EU oder Finanzstabilität bei den Zentralbanken. Mit der Finanzierung von fossilen Projekten oder Firmen tragen sie jedoch auf verschiedenen Ebenen zur Klimakrise bei, was ihrer eigentlichen gesellschaftlichen Aufgabe widerspricht. Internationale Finanzinstitutionen beeinflussen durch die Ausrichtung der Kreditvergabe außerdem die energiewirtschaftlichen Strategien der Kreditnehmerländer langfristig. Institutionen wie die Weltbank beraten Kreditnehmer zu häufig orientiert an kurzfristigen wirtschaftlichen Zielsetzungen und nicht orientiert am Pariser Klimaabkommen.

Zentralbanken und Klimakrise

Nach der Finanzkrise von 2008 galt kritischen Menschen die Europäische Zentralbank (EZB) als Inbegriff für gefühllose Technokraten, die ohne demokratische Legitimation harte Maßnahmen gegen Griechenland durchsetzten. Seit dem Jahr 2020 fordern zahlreiche Umwelt- und Klimaorganisationen von der EZB, dass sie beim Klimaschutz eine größere Rolle spielen solle.

Da Bankenregulierung zu ihren Aufgaben gehört, könnte die EZB mehr Klimaschutz von den Banken verlangen.

Einzelne Zentralbanken warnen bereits lange und lautstark vor der Klimakrise, da diese die Finanzstabilität bedrohen kann. Sie fürchten zwei Arten von Risiken: einerseits physische wie Dürren, Stür-

»

* Stand Februar 2021

Wer reguliert die Bankenwelt?

Zentralbanken wie die EZB oder die Bundesbank in Deutschland sollen die Finanz- und Währungsstabilität sicherstellen und Geldpolitik machen, etwa indem sie den Leitzins festlegen. Ebenso sind sie für Bankenaufsicht zuständig. In Deutschland teilen sich die Bundesbank und die Finanzaufsicht BaFin diese Aufgabe. Dabei geht es zum Beispiel darum, wie viel Kapital Banken vorhalten müssen und wie sie Risiken in ihren Portfolios erfassen, bewerten und vermeiden. Dies kann neben Kreditrisiken auch Nachhaltigkeitsrisiken betreffen.

EIB: Raus aus fossilen Energien

Luxemburg ist ein schmu-
ckes Städtchen,
bekannt für Briefkastenfirmen und Steuervoodoo
sowie vielleicht noch für den Europäischen Ge-
richtshof. Die Stadt ist jedoch ebenso der Sitz der
Europäischen Investitionsbank (EIB), der Bank der
Europäischen Union. Sie soll die EU-Ziele finan-
zieren, und zwar schon seit 1958. Jahrzehntlang
tat sie das eher unbemerkt von der Öffentlichkeit.
Dabei ist sie der größte multilaterale Geldgeber
weltweit und verteilt mehr Geld als etwa die deut-
lich bekanntere Weltbank – 2019 gab es Neuzusa-
gen über 63 Milliarden Euro.

Unsere osteuropäischen Kolleg*innen von CEE
Bankwatch Network beschäftigen sich seit den 90er
Jahren mit der EIB, weil diese viele umstrittene
Autobahnprojekte, Müllverbrennungsanlagen, aber
auch Kohlekraftwerke finanzierte. Damals schallte
ihnen aus der Bank entgegen „Wir sind nur dem
Markt verpflichtet“, was so viel heißen soll, wie
„Lasst uns in Ruhe mit euren Umweltsorgen.“
CEE Bankwatch ließ sich jedoch nicht entmutigen
und skandalisierte weiter problematische Projekte.

Auch das Europäische Parlament musste sich mehr
Mitspracherecht über die EIB erstreiten. Steter
Tropfen und so manche Kampagne höhlten den
Stein und die Bank wurde transparenter und öffne-
te sich den Forderungen aus der Zivilgesellschaft.
In Slowenien finanzierte die Bank zwar noch im
Frühjahr 2013 das umstrittene Braunkohle-
kraftwerk Sostanj, das neben Umwelt- und Klima-
fragen auch mit Korruptionsproblemen zu kämpfen
hatte. Doch im selben Jahr schloss die Bank in
ihrer Energierichtlinie jedoch die zukünftige Finan-
zierung von Kohlekraftwerken aus.

Ende 2015 wurde das Pariser Klimaabkommen
beschlossen und multilaterale Banken wie Welt-
bank, Osteuropabank, Asiatische Entwicklungs-
bank und eben die Europäische Investitionsbank

verabredeten sich, zur Umsetzung des Pariser
Abkommens beizutragen. Wie erfolgreich diese
Initiative sein wird, muss die Zukunft zeigen. In der
EIB führte sie aber zum ernsthaften Nachdenken
darüber, wie ein solcher Beitrag aussehen könnte.
Das hielt sie jedoch nicht davon ab, zeitgleich die
Gaspipeline „Südlicher Gaskorridor“ mit mehreren
Milliarden Euro zu finanzieren. Diese Pipeline soll
Gas aus Aserbaidschan über Georgien, die Türkei,
Griechenland und Albanien nach Italien bringen.
In Aserbaidschan stützt sie das repressive Regime
des Präsidenten Aliyev, der die Einkünfte aus dem
Gasverkauf nutzt, um seine Macht zu festigen
und der Kritiker*innen einsperrt. In Griechenland
und Albanien gibt es Beschwerden über fehlende
Kompensation für die Zerstörungen, die der Bau
der Pipeline verursachte. Und in Italien wehren
sich die Menschen der Region, in der die Pipeline
ankommen soll, gegen das Projekt, weil sie um
den Tourismus und die Olivenhaine, von denen sie
leben, fürchten. Dementsprechend gab es heftige
Kritik an der Finanzierung durch die EIB.

Diese Kritik scheint letztendlich angekommen zu
sein, denn 2019 überraschte die Bank mit dem Ent-
wurf einer überarbeiteten Energierichtlinie. Darin
versprach sie, keine fossile Energieinfrastruktur
mehr zu finanzieren, egal ob für Kohle, Öl oder
Gas. Auch Kohlebergbau wurde ausgeschlossen,
der in der Richtlinie von 2013 noch nicht berück-
sichtigt worden war. Mit diesem Entwurf stellte sie
sich klar gegen die EU-Kommission, die die Gas-
pipelines noch weiter ausbauen will, und auch ge-
gen wichtige Mitgliedsstaaten. Die Begründung der
EIB war schlicht und stark: Sie will ihre begrenzten
Ressourcen auf echte Lösungen wie Energieeffizi-
enz und erneuerbare Energien konzentrieren, statt
sie weiter in fossile Energien zu stecken.

Der Entwurf wurde mit Kommission und Mitglieds-
staaten sehr kontrovers diskutiert und am Ende
noch etwas verwässert: so gibt es z.B. eine längere



» Übergangsperiode, in der Gas noch weiter finan-
ziert werden kann (und leider auch wird). Schluss
sein soll nun erst Ende 2021 statt 2020. Leider
werden Kohle- oder Gasunternehmen nicht als
Unternehmen ausgeschlossen, auch wenn sie keine
Gelder für Gas- oder Kohleprojekte mehr bekom-
men können. Einer der großen Verdienste dieser
neuen Energierichtlinie ist jedoch, dass sie die
Diskussion um fossile Energieträger von Kohle auf
Gas und dessen zukünftige Rolle ausgeweitet hat.

Diese Debatte hat EIB-Präsident Werner Hoyer im
Januar 2020 bei einer Pressekonferenz noch befeu-
ert, indem er sagte „Gas is over“. Eine Diskussion,
die auch in Deutschland überfällig ist.

Regine Richter,
Kampagnen zu
öffentlichen Banken

*September 2019 mit Transparent und Flyern beim Wirtschaftsministerium, das beim Thema Ausschluss von Gas auf der Bremse steht. Die Arbeit zur EIB-Energierichtlinie war wie ein großes Puzzle, bei dem sehr viele verschiedene Akteur*innen sehr viele verschiedene Teile beigetragen haben. Belohnt wurden wir alle am Ende mit einer Richtlinie, die die Finanzierung von Gas ausschließt.*



© 350.org

KfW – die gescheiterte Klimabank

Die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) ist das deutsche Pendant zur Europäischen Investitionsbank (EIB). Sie hat ein jährliches Fördervolumen zwischen 75 und 80 Milliarden Euro. Zwei Drittel davon werden innerhalb von Deutschland vergeben und ein Drittel geht ins Ausland. Das internationale Geschäftsfeld reicht von Export- und Projektfinanzierung (IPEX-Bank) über privatwirtschaftliche Entwicklungsfinanzierung (DEG) bis hin zur klassischen Entwicklungsfinanzierung (KfW Entwicklungsbank). Da der Bank in der Coronakrise viele Aufgaben zugewiesen wurden, stieg das Fördervolumen 2020 um 75 Prozent auf 135 Milliarden Euro.

Die KfW gibt sich gerne als grüne, nachhaltige Bank und hat im Bereich energetische Gebäudesanierung und Förderung erneuerbarer Energien eine sehr positive Rolle gespielt. Ihr fehlt jedoch ein umfassend nachhaltiges und klimafreundliches Geschäftsmodell. So hat sie z.B. viel zu spät (Juli 2019) Richtlinien veröffentlicht, die den Neubau von Kohlekraftwerken, Kohleexploration und -bergbau ausschließen. Zahlreiche Privatbanken und viele andere europäische bilaterale Entwicklungsbanken waren der KfW hier schon lange voraus. Die neuen Richtlinien wurden nicht öffentlich kommuniziert, sondern lediglich auf der Webseite eingestellt, ein Indiz dafür, dass der KfW bewusst war, wie peinlich verspätet dieser Schritt war.

Enttäuschend ist auch, dass die KfW-Richtlinien noch immer Kredite an Kohleunternehmen, sowie die Finanzierung von Projekten im Öl- und Gasbereich, wie zum Beispiel 2019 den Bau eines Gaskraftwerks in Bahrain erlaubt. Zudem hat die Tochtergesellschaft der Bank, die KfW IPEX-Bank, die Firma Pieridae Energy beim geplanten Bau des Flüssiggasterminals (LNG-Terminal) Goldboro an der Ostküste Kanadas beraten.

Im Dezember 2020 hat der Verwaltungsrat der KfW eine „Roadmap Sustainable Finance“ verabschiedet, nach der die Bank ihr Umwelt- und Sozialrisiko-Management stärken und für besonders emissionsintensive Sektoren Leitlinien erarbeiten will. Ziel ist, den Treibhausgas-Fußabdruck ihres Portfolios zu reduzieren. Die Roadmap selbst ist jedoch noch nicht veröffentlicht und die KfW verteidigt die Rolle von fossilem Gas nach wie vor. Sie hat demnach noch einen langen Weg zu gehen, um eine echte Klimabank zu werden.

Kathrin Petz,
Kohle-, Rüstungs- und
Bankenkampagnen





Guyana's Regenwälder:
Ein Refugium für viele
Tier- und Pflanzenarten

© Tom Vierus

10 Milliarden Dollar – Wie die Weltbank die fossile Industrie unterstützt

„Unser Auftrag ist eine Welt ohne Armut“. So lautet das Motto der Weltbank. Sie wurde am Ende des zweiten Weltkrieges zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) in Bretton Woods (USA) von 44 Staaten der späteren Siegermächte gegründet. Ziel war es, auf gemeinsamer Grundlage den Aufbau der zerstörten Länder zu organisieren. Zu jener Zeit einigte man sich auf das damals bahnbrechende Prinzip des multilateralen Handelns. Selbst wenn davon heute nicht mehr viel übrig ist und nationale Interessen dominieren – für wenige Jahrzehnte hielten sich einige Staaten der Welt an eine gemeinsame Richtschnur.

Die Weltbank ist eine mächtige, multilaterale Entwicklungsbank, die im Auftrag von 189 Staaten weltweit agiert. Deutschland sitzt als viertgrößter Anteilseigner mit am Tisch, wenn es um die

Finanzierung von Projekten geht. Leider missachten die milliardenschweren Projekte der Bank immer wieder die Menschenrechte, zerstören Wälder und Gewässer oder schaden dem Klima.

Die Rolle der Weltbank bei der Finanzierung fossiler Brennstoffe

Seit dem Pariser Abkommen hat die Weltbankgruppe mehr als 10 Milliarden US-Dollar an neuer direkter öffentlicher Unterstützung für fossile Brennstoffe in über 30 Ländern bereitgestellt. Dabei ging auch der Kohlektor nicht leer aus. Fünf Länder beriet die Weltbank seit 2015 in Sachen Kohle bei insgesamt sieben Projekten. Daneben unterstützte sie zehn politische Reformvorhaben zu Gunsten des Kohlebergbaus in sechs Ländern (Mosambik, Vietnam, Bhutan, Tadschikistan, Afghanistan und Nepal).



» Angesichts dieser Zahlen ist die Weltbank Teil des Problems, da sie ohne Skrupel mithilft, den CO₂-Ausstoß vieler Länder zu intensivieren. Statt ihre Klienten beim Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaft auf Basis von erneuerbaren Energien zu unterstützen, berät die Weltbank sie zugunsten multinationaler fossiler Konzerne, welche die häufig instabilen politischen Verhältnisse vor Ort geschickt auszunutzen wissen.

IFC nutzt urgewalds Global Coal Exit List (GCEL)

Knud Vöcking ist ein urgewald-Urgestein: „Seit 2002 bin ich jetzt bei urgewald. Die IFC war dabei immer so etwas wie mein Lieblingsgegner.“ Die „International Finance Corporation“, kurz IFC, ist die größte Weltbank-Tochter für die Privatwirtschaft. Die IFC vergibt im großen Stil Kredite und Bürgschaften an sogenannte Finanzintermediäre (u.a. Privatbanken und Investmentfonds), die diese dann weiterverteilen und damit private Investitionen im Globalen Süden unterstützen. „Solange ich denken kann, haben wir uns mit der IFC gestritten – über Ölpipelines, Ölbohrungen, Palmölplantagen, Staudämme. Wann immer wir im Süden auf ein schlimmes Projekt gestoßen sind, man konnte fast sicher sein, die IFC war dabei.“

Erstaunlich ist daher die Entwicklung seit 2019. Während urgewald mit der Weltbank im erbitterten Clinch über versteckte fossile Investitionen liegt, entwickelt die IFC eine Green Equity Strategy, die dem Klimaschutz dienen soll. Die IFC gab 2020 bekannt, dass sie für künftige Beteiligungen an Finanzinstituten von ihren Partner*innen Kohleausstiegspläne verlangt. Die Firmen von der urgewald-Kohledatenbank Global Coal Exit List sind dabei die Grundlage. Leider gibt es einen Pferdefuß: Das Beteiligungsgeschäft umfasst nur einen sehr kleinen Teil des IFC-Geschäfts. Und zudem prüft die IFC die Umsetzung nicht nach, so dass auch hier weiter Druck gemacht werden muss. Allerdings ist es für urgewald ein Einstieg, der hoffen lässt, dass andere Entwicklungsbanken dem Vorbild IFC folgen werden. Denn die Banken entwickeln gemeinsam eine Strategie, um sich kompatibel zum Pariser Klimaabkommen zu machen. Für IFC jedenfalls ist die GCEL dabei ein wichtiges Hilfsmittel.

Ute Koczy vor dem Weltbank-Büro in Georgetown, Guyana



© Tom Vierus



© Natja Brune

Die erste echte Klima-Demo
anlässlich der Weltbank-
Jahrestagung, Washington
Oktober 2019

„Carbon Bomb“ – Dokumentarfilm

Die Weltbank, ExxonMobil und ein Dutzend weitere Firmen riskieren, das südamerikanische Land Guyana in den Ölfluch zu stürzen und so die Klimakrise weiter anzuhetzen. Auf dem urgewald-youtube Kanal verfügbar.



Exkurs: Guyana im Visier der Gier – Öl aus der Tiefsee

» Im Februar 2019 stieß urgewald-Mitarbeiterin Heike Mainhardt auf das südamerikanische Guyana als ein künftiges Projektland der Weltbank. Mainhardt ist Expertin für die Datenbanken der Bank und sie wurde sofort misstrauisch. Zu Recht: Die Weltbank wollte sich 20 Millionen US-Dollar genehmigen lassen, um Ölkonzernen Tür und Tor in Guyana zu öffnen. In Windeseile trug sie die kritischen Fragen zusammen, die urgewald dem deutschen Exekutivdirektorium zur Verfügung stellte – mit Erfolg: Deutschland enthielt sich bei der Entscheidung über dieses Beratungsprojekt im Verwaltungsrat. Dennoch wurde das Projekt genehmigt.

Um Fakten für eine Kampagne gegen die Ölförderung zu sammeln und Kontakte vor Ort zu etablieren, reisten Ute Koczy und Denis Schimmelpfennig von urgewald sowie der Filmemacher Tom Vierus im März 2020 nach Guyana.

Reisebericht von Ute Koczy

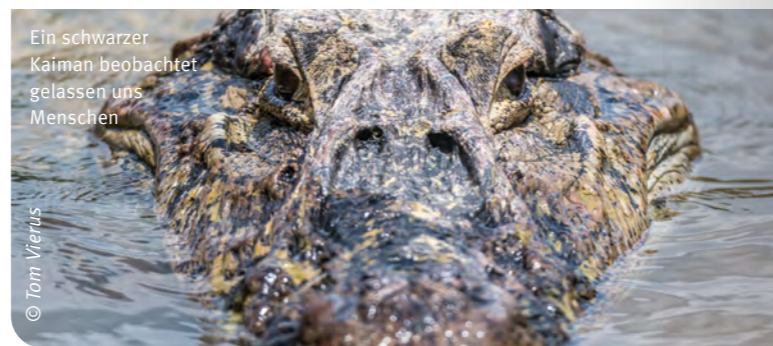
„Was, das ist alles?“ Da steh ich nun, kurz vor Mitternacht, an der Küste Guyanas und betrachte fassungslos eine hüfthohe Mauer. Diese abgewrackte Seemauer soll Land und Leute vor hohen Wellen schützen. Kaum angekommen, hat Melinda Janki von der Organisation „Fair Deal for Guyana“ (Ein fairer Deal für Guyana) meinen Kollegen Denis Schimmelpfennig und mich dorthin geführt. „Das ist doch eher eine Hipster-Wall“ fällt mir beim Vergleich der Höhe der Mauer mit meiner Hüfte ein, worauf wir lachen müssen. Doch es ist eigentlich bitterer Ernst. Die so „geschützte“ Hauptstadt Georgetown liegt bei Flut schon heute zwei Meter unter dem Meeresspiegel. Dieses südamerikanische Land in der Nachbarschaft zu Venezuela ist akut gefährdet. Die Gefahr wächst, dass all die Felder entlang der Küste vom Meer überschwemmt und zerstört werden.



Eine auffallende Schönheit: der Felsenhahn



Die Gelbfuß-Schildkröte lebt von Früchten und Blättern des Waldes



Ein schwarzer Kaiman beobachtet gelassen uns Menschen

Einst hatte Guyana umsichtige Pläne zum Klimaschutz und dafür die gesetzlichen Grundlagen geschaffen. Das Land wollte voll und ganz auf erneuerbare Energien und den Ökotourismus setzen. Denn der vielerorts unberührte Regenwald bietet Vogelliebhaber*innen und Abenteurer*innen ein El Dorado der Natur.

» Seitdem der US-amerikanische Konzern ExxonMobil aber gigantische Mengen an Öl vor der Küste des kleinen Staates gefunden hat, spielt das keine Rolle mehr. Insgesamt sind 15 Ölfirmen aus neun Ländern gerade dabei, in extremen Tiefen bis zu 7.000 Meter unter der Wasseroberfläche nach Öl und Gas zu bohren. Wenn das, was dort unter dem Meeresboden friedlich schlummert, durch uns Menschen verbrannt wird, belastet es das Klima mit schätzungsweise 2,5 Milliarden Tonnen CO₂ (2,5 Gigatonnen) zusätzlich. Zum Vergleich: jährlich werden weltweit etwa 41 Gigatonnen in die Luft gepustet.¹⁵⁵

Das Versprechen von Reichtum durch die US-amerikanischen Ölfirmen ExxonMobil und Hess sowie durch die chinesischen Firma CNOOC war groß. Die daraufhin mit der guyanischen Regierung abgeschlossenen Verträge sind ein Witz, miserabel ausgehandelt und ohne Standards zum Schutz der Natur und der Menschen.

Als meine Kollegin Heike Mainhardt in Washington auch noch herausfand, dass die Weltbank den Türöffner für diese Entwicklung spielt, war ich auf der sprichwörtlichen Palme. Denn die Weltbank, mit Sitz in Washington, verspricht gerne, Armut zu bekämpfen und das Klima zu schützen. Eigentlich wäre es für Guyana leicht möglich, Sonne, Wind und Wasser für erneuerbare Energien zu nutzen. Doch die Weltbank riskiert lieber extreme Tiefseebohrungen, damit ExxonMobil und andere Öl-Multis zu Geld kommen. Dabei tut die Bank auch noch so, als ob sie im Interesse der Menschen vor Ort handelt.

Anwältin Melinda Janki hat früh auf die Probleme aufmerksam gemacht. Mit deutlichen Worten kritisiert sie seit Jahren die Verhandlungen mit ExxonMobil und vor allem, dass diese Regierung zusammen mit der Weltbank die Klimagesetze Guyanas missachtet. Besonders empört es sie, dass die vorgeschriebenen Umweltverträglichkeitsprüfungen keine Rolle spielten. Im Falle eines Ölfalles ist Guyana selbst für das Aufräumen der Schäden verantwortlich. Dafür ist das Land nicht gerüstet. Und mich macht es wütend, dass Verträge gemacht wurden, ohne eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme der Tier- und Pflanzenwelt und ihrer Schutzwürdigkeit durchzuführen.

Vehement beklagt auch Annette Arjoon-Martins den nicht vorhandenen Schutz des Meeres. Von Beruf Pilotin hat sie ihre Leidenschaft für den Schutz der Küste entdeckt. So wurde sie Gründerin der „Guyana Marine Conservation Society“ (Gesellschaft für Meeresschutz). Annette Arjoon-Martins hat dafür gesorgt, dass der 145 km lange Muschelstrand „Shell Beach“ 2011 unter Schutz gestellt wurde. Hierhin kommen vier massiv bedrohte Arten der Seeschildkröten zur Eierablage: die Leder-schildkröte (Leatherback), Echte Karettschildkröte (Hawksbill), Oliv-Bastardschildkröte (Olive Ridley) und Grüne Meereschildkröte (Green Turtle).

Annette Arjoon-Martins erzählte uns, dass seit 2012 der Wind stärker, die Wellen höher wurden. Die indigene Gemeinschaft der Arawaks, die früher auch von dem Fleisch und den Eiern der Schildkröte lebte, schützt inzwischen diese beeindruckenden Tiere. Leider kam es 2017 durch eine große Überschwemmung zur Zerstörung des Besucherzentrums und, schlimmer noch, zum Abriss großer Teile dieses Strandes. Seitdem ist er für Besucher*innen gesperrt. Am allerschlimmsten aber war, dass 208 Menschen dieser Gruppe der indigenen „Amerindians“ ihre dortige Siedlung verlassen mussten. Die Umsiedlung in ein etwas größeres Dorf ist nicht geglückt. Ohne den einfachen Zugang zum Meer, ohne eigenes Land ist den Umgesiedelten plötzlich die jahrhundertealte Lebensgrundlage genommen. Sie wurden zu „Klima-Flüchtlingen“, wie Arjoon-Martins diesen Zustand beschreibt.

Unsere Reise endete leider sehr abrupt. Das Corona-Virus machte uns an den letzten Tagen einen Strich durch die Rechnung. Wir mussten schneller als geplant zurück nach Hause. Doch wir hatten viele Aufträge im Gepäck, vor allem mussten die Bilder und Informationen verbreitet werden. Mein Fazit ist klar: Guyana wird von ExxonMobil mit Hilfe der Weltbank ökonomisch wie auch ökologisch übers Ohr gehauen. Anstatt vor den Folgen der Erderhitzung geschützt zu werden, beteiligt sich das Land daran, sich selbst ein Überschwemmungsgrab zu schaufeln. Wenn irgendwie möglich, werde ich weiterhin zusammen mit vielen anderen daran arbeiten, dies zu verhindern.

Ute Kozy,
Kampagnen zu
Finanzinstitutionen,
Schwerpunkt Weltbank

Ausblick

Kohle ist nicht der einzige fossile Energieträger, von dem wir uns schnell verabschieden müssen. Auch neue Gas- und Ölquellen dürfen nicht erschlossen und ausgebeutet werden, wenn wir eine Chance behalten wollen, die Pariser Klimaziele zu erreichen. Schon die bereits erschlossenen Öl-, Gas- und Kohlequellen enthalten so viel Kohlenstoff, dass nicht einmal das 2°C-Limit eingehalten werden kann, geschweige denn das 1,5°C-Limit.¹⁵⁶ Trotz alledem wollen einige Länder im Jahr 2030 120 Prozent mehr fossile Energien nutzen, als mit dieser Grenze vereinbar ist. Das stellt der vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen im Dezember 2020 veröffentlichte Bericht „Production Gap“ fest.¹⁵⁷ Weltweit muss die Förderung fossiler Energien jährlich um sechs Prozent abnehmen, statt wie aktuell geplant jährlich um zwei Prozent zuzunehmen.

Gas ist Teil des Problems. Die Gasindustrie lobt zwar, wenig überraschend, Gas als elementar wichtige Brücke von der Kohle zur flächendeckenden Versorgung mit erneuerbaren Energien. Doch auch Gas ist ein fossiler Energieträger, bei dessen Verbrennung Kohlendioxid entsteht. Entlang der Produktionskette entweicht zudem Methan, ein viel stärkeres Treibhausgas als CO₂. Mit einem Übergang von Kohle zu Gas und dem damit verbundenen Bau neuer Gasinfrastruktur drohen Lock-in-Effekte, die uns auf Jahrzehnte an die weitere Nutzung fossiler Energiequellen ketten und den Ausbau erneuerbarer Energien verzögern.

Neue Pipelines wie der Southern Gas Korridor oder Nord Stream 2 sind überflüssig, bereits jetzt gibt es genügend Pipelines. Sie dienen den Verkaufsinteressen der beteiligten Unternehmen, nicht aber der Versorgungssicherheit. Noch deutlicher zeigt sich das bei Flüssiggasterminals: Obwohl die bereits vorhandenen Anlagen teils nur zu unter 25 Prozent ausgelastet sind, planen

Konzerne und Bundesregierung weitere Terminals.¹⁵⁸ Befürworter*innen neuer Gasinfrastruktur argumentieren häufig, dass Pipelines oder Kraftwerke zukünftig mit grünem Wasserstoff gefüllt und betrieben werden sollen. Grüner Wasserstoff, zu dessen Herstellung überschüssiger Strom aus erneuerbaren Quellen in Wasserstoff umgewandelt wird, wird auch als „Champagner“ unter den Energieträgern bezeichnet. Seine Herstellung ist teuer und aufwändig, weshalb es ihn in deutlich geringeren Mengen geben wird als das heute genutzte fossile Gas. Wo genau der grüne Wasserstoff dann eingesetzt wird – in Kraftwerken, zum Heizen, im Verkehrssektor oder in der Industrie – muss sehr genau überlegt werden.

Die Zeit ist reif für GOGEL – die Global Oil & Gas Exit List.

In den letzten Jahren haben immer mehr Finanzinstitute Richtlinien im Kohlebereich verfasst. Mit der Global Coal Exit List (GCEL) haben wir hierfür ein wichtiges Werkzeug geschaffen, mit dem Banken, Versicherer und Investoren Kohlefirmen in ihren Portfolios identifizieren und ausschließen können. Auf diese Weise wurden der Kohleindustrie bereits Milliarden entzogen.¹⁵⁹ Doch was ist mit der Öl- und Gasindustrie? Der Erfolg der GCEL und die Dringlichkeit der Klimakrise bestärken unser Vorhaben, eine Öl- und Gasdatenbank – die „Global Oil & Gas Exit List (GOGEL)“ zu erarbeiten. Unser Ziel: der gesamten fossilen Industrie den Geldhahn abdrehen. Diese Datenbank soll es Banken und Investoren ermöglichen, auch Unternehmen aus dem Öl- und Gassektor auszuschließen.

Wir entwickeln dazu Kennzahlen, anhand derer wir sowohl die momentanen Geschäftsaktivitäten als auch problematische Entwicklungen quantifizieren können. Wie bei der GCEL sollen sich die Kennzahlen dazu eignen, in Klimarichtlinien von Finanzunternehmen aufgenommen zu werden.

» Und das ist notwendig, denn momentan sind die Richtlinien von Banken im Öl- und Gasbereich, sofern sie überhaupt welche haben, noch sehr unpräzise.

Was ist das besondere an der GOGEL? Wir stellen den Kennzahlen Recherchen über einige der schlimmsten Öl- und Gasprojekte zur Seite, an denen Unternehmen auf der Liste beteiligt sind. Banken, Versicherer und Investoren können dann entscheiden, ob sie wirklich ihren Ruf auf's Spiel setzen wollen, indem sie diese Firmen finanzieren. NGOs können anhand der GOGEL prüfen, welche

Unternehmen an welchen kontroversen Projekten beteiligt sind. Denn natürlich soll auch die GOGEL als Werkzeug in Kampagnen einsetzbar sein.

Nicht zuletzt durch die GCEL haben wir in den letzten Jahren Kontakte zu Banken, Versicherungen und Asset Managern aufbauen können. Nun gilt es, diese schnell davon zu überzeugen, die GOGEL aktiv zu nutzen. Einige klopfen bereits regelmäßig bei urgewald an und fragen nach unserem Fortschritt. Wie die GCEL wird auch die GOGEL öffentlich zugänglich sein.



Öl- und Gasplattform in Norwegen

Schlusswort

”

*Wie sollen wir das Geld denn anlegen?,
fragt der Bankberater.*

*Machen Sie das Portfolio ruhig so, wie ich meine
Steaks mag, sagt das Känguru.*

Ah!, sagt der Mann. Well done.

*Nein, sagt das Känguru. **Blutig.***

Wie bitte?

*Sie verstehen mich schon, sagt das Känguru. Geld
arbeitet nicht. Menschen arbeiten. Und je größer die
Ausbeutung, desto größer die Rendite, das ist doch
klar. Gehen Sie dahin, wo es weh tut. Ich will Dritte
Welt, 16-Stunden-Tage, Kinderarbeit. Ich will
Landminen, Streubomben, Atomkraftwerke.*

*Ich will Rohstoffe aus Krisenregionen, Öl aus Natur-
schutzgebieten, spekulieren Sie mit Lebensmitteln.*

Egal was...

“

(aus: Die Känguru-Offenbarung von Marc-Uwe Kling)

»

» **Der** Bankangestellte ist restlos überfordert mit den ungeschönten Tatsachen über seinen Berufsalltag, mit denen ihn das Känguru, die Hauptfigur des Buchs „Die Känguru-Offenbarung“ von Marc-Uwe Kling, konfrontiert. Natürlich will das Känguru keine blutigen Geldanlagen, so wie wahrscheinlich niemand. Doch Fakt ist: Banken unterstützen klimaschädliche und menschenrechtsverletzende Unternehmen immer noch mit Unsummen an Geld – mit den bekannten fatalen Konsequenzen für unsere Welt.

Die Wissenschaft warnt seit Jahrzehnten vor den drastischen Auswirkungen, die mit der Überschreitung der ökologischen Grenzen unseres Planeten einhergehen. Die Aussicht auf eine derart öde Zukunft macht mich traurig. Umso mehr, wenn ich daran denke, dass diejenigen, die am wenigsten dazu beigetragen haben, am schlimmsten betroffen sind: Menschen wie die Bewohner*innen der Fidschi-Inseln, deren Zuhause im Meer untergeht, und nachfolgende Generationen, deren Zukunft zerstört wird.

Unsere Wirtschaftsweise ignoriert die Tatsache, dass grenzenloses Wachstum auf einem endlichen Planeten nicht möglich ist. Diese Erkenntnis als oberste Maxime in menschliches Handeln zu übersetzen ist die Aufgabe, vor der wir stehen.

Es scheint meiner und kommenden Generationen auferlegt zu sein, diese Aufgabe zu bewältigen und die Rechnung für die jahrzehntelange Untätigkeit beim Klimaschutz zu begleichen. Dass das nicht nur ungerecht, sondern ein Verstoß gegen die Grundrechte ist, entschied das Bundesverfassungsgericht Ende April 2021: Das 2019 verabschiedete Klimaschutzgesetz der Bundesregierung wälzt die Lasten zur Einhaltung des Kohlenstoffbudgets* auf die jüngere Generation ab und verletzt damit deren Freiheitsrechte. Die Regierung muss das Gesetz nachbessern.

Sich auf die Gesetzgebung allein zu verlassen reicht jedoch angesichts der drängenden Zeit nicht aus. Immer wieder stelle ich mir deshalb die Frage: „Was kann ich tun?“ Eines steht fest: So lange fossile Unternehmen mit nur zwölf Megaprojekten drei Viertel des globalen Kohlenstoffbudgets aufbrauchen,¹⁶⁰ kann ich noch so wenig Auto fahren,

konsumieren oder fliegen – es wird die Klimakrise nicht lösen. Es braucht mehr. Es braucht die „große Transformation“. Und der erste Schritt ist der rasche Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen.

Banken und Investoren tragen hierbei eine besondere Verantwortung. Sie sind es, die die Geldströme in Kohle-, Öl- und Gasunternehmen ermöglichen und damit die Klimakrise finanzieren. Hier den Hebel anzusetzen, also die Geldpipeline zu kappen, ist sehr wirkungsvoll. Und genau diese Strategie verfolgt urgewald. Mit der GCEL (Global Coal Exit List) und demnächst der GOGEL (Global Oil and Gas Exit List) bieten wir die Werkzeuge dafür.

Machen wir die Finanzwelt kohlefrei

In dieser Broschüre teilen wir unser Wissen über die Finanzwelt, um Mut zu machen, aktiv zu werden. Die Möglichkeiten sind unbegrenzt: Kund*innen können ihre Bank auffordern, keine fossilen Unternehmen mehr zu finanzieren, Studierende ihre Uni, ihr Geld aus Kohle, Öl und Gas abzuziehen, Bürger*innen ihre Kommune. Stiftungen können sich pariskompatibel aufstellen, Finanzverwalter*innen fossile Unternehmen aus ihren Portfolios streichen.

Unternehmen der Kohle-Branche beklagen bereits, dass sie für geplante Expansionen kaum noch Kapital aufreiben können. Das beweist: Unsere Strategie stimmt. Ich hoffe, der Öl- und Gasindustrie wird es bald genauso gehen. Dafür setzen sich urgewald und Menschen überall auf der Welt so lange ein, bis kein Cent mehr in fossile Unternehmen fließt.

Für unser aller Zukunft – „Well done.“

Alina Hilzinger,
Verbraucher*innen-
und Protestkampagnen

* die Menge an CO₂, die noch freigesetzt werden kann, um die schlimmsten Folgen der Klimakrise zu verhindern



Protestaktion vor dem Bundeskanzleramt. Wir waren erfolgreich: Hermesbürgerschaften für Atomprojekte sind Geschichte.

Bild: Andreas Schoelzel

Drei Jahrzehnte Engagement für Umwelt und Menschenrechte



Heffa Schücking

Geschäftsführerin und Gründerin von urgewald

„...nur noch kurz die Welt retten,“ heißt es in einem Lied von Tim Benzko. Wie schön wäre das! Tatsache ist jedoch, dass gerade der Schutz von Umwelt- und Menschenrechten einen langen Atem und Rückenwind braucht. Als ich 1992 mit einer Handvoll Mitstreiter*innen den Verein urgewald gründete, ahnte ich schon, dass die Rettung der Regenwälder und seiner Bewohner*innen nicht „mal eben schnell“ zu bewerkstelligen ist. Aber dass globale Geldströme eine der Ursachen für die Zerstörung der Regenwälder sind, war uns klar.

Und so decken wir seitdem die Beteiligung von Geld an der Zerstörung von Naturräumen und der Verletzung von Menschenrechten auf und prangern Banken und mächtige Konzerne an.

In all den Jahren hat urgewald viele Kampagnen erfolgreich durchgeführt – stets mit Blick auf die Geldgeber verwerflicher Projekte. Denn wie private und öffentliche Banken, Versicherer oder Energiekonzerne ihr Geld investieren, hat Auswirkungen auf Millionen von Menschen, auf ihre Lebensgrundlagen und auf die Umwelt. Diesen Zusammenhang haben wir früh erkannt und finden ihn bis heute bestätigt: Die Zukunft der nächsten Generationen wird ganz wesentlich davon beeinflusst, in welche Richtung globale Geldströme fließen.

Eines unserer „Erfolgsrezepte“: Wir wollen wirklich gewinnen und wir haben keine Angst vor großen Gegnern. Wir denken nicht „Ob“, sondern: „Wie können wir Geldgeber X davon abhalten, Projekt Y zu finanzieren?“ Das Besondere an urgewald ist jedoch nicht allein „Projektverhinderung“. Berühmt ist die Qualität unserer Recherchen. Durch sie sind wir ein seriöser Gesprächspartner, denn wir setzen uns auch mit unseren Gegnern an einen Tisch. Zum Beispiel, um Feed-

back zu neuen Standards zu geben oder unsere Sicht auf kritische Geschäftsfelder zu erläutern.

Ein Quantensprung in unserer Entwicklung ist die „Global Coal Exit List“ – sie ist ein Anwendungstool, das ein weitgehendes Divestment aus der Kohle ermöglicht. Ihr Einfluss auf die Finanzbranche und auf die Kohleindustrie ist „systemrelevant“: Internationale Banken und große Investoren wenden unsere Kriterien an und werfen mehr und mehr Kohleunternehmen aus dem Portfolio, Versicherungen verwehren den Klimakillern Versicherungsschutz für ihre Vorhaben – den Saboteuren des Pariser Klimavertrages wird der Zugang zu Kapital entzogen. Mit der Global Oil & Gas Exit List (GOGEL) schaffen wir ein weiteres Werkzeug für einen konsequenten Ausstieg aus allen fossilen Brennstoffen.

Damit wir Kampagnen initiieren und Forderungen durchsetzen können, bauen wir auf engagierte Menschen, die uns bei unseren Protestaktionen finanziell und durch ihre Teilhabe unterstützen.



Vielleicht haben Sie Interesse bekommen, in Zukunft bei unseren Mitmach- und Protestaktionen dabei zu sein? Registrieren Sie sich auf urgewald.org für unseren Newsletter. Oder laden Sie uns ein: auf Anfrage halten wir gern bei Ihnen einen Vortrag, geben Schulungen oder beteiligen uns an Veranstaltungen – sprechen Sie mich an.

Agnes Dieckmann: agnes@urgewald.org

2020:

Die italienische UniCredit (Hypo-Vereinsbank) kündigt einen vollständigen Ausstieg aus der Finanzierung des Kohlesektors bis 2028 an.

2019

Der französische Versicherer AXA veröffentlicht eine ehrgeizige Kohlerichtlinie und beendet sofort die Versicherung von und Investitionen in Unternehmen, die neue Kohlekraftwerke oder -minen planen. Zudem plant AXA, ab 2030 in EU- und OECD-Ländern komplett kohlefrei zu sein und ab 2040 weltweit.

2015-2016

urgewald-Recherchen führen zu den bisher fortschrittlichsten Kohle-Ausschlüssen in der Finanzindustrie beim Norwegischen Pensionsfonds und dem Versicherungskonzern Allianz. Die Commerzbank schließt Finanzierung neuer Kohlekraftwerke und -minen aus. Bei der Deutschen Bank erreichen wir einen weitgehenden Ausstieg aus Firmen, die die verheerende Bergbaumethode Mountaintop Removal unterstützen.

2014

Erfolg der Kampagne „Ich bin doch kein Atombürger“. Die Hermesbürgschaften für deutsche Atomexporte sind Vergangenheit.

2010-2011

Die Deutsche Bank kündigt die Finanzierung von Streumunitionsherstellern auf. In Indien sind Proteste gegen den Bergbaukonzern Vedanta erfolgreich.

2008-2009

urgewald-Verbraucherkampagne bringt tausende Haushalte zum Ökostrom.

1999

urgewald recherchiert den geplanten Verkauf einer Brennelemente-Fabrik nach China. Der Atomexport kann verhindert werden!

1994-1995

urgewald-Gründerin Heffa Schücking erhält den renommierten Goldman-Prize und wird „Frau des Jahres“ in der Fernsehsendung „Mona Lisa“.

1992

Gründung von urgewald e.V. Ansatz: die Finanzierung von Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen sichtbar machen und dagegen vorgehen.

2020

2019

2015-2016

2017

2014

2010-2011

2010

2008-2009

2006-2009

1999

1994-1995

1999

1992

2017

urgewald wird 25 und präsentiert zum Klimagipfel in Bonn die „Global Coal Exit List“ – ein Werkzeug gegen Kohle-Finanzgeschäfte, das hilft, die Klimaziele von Paris zu erreichen. Heffa Schücking wird „Stromrebellin 2017“.

2010

urgewald erhält den Preis für Zivilcourage, Heffa Schücking den Utopia Award.

2006-2009

urgewald verhindert den Bau eines Atomkraftwerkes in einem bulgarischen Erdbebengebiet mit Kampagnen gegen die Financier. Internationale Großbanken, Deutsche Bank, HypoVereinsbank, Commerzbank und RWE steigen aus. 2012 gibt die bulgarische Regierung das Projekt auf.

1999

urgewald verhindert die Vertreibung tausender Menschen für ein Staudammprojekt in Indien.



Die urgewald-Stiftung wurde 2019 gegründet. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur mittel- und langfristigen Absicherung der Arbeit von urgewald. Sie ist formal von urgewald e.V. unabhängig. Durch die Satzung, den Stiftungszweck und die Ausgestaltung der Stiftungsorgane ist sichergestellt, dass urgewald e.V. und die urgewald-Stiftung auf Dauer an einem Strang ziehen.

Money makes the world go round

Die Art und Weise, wie Kapital – öffentliches wie privates – eingesetzt wird, hat reale Auswirkungen auf viele Millionen Menschen: Wie viel Geld wohin fließt, entscheidet mit, ob sich unsere Gesellschaft zukunftsweisend, gerecht und ökologisch gestaltet oder nicht. In den letzten Jahrzehnten ist das Volumen nachhaltiger Geldanlagen rasant angestiegen und hat Wirkung entfaltet. So wäre beispielsweise die Energiewende in Deutschland ohne die Entwicklungen im Bereich nachhaltiger Geldanlage nicht in diesem Umfang möglich gewesen. Zusätzlich sind Divestment-Kampagnen erfolgreich und führen dazu, dass z.B. der klimaschädlichen Kohleindustrie immer häufiger auch von großen und finanzstarken Investoren der Geldhahn zugekehrt wird. Angesichts der knappen verbleibenden Zeit zur Transformation steigt der Druck auf die Finanzwelt, sich „Paris-kompatibel“ auszurichten.

Nachhaltige Geldanlage in der urgewald-Stiftung

Bei der Geldanlage der urgewald-Stiftung folgen wir strengen Regeln und achten darauf, dass ethische, ökologische und soziale Kriterien eingehalten werden. Wie bei unseren Kampagnen gilt auch für die Geldanlage: Menschenrechts- und Umweltbelange dürfen Renditezielen nicht geopfert werden. Wo immer möglich, wirken wir mit unserer Geldanlage

auf dringend notwendige politische, ökologische und soziale Veränderungen in unserer Gesellschaft hin. So dient bereits die Geldanlage des Stiftungskapitals direkt den Stiftungszwecken. Wir arbeiten mit einer langen Liste von Ausschlusskriterien für nicht-investierbare Sektoren und kombinieren diese mit einer Positivliste von Sektoren, in denen wir das Investieren für unterstützungswürdig und teilweise gar gesellschaftsverändernd halten.

Mit der Geldanlage der urgewald-Stiftung zeigen wir, dass jede*r Anleger*in Alternativen hat: für eine gerechte Welt ohne Krieg und Klimakrise. Wir möchten Investoren, Pensionsfonds, Stiftungen und einzelne Anleger*innen ermutigen, ebenfalls diesen Weg zu beschreiten.

Schnell und wirksam mit dem „Verbrauchsvermögen“

Die urgewald-Stiftung ist eine „Hybrid-Stiftung“, bestehend aus einem sogenannten Ewigkeitsstock und einem Verbrauchsvermögen. Aus diesem Vermögensteil konnte bereits kurz nach der Gründung die erste Förderung ausgeschüttet werden – unsere Arbeit zur Ölförderung vor der Küste Guyanas (siehe Seite 98).

Wenn Sie sich als Stifter*in langfristig und nachhaltig für Umwelt und Menschenrechte engagieren möchten, freuen wir uns über Ihre Nachricht.

Die Welt braucht urgewald und urgewald braucht Sie – als Spender*in, als Förder*in, oder eben als Stifter*in in der urgewald-Stiftung!

Ihre Ansprechpartnerin bei der urgewald-Stiftung: Andrea Soth, andrea@urgewald.org



Eine gute Zukunft für Umwelt und Menschenrechte

Bei Interesse senden wir Ihnen gern unsere Stiftungsbroschüre kostenlos zu.

<https://urgewald.org/shop/broschuere-urgewald-stiftung>

Quellenangaben und Anmerkungen

Vorwort

1. Bocksch, R. (2021): Klimavertrag: Der Stand des Pariser Abkommens. In: statista. Verfügbar unter: <https://de.statista.com/infografik/9667/der-stand-des-pariser-abkommens/> (Letzter Zugriff: 01.04.2021)
2. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2017): Die Klimakonferenz in Paris. Verfügbar unter: <https://www.bmu.de/themen/klima-energie/klimaschutz/internationale-klimapolitik/pariser-abkommen/> (Letzter Zugriff: 01.04.2021)
3. Energiezukunft (2021): Rückhalt für Erneuerbare Energien bleibt hoch. In: Energiezukunft.eu. Verfügbar unter: <https://www.energiezukunft.eu/politik/rueckhalt-fuer-erneuerbare-energien-bleibt-hoch/> (Letzter Zugriff: 01.04.2021)

Kapitel 1

4. Decker, S. (2020): Erdatmosphäre. In: planetwissen. Verfügbar unter: <https://www.planet-wissen.de/natur/klima/erdatmosferaere/> (Letzter Zugriff: 01.04.2021).
5. IEA (2019): Global Energy And CO₂ Status Report. The latest trends in energy and emissions 2018. Verfügbar unter: https://webstore.iea.org/download/direct/2461?fileName=Global_Energy_and_CO2_Status_Report_2018.pdf (Letzter Zugriff: 08.04.2021) S. 7.
6. Stand 2020. IEA (2021): Global Energy Review: CO₂ Emissions in 2020. Verfügbar unter: <https://www.iea.org/articles/global-energy-review-co2-emissions-in-2020> (Letzter Zugriff: 21.04.2021)
7. Schücking, H. (2013): Banking on Coal. In: urgewald, BankTrack, CEE Bankwatch Network and Polska Zielona Sie {Hrsg.}. Verfügbar unter: <http://bankwatch.org/sites/default/files/banking-on-coal.pdf> (Letzter Zugriff: 01.04.2021). S. 7.
8. Bocksch, R. (2021): Klimavertrag: Der Stand des Pariser Abkommens. In: statista. Verfügbar unter: <https://de.statista.com/infografik/9667/der-stand-des-pariser-abkommens/> (Letzter Zugriff: 01.04.2021)
9. Anmerkung: um mit 66%iger Wahrscheinlichkeit bei 1,5°C zu bleiben. IPCC (2018): Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger. In: 1.5 °C Globale Erwärmung. Ein IPCC-Sonderbericht über die Folgen einer globalen Erwärmung um 1,5 °C gegenüber vorindustriellem Niveau und die damit verbundenen globalen Treibhausgasemissionspfade im Zusammenhang mit einer Stärkung der weltweiten Reaktion auf die Bedrohung durch den Klimawandel, nachhaltiger Entwicklung und Anstrengungen zur Beseitigung von Armut. In: V. Masson-Delmotte, P. Zhai, H. O. Pörtner, D. Roberts, J. Skea, P. R. Shukla, A. Pirani, W. Moufouma-Okia, C. Péan, R. Pidcock, S. Connors, J. B. R. Matthews, Y. Chen, X. Zhou, M. I. Gomis, E. Lonnoy, T. Maycock, M. Tignor, T. Waterfield {Hrsg.}. World Meteorological Organization. Genf. Schweiz. Verfügbar unter: https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2020/07/SR1.5-SPM_de_barrierefrei.pdf (Letzter Zugriff: 01.04.2021). S. 16.
10. Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (o.A.): That's how fast the carbon clock is ticking. Verfügbar unter: <https://www.mcc-berlin.net/en/research/co2-budget.html> (Letzter Zugriff: 01.04.2021).
11. urgewald e.V. (2020): NGOs veröffentlichen neue Global Coal Exit List: 935 Kohlefirmen stürzen die Welt in die Klimakrise. Pressemitteilung vom 12.11.2020. Verfügbar unter: <https://urgewald.org/medien/ngos-veroeffentlichen-neue-global-coal-exit-list-935-kohlefirmen-stuerzen-welt-klimakrise> (Letzter Zugriff: 01.04.2021).
12. Brecha, R. et al. (2019): ebd.
13. Deutscher Bundestag (2018): CO₂ – Bilanzen. Einzelfragen zu Energieträgern, insbesondere Flüssiggas. Sachstand: WD 8 – 3000 – 003/18. Verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/550728/61522d07688eb301e4edf6b8d2e68f41/wd-8-003-18-pdf-data.pdf> (Letzter Zugriff: 01.04.2021). S. 17.
14. Fitschen, J. Crya, J. (2016): Hauptversammlung 19. Mai 2016. Verfügbar unter: https://hauptversammlung.db.com/de/docs/HV2016_Rede-Cryan-Fitschen_de.pdf (Letzter Zugriff: 24.03.2021).
15. Finke, K. (2017): Im Sumpf der Kohle. In: ZEIT ONLINE. Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/2017/30/bangladesch-kohlekraftwerk-sundarbans-mangrovenwaelder-weltnaturerbe> (Letzter Zugriff: 24.03.2021).
16. Aitken, G. (2016): The latest Rampal scandal – essential coal plant infrastructure is tapping green bond cash. In: Banktrack. Verfügbar unter: https://www.banktrack.org/blog/the_latest_rampal_scandal_essential_coal_plant_infrastructure_is_tapping_green_bond_cash (Letzter Zugriff: 24.03.2021).
17. Perras, A. (2018): Am Rande der Welt - Holzfällerei, Stürme und der Meeresspiegelanstieg bedrohen die Sundarbans, eine riesige, entrückte Landschaft aus Mangroven. Nun kommen neue Gefahren hinzu. In: Süddeutsche Zeitung. Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/wissen/bangladesch-am-rande-der-welt-1.3858937> (Letzter Zugriff: 24.03.2021).
18. Endcoal (o.A.): Health. Verfügbar unter: <https://endcoal.org/health/> (Letzter Zugriff: 24.03.2021).
19. Führ, L. Groll, S. Löffelsend, T. (2017): Kohleatlas. Daten und Fakten über einen globalen Brennstoff. In: Heinrich-Böll-Stiftung, BUND {Hrsg.}. 2. Auflage. Verfügbar unter: <https://www.boell.de/de/2015/06/02/kohleatlas> (Letzter Zugriff: 24.03.2021).
20. Reinke, S. Zaotschnaja, T. (2016): Russland: Steinkohle aus dem Kuzbass für Deutschland – Auf dem Rücken der indigenen Bevölkerung, Gesellschaft für bedrohte Völker. In: Gesellschaft für bedrohte Völker {Hrsg.}. Verfügbar unter: https://www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/Reporte_Memoranden/2016/Memorandum_Steinkohle_Schoren.pdf (Letzter Zugriff: 24.03.2021).
21. Cwienk, J. (2020): Der Adani-Effekt: Was Kohle noch lukrativ macht. In: Deutsche Welle. Verfügbar unter: <https://p.dw.com/p/3WFox> (Letzter Zugriff: 24.03.2021).
22. Reinke, S. Zaotschnaja, T. (2016): ebd.
23. Kroll, L. Richter, R. (2012): Ist meine Bank ein Klima-Killer?. In: urgewald {Hrsg.}.
24. Epo (2015): Kohleförderung. Konzern-Initiative "Better Coal" bringt keine Verbesserung. In: epo entwicklungspolitikonline. Verfügbar unter: https://www.epo.de/index.php?option=com_content&view=article&id=11369:kohlefoerderung-konzern-initiative-better-coal-bringt-keine-verbesserung&catid=87&Itemid=34 (Letzter Zugriff: 24.03.2021).
25. Ganswindt, K. Rötters, S. Schücking, H. (2013): Bitter Coal. Ein Dossier über Deutschlands Steinkohleimporte. In: urgewald e.V. und FIAN {Hrsg.}. Verfügbar unter: https://www.fian.de/fileadmin/user_upload/dokumente/bittercoal.pdf (Letzter Zugriff: 05.03.2021). S. 17.

Kapitel 2

26. Reuters (2017): Factbox: Shenhua and Guodian – China's latest state marriage. Verfügbar unter: <https://www.reuters.com/article/us-china-power-shenhua-guodian-factbox-idUSKCN1B918I> (Letzter Zugriff: 03.07.2020).
27. Nishank (2018): The Dark Side of NTPC. A Critical Look at the Social and Environmental Footprints of NTPC. In: Centrum For Financial Accountability {Hrsg.}. Verfügbar unter: <https://www.cenfa.org/wp-content/uploads/2018/10/The-Dark-Side-of-NTPC.pdf> (Letzter Zugriff: 01.04.2021).
28. Beberdick, C. et al. (2018): The 2018 Coal Plant Pipeline. In: urgewald {Hrsg.}. Verfügbar unter: https://urgewald.org/sites/default/files/Urgewald_Report_Coal_WEB.pdf.pdf (Letzter Zugriff: 01.04.2021).
29. RWE (2019): Die neue RWE: klimaneutral bis 2040 und eines der global führenden Unternehmen bei Erneuerbaren Energien. Verfügbar unter: <https://www.group.rwe/presse/rwe-ag/2019-09-30-die-neue-rwe> (Letzter Zugriff: 01.04.2021).
30. RWE (2020): Our Energy for a sustainable life. Annual Report 2019. S. 54.
31. RWE (2019): ebd.



32. Braunger, I. et al. (2020): Garzweiler II: Prüfung der energiewirtschaftlichen Notwendigkeit des Tagebaus. Gutachten des Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag von Greenpeace. In: Greenpeace {Hrsg.}. Verfügbar unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/so2901_gp_tagebau_garzweiler_studie_05_2020.pdf (Letzter Zugriff: 01.04.2021).
33. RWE (2019): Umsiedlung geht planmäßig weiter. Verfügbar unter: <https://www.group.rwe/presse/newsletter-rwe-ag/newsletter-2019/06-2019/beitrag-02-Umsiedlung> (Letzter Zugriff: 10.07.2020).

Kapitel 3

34. Caldeira, K. et al. (2019): Committed emissions from existing energy infrastructure jeopardize 1.5 °C climate target. In: Nature. No. 572. Verfügbar unter: <https://www.nature.com/articles/s41586-019-1364-3> (Letzter Zugriff: 26.03.2021). S. 373 – 377.
35. Global Energy Monitor (2021): Global Coal Plant Tracker. Coal Plants by Country. Verfügbar unter: https://docs.google.com/spreadsheets/d/1W-gobEQUGqTR_PPoicjCrdar-vYkJoDzttSsCjXukw/edit#gid=822738567 (Letzter Zugriff: 26.03.2021).
36. Anmerkung: Verglichen mit 2010. Brecha, R. et al. (2019): Global and regional coal phase-out requirements of the Paris Agreement: Insights from the IPCC Special Report on 1.5 °C. In: Climate Analytics {Hrsg.}. Verfügbar unter: https://climateanalytics.org/media/report_coal_phase_out_2019.pdf (Letzter Zugriff: 26.03.2021).
37. IPCC (2016): Zusammenfassungen für politische Entscheidungsträger. Beiträge der drei Arbeitsgruppen zum Fünften Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC). Deutsche Übersetzungen durch Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle, Österreichisches Umweltbundesamt, ProClim. Verfügbar unter: <https://archive.ipcc.ch/pdf/reports-nonUN-translations/deutch/AR5-WGIII-SPM.pdf> (Letzter Zugriff: 26.03.2021). S. 16.
38. Bingler, J. Richter, R. Schücking, H. (2020): Five Years Lost Report. How Finance is Blowing the Paris Carbon Budget. In: urgewald {Hrsg.}. Verfügbar unter: <https://urgewald.org/five-years-lost> (Letzter Zugriff: 26.03.2021).
39. Dhaka Tribune (2021): Bangladesh leads coal power capping in South and Southeast Asia. In: Dhaka Tribune. Verfügbar unter: <https://www.dhakatribune.com/bangladesh/2021/02/15/bangladesh-leads-coal-power-capping-in-south-and-southeast-asia> (Letzter Zugriff: 26.03.2021).
40. GOV.PH (o.A.): Tropical Cyclone Information. Verfügbar unter: <http://bagong.pagasa.dost.gov.ph/climate/tropical-cyclone-information> (Letzter Zugriff: 26.03.2021).
41. GOV.PH (o.A.): Department of Energy. List of existing power plants. Verfügbar unter: <https://www.doe.gov.ph/list-existing-power-plants?ckattemp=2> (Letzter Zugriff: 25.03.2021).
42. Fuhrmann, J. (2019): Ulan Bator erstickt im Smog. Gesundheitsrisiko Luftverschmutzung in der Mongolei. In: Auslandsinformationen. Globale Gesundheit. Konrad-Adenauer-Stiftung Wahlers, G. {Hrsg.}. 35. Jahrgang Ausgabe 2, 2019. Verfügbar unter: <https://www.kas.de/documents/259121/6535105/Auslandsinformationen+2-2019.pdf/94e60bfd-d63b-9891-3a3b-8e1cdc53b607?version=1.0&t=1562264089433> (Letzter Zugriff: 26.03.2021). S. 65 – 75.
43. Lundstrom, K. (2020): The casualties of Mongolia's doomed love affair with coal. In: Aljazeera. Verfügbar unter: <https://www.aljazeera.com/features/2020/2/16/the-casualties-of-mongolias-doomed-love-affair-with-coal> (Letzter Zugriff: 26.03.2021).
44. Financial Times (o.A.): Climate change: China's coal addiction clashes with Xi's bold promise. Verfügbar unter: <https://www.ft.com/content/9656e36c-ba59-43e9-bf1c-cof105813436> (Letzter Zugriff: 26.03.2021)
45. Shearer, C. (2020): Analysis: The global coal fleet shrank for first time on record in 2020. In: Carbon Brief. Verfügbar unter: <https://www.carbonbrief.org/analysis-the-global-coal-fleet-shrank-for-first-time-on-record-in-2020> (Letzter Zugriff: 26.03.2021).
46. Myllyvirta, L. Shen, X. Zhan, S. (2020): Analysis: Will China build hundreds of new coal plants in the 2020s?. In: Carbon Brief. Verfügbar unter: <https://www.carbonbrief.org/analysis-will-china-build-hundreds-of-new-coal-plants-in-the-2020s> (Letzter Zugriff: 26.03.2021).
47. McGrath, M. (2020): Climate change: China aims for 'carbon neutrality by 2060'. In: BBC., Verfügbar unter: <https://www.bbc.com/news/science-environment-54256826> (Letzter Zugriff: 26.03.2021).
48. Gloabl Energy Monitor (2020): Lamu Power Project (Stand: 18.11.2020). Verfügbar unter: https://www.gem.wiki/Lamu_Power_Project (Letzter Zugriff: 26.02.2021).
49. Nicholas, S. (2020): IEEFA: Pakistan announces 'no new coal-fired power'. In: Institute for Energy Economics and Financial Analysis. Verfügbar unter: <https://ieefa.org/ieefa-pakistan-announces-no-new-coal-fired-power/> (Letzter Zugriff: 26.03.2021).
50. Jocelyn Timperley, J. (2019): The Carbon Brief Profile: India. In: Carbon Brief. Verfügbar unter: <https://www.carbonbrief.org/the-carbon-brief-profile-india> (Letzter Zugriff: 26.03.2021).
51. Cassey, B. (2020): India's ancient tribes battle to save their forest home from mining. In: The Guardian. Verfügbar unter: <https://www.theguardian.com/environment/2020/feb/10/indias-ancient-tribes-battle-to-save-their-forest-home-from-mining> (Letzter Zugriff: 26.03.2021).
52. Ellis-Petersen, H. (2020): India plans to fell ancient forest to create 40 new coalfields. In: The Guardian. Verfügbar unter: https://www.theguardian.com/world/2020/aug/08/india-prime-minister-narendra-modi-plans-to-fell-ancient-forest-to-create-40-new-coal-fields?fbclid=IwARoPjSm1mGBWnoYnGdIOVD6wdh-YB6SB_srJCHO6oQAbkDOlmsVI-EgQ3YM (Letzter Zugriff: 26.03.2021).
53. Sustainable Energy for All (o.A.): Botswana. Verfügbar unter: <https://www.se4all-africa.org/seforall-in-africa/country-data/botswana/> (Letzter Zugriff: 26.03.2021).
54. Global Energy Monitor (2020): Mabesekwa Export Independent Power Plant (Stand: 4.08.2020). Verfügbar unter: https://www.gem.wiki/Mabesekwa_Export_Independent_Power_Plant (Letzter Zugriff: 26.03.2021).
55. McKay, D. (2019): Shumba to build \$1bn coal-to-liquids plant supplied by Mabesekwa prospect. In: Miningmx. Verfügbar unter: <https://www.miningmx.com/news/energy/38198-shumba-to-build-1bn-coal-to-liquids-plant-supplied-by-mabesekwa-prospect/> (Letzter Zugriff: 26.03.2021).
56. Dunne, D. (2019): The Carbon Brief Profile: Indonesia. In : CarbonBrief. Verfügbar unter: <https://www.carbonbrief.org/the-carbon-brief-profile-indonesia> (Letzter Zugriff: 26.03.2021).
57. IEA (2020): Coal 2020 Analysis and forecast to 2025. Verfügbar unter: https://webstore.iea.org/download/direct/4271?fileName=Coal_2020.pdf (Letzter Zugriff: 26.03.2021).
58. Sanchez, L. Luan, B. (2018): The Health Cost of Coal in Indonesia. In: International Institute for Sustainable Development {Hrsg.}. Verfügbar unter: <https://www.iisd.org/system/files/publications/health-cost-coal-indonesia.pdf> (Letzter Zugriff: 26.03.2021).
59. IEA (2020): Coal information – Overview. Verfügbar unter: https://webstore.iea.org/download/direct/4271?fileName=Coal_2020.pdf (Letzter Zugriff: 29.03.2021)
60. Yeo, S. (2015): Explainer: The rise and possible fall of Australia's Carmichael coal mine. In: CarbonBrief. Verfügbar unter: <https://www.carbonbrief.org/explainer-the-rise-and-possible-fall-of-australias-carmichael-coal-mine> (Letzter Zugriff: 26.03.2021).
61. Beberdick, C. et al. (2018): The 2018 Coal Plant Pipeline. A Global Tour. In: urgewald e.V. {Hrsg.}. Verfügbar unter: https://coalexit.org/sites/default/files/download_public/Report_Coal_Plant_Pipeline_WEB_2018.pdf (Letzter Zugriff: 29.03.2021).
62. Vietnamnet (2020): Energy security: Vietnam says 'no' to coal-fired thermopower. In: Vietnamnet Global. Verfügbar unter: <https://vietnamnet.vn/en/sci-tech-environment/energy-security-vietnam-says-no-to-coal-fired-thermopower-669208.html> (Letzter Zugriff: 29.03.2021).



63. Global Energy Monitor (2020): Turów coal mine (Stand: 26.10.2020). Verfügbar unter: https://www.gem.wiki/Turów_coal_mine (Letzter Zugriff: 29.03.2021).
64. Cross, D.T. (2019): Why air pollution in Poland is the worst in Europe. In: Sustainability Times. Verfügbar unter: <https://www.sustainability-times.com/clean-cities/battling-the-scourge-of-air-pollution-in-poland/> (Letzter Zugriff: 29.03.2021).
65. Energiezukunft (2020): Polen beschließt (verspäteten) Kohleausstieg. In: Energiezukunft.eu. Verfügbar unter: <https://www.energiezukunft.eu/politik/polen-beschliesst-verspaeteten-kohleausstieg/> (Letzter Zugriff: 29.03.2021).
66. Dahir, A.L. (2018): A chinese coal plant on a UNESCO-protected island in Kenya is facing major protests. In: QuartzAfrica. Verfügbar unter: <https://qz.com/africa/1301469/photos-kenya-environmentalists-protest-china-coal-plant-in-lamu/> (Letzter Zugriff: 29.03.2021).
67. Save Lamu (o.A.): Climate Justice. No to coal. Verfügbar unter: <https://www.savelamu.org/climate-justice-no-to-coal/> (Letzter Zugriff: 29.03.2021).
68. Ellsmoore, J. (2019): U.S. Ambassador Pushes Coal Plant On African World Heritage Site, Kenya Fights Back. In: Forbes. Verfügbar unter: <https://www.forbes.com/sites/jamesellsmoor/2019/06/27/us-ambassador-pushes-coal-plant-on-african-world-heritage-site-kenya-fights-back/?sh=72f4edae2ab1> (Letzter Zugriff: 29.03.2021).
69. B2CREDITOR (2021): Extraordinary pollution and high mortality and illness rates: Summing up the costs of heavy coal dependence in Russia. In: ecodefense.ru. Verfügbar unter: <https://ecodefense.ru/2021/02/01/extraordinary-pollution-and-high-mortality/> (Letzter Zugriff: 29.03.2021).
70. Rbb(o.A.): Waldbrände in Kalifornien. Verfügbar unter: <https://www.inforadio.de/programm/schema/sendungen/int/202008/25/waldbraende-kalifornien-klimawandel-johann-georg-goldammer-feuerökologie.html>
71. Bojanowski, A. (2010): Feuer unter der Erde. In: Süddeutsche Zeitung. Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/wissen/brennende-kohlefloeze-feuer-unter-der-erde-1.291416> (Letzter Zugriff: 29.03.2021).
72. Idzko, H. (2020): Schwelende Flözbrände. Inferno in der Unterwelt. In: ZDF. Verfügbar unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/tagebau-floez-feuer-co2-planet-e-100.html> (Letzter Zugriff: 29.03.2021).
73. Deubner, L. (2020): Allein for Future. In: Süddeutsche Zeitung. Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/china-klima-fridays-for-future-ou-hongyi-1.5015849?reduced=true> (Letzter Zugriff: 29.03.2021).
74. Bingler, J., Richter, R., Schücking, H. (2020): ebd. S. 38.
75. Myllyvirta, L., Shearer, C. (2021): China Dominates Global Coal Plant Development (Stand: 26.10.2020). Briefing: February 2021. In: Global Energy Monitor. Verfügbar unter: <https://globalenergymonitor.org/report/china-dominates-2020-coal-development/> (Letzter Zugriff: 29.03.2021).
76. Brown, M., Buckley, T., Shearer, C. (2019): China at a Crossroads: Continued Support for Coal Power Erodes Country's Clean Energy Leadership. In: IEEFA.org. Verfügbar unter: http://ieefa.org/wp-content/uploads/2019/01/China-at-a-Crossroads_January-2019.pdf (Letzter Zugriff: 29.03.2021).
77. Nace, T., Shearer, C., Yu, A. (2019): Out of Step. China is driving the continued growth of the global coal fleet. In: Global Energy Monitor. Verfügbar unter: <https://endcoal.org/wp-content/uploads/2019/11/Out-of-Step-English-final.pdf> (Letzter Zugriff: 29.03.2021).
78. Sajid, E. (2020): Bangladesh plans to abandon coal, go for LNG. In: The Business Standard. Verfügbar unter: <https://tbsnews.net/bangladesh/energy/bangladesh-plans-shift-coal-power-Ing-124261> (Letzter Zugriff: 29.03.2021).
79. Carbon Tracker (2020): How to waste over half a trillion dollars: The economic implications of deflationary renewable energy for coal power investments. Verfügbar unter: <https://carbontracker.org/reports/how-to-waste-over-half-a-trillion-dollars/> (Letzter Zugriff: 29.03.2021).

Kapitel 4

80. AGEb (2021): Bruttostromerzeugung nach Energieträgern in Deutschland, 1990 – 2020. Verfügbar unter: <https://www.ag-energiebilanzen.de/> (Letzter Zugriff: 24.03.2021)
81. Europe Beyond Coal (2020): European Coal Plant Database. Verfügbar unter: <https://beyond-coal.eu/database/> (Letzter Zugriff: 11.09.2020).
82. Umweltbundesamt (2020): Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Deutschland 2019. Verfügbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/galerie/entwicklung-der-treibhausgasemissionen-in-2019> (Letzter Zugriff: 24.03.2020).
83. AGEb (2021): ebd.
84. Gaedicke, C., Franke, D., Ladage, S., Lutz, R., Pein, M., Rebscher, D., Schauer, M., Schmidt, S., von Goerne, G. (2020): BGR Energiestudie 2019. Daten und Entwicklungen der deutschen und globalen Energieversorgung. In: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) {Hrsg.}. Verfügbar unter: https://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Energie/Downloads/energiestudie_2019.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (Letzter Zugriff am 05.03.2021). S. 160.
85. Im Jahr 2019. Umweltbundesamt (2019): Flächenverbrauch für Rohstoffabbau. Verfügbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/flaeche-boden-land-oekosysteme/flaeche/flaechenverbrauch-fuer-rohstoffabbau#textpart-6> (Letzter Zugriff: 23.03.2021).
86. Fläche Bodensee: 539,23 km². Sandau, F., Timme, S. et al. (2021): Daten und Fakten zu Braun- und Steinkohlen. Stand und Perspektiven. In: Umweltbundesamt {Hrsg.}. 2021. Verfügbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/5750/publikationen/2021-03-18_texte_28-2021_daten_fakten_braun-_und_steinkohle.pdf (Letzter Zugriff: 24.3.2021).
87. Lanuv – Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (o.A.): Tagebaue des Rheinischen Braunkohlereviere. Verfügbar unter: <https://www.lanuv.nrw.de/umwelt/wasser/grundwasser/folgen-des-braunkohleabbaus/das-braunkohlerevier/tagebaue-im-rheinischen-braunkohlerevier> (Letzter Zugriff: 23.03.2021)
88. Carstens, P. (2018): Das sollten Sie über den Hambacher Forst wissen. In: GEO. Verfügbar unter: <https://www.geo.de/natur/nachhaltigkeit/19589-rtkl-faq-das-sollten-sie-ueber-den-hambacher-forst-wissen>. (Letzter Zugriff: 28.02.2021).
89. BUND (o.A.): Wald oder Kohle?. Verfügbar unter: <https://www.bund-nrw.de/themen/braunkohle/hintergruende-und-publikationen/braunkohlentagebaue/hambach/bund-klagen-gegen-hambach/> (Letzter Zugriff am 28.02.2021).
90. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2020a): Kerninhalte Kohleausstiegsgesetz und Strukturstärkungsgesetz. Verfügbar unter: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/J-L/kerninhalte-kohleausstiegsgesetz-strukturstaerkungsgesetz.pdf?__blob=publicationFile&v=8 (Letzter Zugriff: 28.02.2021).
91. Hensen, L. (2020): Das totgeglaubte Dorf. In: SPIEGEL Panorama. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/morschenich-im-rheinland-totgeglaubtes-dorf-darf-bleiben-a-fd0f563e-116e-46f4-8b6a-da25e228e11a> (Letzter Zugriff: 28.02.2021).
92. Blumröder, J.S., Ibsch, P.L., Kriewald, S. (2019): Hambacher Forst in der Krise: Studie zur mikro- und mesoklimatischen Situation wie Randeffekten. In: Greenpeace e.V. {Hrsg.}. Verfügbar unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/hambacher_forst.pdf. (Letzter Zugriff: 28.02.2021).

93. Kreutzfeldt, M. (2019): Baggern am Hambacher Forst. NRW hält Wald für sicher. In: taz. Verfügbar unter: <https://taz.de/Baggern-am-Hambacher-Forst/!5605384/> (Letzter Zugriff: 28.02.2021).
94. BUND (o.A.): Braunkohlentagebau Hambach. Verfügbar unter: <https://www.bund-nrw.de/themen/braunkohle/hintergruende-und-publikationen/braunkohlentagebaue/hambach/40-jahre-umweltzerstoerung/> (Letzter Zugriff: 28.02.2021).
95. Menschrecht vor Bergrecht (o.A.): Häufig gestellte Frage. Verfügbar unter: https://menschenrecht-vor-bergrecht.de/?page_id=415 (Letzter Zugriff: 28.02.2021).
96. Menschenrecht vor Bergrecht (o.A.): ebd.
97. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019): Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“. Abschlussbericht. Verfügbar unter: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/A/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf?__blob=publicationFile (Letzter Zugriff: 28.02.2021).
98. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019): ebd. S. 42.
99. Menschrecht vor Bergrecht (o.A.): Was wir wollen. Verfügbar unter: https://menschenrecht-vor-bergrecht.de/?page_id=432 (Letzter Zugriff: 28.02.2021).
100. Menschrecht vor Bergrecht (o.A.): Häufig gestellte Frage. Verfügbar unter: https://menschenrecht-vor-bergrecht.de/?page_id=415 (Letzter Zugriff: 28.02.2021).
101. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2020a): ebd.
102. Braunger, I., Kemfert, C., Oei, P.-Y., Rieve, C., von Hirschhausen, C. (2020): Garzweiler II: Prüfung der energiewirtschaftlichen Notwendigkeit des Tagebaus. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung {Hrsg.}. Verfügbar unter: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.790055.de/diwkompakt_2020-150.pdf (Letzter Zugriff: 05.03.2021).
103. Götzke, M. (2018): Keyenberg muss weichen. Die Tagebau-Bagger rücken näher. In: Deutschlandfunk Kultur. Verfügbar unter: https://www.deutschlandfunkkultur.de/keyenberg-muss-weichen-die-tagebau-bagger-ruecken-naeher.1001.de.html?dram:article_id=428091 (Letzter Zugriff: 18.03.2020).
104. Götzke, M. (2018): ebd.
105. AGEb (2021): ebd.
106. Gaedicke, C. et al. (2020): ebd. S. 30.
107. Verein der Kohleimporteure (2020): Jahresbericht 2020. Fakten und Trends 2019/20. Verfügbar unter: <https://www.kohlenimporteure.de/publikationen/jahresbericht-2020.html> (Letzter Zugriff: 05.03.2021).
108. Verein der Kohleimporteure (2020): ebd., S. 113
109. Bennets, M. (2019): Toxic black snow covers Siberian coalmining region. In: The Guardian. Verfügbar unter: <https://www.theguardian.com/environment/2019/feb/15/toxic-black-snow-covers-siberian-coalmining-region> (Letzter Zugriff: 28.03.2020).
110. Gaedicke, C. et al. (2020): ebd. S. 77.
111. Deutschlandfunk Nova (2019): Energie aus Russland. Sibiriens Bewohner leiden unter Kohleabbau. Verfügbar unter: <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/sibirien-menschen-leiden-unter-kohleabbau> (Letzter Zugriff: 27.03.2020).
112. Ganswindt, K., Rötters, S., Schücking, H. (2013): Bitter Coal. Ein Dossier über Deutschlands Steinkohleimporte. In: urwald e.V. und FIAN {Hrsg.}. Verfügbar unter: https://www.fian.de/fileadmin/user_upload/dokumente/bittercoal.pdf (Letzter Zugriff: 05.03.2021). S. 17.
113. Grieb, T. (2019): Kohleabbau in Sibirien. Ein Dorf leistet Widerstand. In: Deutschlandfunk. Verfügbar unter: https://www.deutschlandfunk.de/kohleabbau-in-sibirien-ein-dorf-leistet-widerstand.697.de.html?dram:article_id=459182 (Letzter Zugriff: 27.03.2020).
114. Witsch, K. (2019): Deutsche Konzerne geraten wegen Kohleimporten aus Russland in Erklärungsnot. In: Handelsblatt. Verfügbar unter: <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/energie-deutsche-konzerne-geraten-wegen-kohleimporten-aus-russland-in-erklarungsnot/25175854.html?ticket=ST-54642-Nd9LSFAPQaGMlpizAif4-ap3> (Letzter Zugriff: 05.03.2021).
115. Paramonova, N. (2015): The Cost of Coal. Impact of Russian coal mining on the environment, local communities and indigenous peoples. In: Ecodefense {Hrsg.}. Verfügbar unter: <https://ecdr.files.wordpress.com/2015/12/russian-coal.pdf> (Letzter Zugriff: 05.03.2021).
116. Bundesanzeiger Verlag (2020): Gesetz zur Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze (Kohleausstiegsgesetz). In: Bundesgesetzblatt Jahrgang 2020 Teil I. Verfügbar unter: https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&jumpTo=bgbl120s1818.pdf#_2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl120s1818.pdf%27%5D_1601225458424 (Letzter Zugriff: 05.03.2021).
117. Klima-Allianz Deutschland (2017): Jubiläumsbericht: 10 Jahre gebündelte Energie für den Klimaschutz. Verfügbar unter: https://www.klima-allianz.de/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Jahresberichte/Jubil%C3%A4umsbericht_Klima-Allianz_Deutschland_2017.pdf (Letzter Zugriff: 05.03.2021).
118. Spiegel (2008): Wasserwerfer im Kraftwerkstreit. Hamburgs Polizei stoppt Demonstranten vor Baustellen-Besetzung. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/wasserwerfer-in-kraftwerk-streit-hamburgs-polizei-stoppt-demonstranten-vor-baustellen-besetzung-a-573999.html> (Letzter Zugriff: 05.03.2021).
119. Ritter, G. (2008): Offizieller Beginn: Verlegung der A4 beginnt. In: Kölnische Rundschau. Verfügbar unter: <https://www.rundschau-online.de/offizieller-beginn-verlegung-der-a4-beginnt-11428936> (Letzter Zugriff: 05.03.2021).
120. Initiative Buirer für Buir (o.A.): Verfügbar unter: <https://www.buirerfuerbuir.de/index.php> (Letzter Zugriff: 05.03.2021).
121. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (o.A.): Der nationale Klimaschutzbeitrag der deutschen Stromerzeugung. Verfügbar unter: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/C-D/der-nationale-klimaschutzbeitrag-der-deutschen-stromerzeugung.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (Letzter Zugriff: 05.03.2021).
122. Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (o.A.): Verfügbar unter: <https://nordost.igbce.de/aufruf-demo-berlin-energie-25-4-2015/103140> (Letzter Zugriff: 05.03.2021). Alle-Dörfer-Bleiben (o.A.): Verfügbar unter: <https://www.alle-doefer-bleiben.de/> (Letzter Zugriff: 05.03.2021).
123. Bundesanzeiger Verlag (2016): Gesetz zur Weiterentwicklung des Strommarktes (Strommarktgesetz). In: Bundesgesetzblatt Jahrgang 2016 Teil I Nummer 37. Verfügbar unter: https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav#_2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl116s1786.pdf%27%5D_1601227500030 (Letzter Zugriff: 05.03.2021).
124. Rinscheid, A. (2018): Soziale Akzeptanz eines Kohleausstiegs in Deutschland und in den Kohlereviere. Ergebnisse einer Umfrage und Conjoint-Analyse. In: Greenpeace {Hrsg.}. Verfügbar unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/2018-05-07_energie_kohle_studie_-_soziale_akzeptanz.pdf (Letzter Zugriff: 05.03.2021). Groll, S. (2018): Energiemonitor 2018: Aktuelle Meinungen zur Energiewende. In: Heinrich Böll Stiftung. Verfügbar unter: <https://www.boell.de/de/2018/04/27/energiemonitor-2018-aktuelle-meinungen-zur-energiewende> (Letzter Zugriff: 05.03.2021).
125. CDU, CSU, SPD (o.A.): Ein neuer Aufbruch für Europa Eine neue Dynamik für Deutschland Ein neuer Zusammenhalt für unser Land Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD 19. Legislaturperiode. Verfügbar unter: https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/koalitionsvertrag_2018.pdf?file=1 (Letzter Zugriff: 05.03.2021). Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2016): Klimaschutzplan 2050. Klimaschutzpolitische Grundsätze und Ziele der Bundesregierung. Verfügbar unter: <https://www.bmu.de/publikation/klimaschutzplan-2050/> (Letzter Zugriff: 05.03.2021).

126. Kern, V. Meier, F. (2018): Das sind die Mitglieder der Kohlekommission. In: klimareporter. Verfügbar unter: <https://www.klimareporter.de/deutschland/das-sind-die-mitglieder-der-kohlekommission> (Letzter Zugriff: 05.03.2021).
127. Grothus, A. Setton, D. (2020): Die „Kohlekommission“ aus zivilgesellschaftlicher Perspektive. Chancen und Herausforderungen bei der Partizipation in Expertengremien. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Band 33, Heft 1. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1515/fjsb-2020-0023> (Letzter Zugriff: 05.03.2021).
128. Grothus, A. (2020): Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung am 25. Mai 2020 zum Entwurf eines Gesetzes zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze (Kohleausstiegsgesetz). In: Ausschussdrucksache 19(9)621. Verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/697416/717d16f65a1aeeb2e0ceac57a918doc6/sv-grothus-data.pdf> (Letzter Zugriff: 05.03.2021).
129. Schmidt, C. (2020): Stellungnahme Bundeskanzleramt KWSB. Drucksache 422-63000-En 074 NA 13. Verfügbar unter: <https://fragdenstaat.de/dokumente/5257-bkamt-kohleausstieg-stellungnahme-kwsb-vermerk2/> (Letzter Zugriff: 05.03.2021).
130. Bandt, O. Grothus, A. Kaiser, M. Matthes, F.C. Niebert, K. Praetorius, B. Prüggen, R. Schellhuber, H.J. (2020): Stellungnahme der ehemaligen Mitglieder der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (KWSB). Verfügbar unter: <http://hambachfrau.de/ag/stellungnahme-mitglieder-der-kohlekommission-zur-aufkueundigung-des-kohle-kompromisses-durch-die-bundesregierung/> (Letzter Zugriff: 19.04.2020).
131. Geinitz, C. Záboji, N. (2020): Neuer Streit um den deutschen Kohleausstieg. In: FAZ. Verfügbar unter: https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-energie-und-umwelt/neuer-streit-um-den-ausstieg-aus-der-kohleverstromung-16784000.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (Letzter Zugriff: 05.03.2021).
132. BET Büro für Energiewirtschaft und technische Planung GmbH (2020): Gutachten Folgekosten Braunkohleausstieg Abschlussbericht. Verfügbar unter: <https://www.bet-energie.de/themen/erzeugung/gutachten-zur-ermittlung-von-folgekosten-des-braunkohletagebaus.html> (Letzter Zugriff: 05.03.2021).
133. Greenpeace (2020): Minister Altmaier muss sich erklären. Presseerklärung. Verfügbar unter: <https://www.greenpeace.de/presse/presseerklarungen/greenpeace-kommentiert-durch-bmwi-verschleppte-veroeffentlichung-eines> (Letzter Zugriff: 05.03.2021).
134. Aktion Unterholz (2018): „Mama, dieser Stock auch?“ Von Barrikaden, Waldschützer*innen und Antikapitalismus. Dezember 2018. Verfügbar unter: <https://aktion-unterholz.org/> (Letzter Zugriff: 05.03.2021).
135. Oekom e.V. (2019): Bewegt euch! Die Zivilgesellschaft als Treiber der Dekarbonisierung. In: Politische Ökologie 37. Jahrgang. Oekom Verlag. München.
136. European Commission (o.A.): 2030 Climate Target Plan. Verfügbar unter: https://ec.europa.eu/clima/policies/eu-climate-action/2030_ctp_en (Letzter Zugriff: 05.03.2021).
137. NGZ Online (2019): RWE stellt Planung für „Boa Plus“ in Niederaußem aus. Verfügbar unter: https://rp-online.de/nrw/staedte/grevenbroich/grevenbroich-rwe-stellt-planung-fuer-boa-plus-in-niederaussem-ein_aid-38404509 (Letzter Zugriff: 05.03.2021).
138. Staude, J. (2020): Vattenfall gibt Moorburg in Stilllegungs-Auktion. In: klimareporter. Verfügbar unter: <https://www.klimareporter.de/strom/vattenfall-gibt-moorburg-in-stilllegungs-auktion> (Letzter Zugriff: 05.03.2021).
139. RWE (o.A.): Neue Braunkohleplanungen für das Rheinische Revier. Verfügbar unter: <https://www.group.rwe/unser-portfolio-leistungen/rohstoffe-energietraeger/braunkohle/neues-revierkonzept> (Zugriff 20.02.2020).
140. Kemfert, C. Oei, P.-Y. Rieve, C. von Hirschhausen, C. (2019): Ergebnis vom Kohlekompromiss: Der Hambacher Wald und alle Dörfer können erhalten bleiben. In: Politikberatung kompakt. DIW {Hrsg.}. Verfügbar unter: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.612926.de/diwkompakt_2019-132.pdf (Letzter Zugriff: 20.04.2020).
141. Menschenrecht vor Bergrecht (o.A.): ebd. Alle-Dörfer-Bleiben (o.A.): ebd.

Kapitel 5

142. IPCC, 2014: Klimaänderung 2014: Synthesebericht. Beitrag der Arbeitsgruppen I, II und III zum Fünften Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) [Hauptautoren, R.K. Pachauri und L.A. Meyer (Hrsg.)]. IPCC, Genf, Schweiz. Deutsche Übersetzung durch Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle, Bonn, 2016, S. 117
143. Commerzbank (2020): Rahmenwerk der Commerzbank zum Umgang mit Umwelt- und Sozialrisiken im Kerngeschäft. Verfügbar unter: https://www.commerzbank.de/media/nachhaltigkeit/ii_positionen_und_richtlinien_Commerzbank_ES_Framework_DE_Final.PDF (Letzter Zugriff: 20.04.2021).
144. urgewald e.V. (2021): Briefing zur Kohle-Finanzrecherche für Deutschland. Banks Against Future: Deutsche Banken / Investoren und die Kohleindustrie. Verfügbar unter: <https://urgewald.org/sites/default/files/media-files/Kohle-Finanzrecherche%20-%20Auswertung%20Deutschland%20-%202025.02.2021.pdf> (Letzter Zugriff: 20.04.2021).
145. DekaBank (o.A.): Wie wir Nachhaltigkeit leben. Verfügbar unter: <https://www.deka.de/deka-gruppe/nachhaltigkeit> (Letzter Zugriff: 20.04.2021).
146. Stock-world.de (2018): Fondsmarkt Deutschland: So dominant sind die „Großen Vier“ wirklich – Fondsnews. Verfügbar unter: <http://www.stock-world.de/nachrichten/fonds/Fondsmarkt-Deutschland-So-dominant-sind-Grossen-Vier-wirklich-Fondsnews-n8432400.html> (Letzter Zugriff: 20.04.2021).
147. Dekainvestments (o.A.): Deka beschränkt Investitionen in Kohleunternehmen. Verfügbar unter: <https://www.deka.de/privatkunden/informationen/deka-informiert/deka-beschaenkt-investitionen-in-kohleunternehmen> (Letzter Zugriff: 20.04.2021).
148. Union Investment (o.A.): Corporate Communications. Statement zum Kohleausstieg. Verfügbar unter: https://urgewald.org/sites/default/files/media-files/20200218_Kohleausstieg.pdf (Letzter Zugriff: 20.04.2021).
149. Dekainvestments (o.A.): ebd.
150. Union Investment (o.A.): ebd.
151. Insure our future (o.A.): Why Insurers need to ditch fossil fuels. Verfügbar unter: <https://insureourfuture.co/fossil-fuels-insurance/> (Letzter Zugriff: 20.04.2021).
152. Willis Tower Watson (2019): Power and Renewable Energy Market Review 2019. Verfügbar unter: <https://willistowerswatson.turtl.co/story/power-and-renewable-energy-market-review-2019-online/> (Letzter Zugriff: 20.04.2021).
153. urgewald e.V. (2020): Neue Fortum-Strategie entpuppt sich als fossiles „Weiter so“. Verfügbar unter: <https://urgewald.org/medien/neue-fortum-strategie-entpuppt-fossiles-so> (Letzter Zugriff: 20.04.2021).
154. Reclaim Finance (2021): The NGFS must revise its climate scenarios to drive decarbonization in the financial sector. Verfügbar unter: <https://reclaimfinance.org/site/en/2021/02/15/ngfs-must-revise-climate-scenarios-drive-decarbonization-financial-sector/> (Letzter Zugriff: 20.04.2021).
155. Spiegel (2019): Wie viel CO₂ darf die Menschheit noch ausstoßen? Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/co2-budget-so-viel-treibhausgas-darf-die-menschheit-noch-ausstossen-a-1277801.html> (Letzter Zugriff: 20.04.2021).

Ausblick

156. Oil Change International (2016): The sky's limit. Verfügbar unter: http://priceofoil.org/content/uploads/2016/09/OCI_the_skys_limit_2016_FINAL_2.pdf, S. 5
157. UN (2020): Production Gap Report 2020. Verfügbar unter: <https://www.unenvironment.org/resources/report/production-gap-2020>
158. Holz, F. Kemfert, C. (2020): No need for new natural gas pipelines and LNG terminals in Europe. Verfügbar unter: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.794609.de/diw_focus_5.pdf
159. urgewald e.V. (o.A.): Wir haben Milliarden bewegt! Verfügbar unter: <https://urgewald.org/divestment-erfolge> (Letzter Zugriff: 10.04.2021)

Schlusswort

160. Bingle, J. Richter, R. Schücking, H. (2020): Five Years Lost Report. How Finance is Blowing the Paris Carbon Budget. In: urgewald {Hrsg.}. Verfügbar unter: <https://urgewald.org/five-years-lost>

Ressourcen und Links

Alle Studien, aktuellen Recherchen und Informationen zu urgewald finden Sie unter www.urgewald.org

urgewald-Material zum Thema

Risiko RWE: <https://urgewald.org/shop/risiko-rwe>

Five Years Lost-Report: <https://urgewald.org/five-years-lost>

Was kann eigentlich mein Geld? Finance for Future: <https://urgewald.org/shop/finance-future>

Global Coal Exit List: <https://coalexit.org>

Carbon Bomb - Dokumentarfilm, verfügbar auf dem urgewald-youtube Kanal

Weiterführende Literatur

Banking on Climate Chaos: <https://www.ran.org/bankingonclimatechaos2021/>

Race to the bottom: https://ecdru.files.wordpress.com/2021/01/race_eng.pdf

Datenbank Faire Fonds: datenbank.faire-fonds.info/funds

Bildnachweise

Titelbild: Klaus Stuttmann, **Weiterverarbeitung:** LiebesDesign, **S. 4:** urgewald Portraits: Andreas Schoelzel, **S. 12:** KeyFame. Schöne Weltraumsicht auf die Erde mit Wolkenbildung. Shutterstock, **S. 13:** Hawkins, Ed. Warming Stripes for Globe, CC BY 4.0, <https://showyourstripes.info>, **S. 14:** World Resources Institute. Half a degree of warming makes a big difference: Explaining IPCC's 1.5°C special Report. <https://www.wri.org/blog/2018/10/half-degree-and-world-apart-difference-climate-impacts-between-15-c-and-2-c-warming>. **Übersetzung:** urgewald, **Weiterverarbeitung:** LiebesDesign, **S. 17:** Emdadul Hoque Topu, The Sundarbans, Bengaltiger in den Sundarbans, Shutterstock, **S. 44:** Die neue Seidenstraße: Chinas weltweites Infrastrukturnetz, MERCIS, <https://mercis.org/de/tracker/die-vermessung-der-belt-and-road-initiative-eine-bestandsaufnahme>, **S. 48:** Foto: Privat, **S. 52:** Europe Beyond Coal, Coal Exit Tracker: Power Plants – Dirty 30: Worst CO₂ emitters. <https://beyond-coal.eu/coal-exit-tracker/?type=maps&layer=4>. **Weiterverarbeitung:** LiebesDesign. Übersetzung: urgewald, **S. 64:** Europe Beyond Coal, Coal Exit Tracker: Phaseout Plans. <https://beyond-coal.eu/coal-exit-tracker/?type=maps&layer=4>. **Weiterverarbeitung:** LiebesDesign. Übersetzung: urgewald, **S. 68:** Foto: Privat, **S. 89:** ps-ixel/Stock/Adobe.com, **S. 101:** V. Belov, Oil and gas production platform in Norway, Shutterstock, **S. 105:** Bild Heffa Schücking, Michael Englert

Länderübersicht Kohlekraftwerke heute / geplante Erweiterung

Land	Kohlekapazität aktuell (in MW)	geplante Erweiterung/ Ausbau (in MW)
Vereinigte Arabische Emirate	0	2.400
Kenia	0	1.050
Mosambik	0	800
Côte d'Ivoire	0	700
Tansania	0	300
Eswatini	0	300
Malawi	0	520
Äthiopien	0	90
Papua-Neuguinea	0	60
Vietnam	20.317	28.700
Türkei	18.113	20.396
Pakistan	5.090	7.448
Bosnien & Herzegowina	2.073	3.530
Laos	1.878	4.000
Bangladesch	1.185	21.704
Simbabwe	950	5.160
Sri Lanka	900	2.100
Mongolei	816	6.830
Botswana	732	1.650
Kambodscha	655	1.765
China	1.042.947	246.864
Indien	229.247	65.923
Japan	47.872	9.818
Russland	44.845	2.031
Südafrika	41.904	8.024
Südkorea	36.380	7.260
Indonesien	33.966	32.949
Polen	30.200	1.060
Australien	25.107	3.000
Kasachstan	12.704	636
Philippinen	10.289	8.626
Tschechische Republik	8.007	70
Thailand	5.933	655
Mexiko	5.378	1400
Serbien	4.405	1.700
Brasilien	3.149	1.327
Griechenland	2.575	660
Usbekistan	2.522	150
Kolumbien	1.634	1.425
Madagaskar	120	60
USA	233.621	0
Deutschland	42.528	0
Ukraine	22.265	0
Taiwan, China	18.873	0
Malaysia	13.529	0
Kanada	8.333	0
Italien	7.892	0
Vereinigtes Königreich	6.328	0
Hongkong, China	6.110	0
Israel	4.900	0
Chile	4.882	0
Spanien	4.875	0
Bulgarien	4.829	0
Rumänien	4.675	0
Marokko	4.257	0



Land	Kohlekapazität aktuell (in MW)*	geplante Erweiterung/ Ausbau (in MW)
Niederlande	4.152	0
Nordkorea	3.700	0
Frankreich	3.029	0
Portugal	1.978	0
Republik Moldova	1.610	0
Finnland	1.558	0
Kosovo	1.290	0
Dänemark	1.180	0
Slowenien	1.069	0
Dominikanische Republik	1.057	0
Guatemala	1.010	0
Ungarn	944	0
Irland	915	0
Kirgisistan	910	0
Nordmazedonien	800	0
Slowakei	769	0
Neuseeland	500	0
Panama	426	0
Tadschikistan	400	0
Argentinien	350	0
Sambia	330	0
Montenegro	225	0
Brunei	220	0
Kroatien	210	0
Mauritius	195	0
Myanmar	160	0
Peru	135	0
Namibia	120	0
Honduras	105	0
Guadeloupe	102	0
Syrien	60	0
Jordan	30	0
Senegal	30	0
Schweden	0	0
Österreich	0	0
Ägypten	0	0
Nigeria	0	0
Oman	0	0
Ghana	0	0
Demokratische Republik Kongo	0	0
Georgien	0	0
Iran	0	0
Jamaika	0	0
Lettland	0	0
Réunion	0	0
Venezuela	0	0
Niger	0	0
Gesamt	2.059.359	503.141

Datenquelle: Global Energy Monitor (2021): Global Coal Plant Tracker. Coal Plants by Country. Verfügbar unter:
https://docs.google.com/spreadsheets/d/1W-gobEQugqTR_PPoiczJCrdaR-vYkJoDzttSsCjXUkKw/edit#gid=822738567



KS
111



© Klaus Stüttmann

urgewald



9 783982 341606

